

**Arno Tausch**

**Besprechungs-Essay: US-amerikanisches und europäisches  
Gesellschaftsmodell**

**Wirtschaftswiss. Tagungen der AK Wien, Lexis Nexis ARD Orac, Band 8, Wien  
2003<sup>1</sup>**

**Hintergrundpapier von Agnes Streissler: „USA und Europa. Ein Vergleich der  
Sozialsysteme“ Arbeitspapier 46/Dezember 2003, Österreichisches Institut für  
Internationale Politik<sup>2</sup>. Eine Studie im Rahmen des Projekts „Europa-USA:  
Divergierende Partner“ gefördert vom Jubiläumsfonds der OeNB (Juli 2003 bis  
Juni 2004).**

---

<sup>1</sup> Bestelladresse etc.: <http://wien.arbeiterkammer.at/www-403-IP-15015-AD-12019.html>

<sup>2</sup> Bestelladresse etc.: [http://www.oaip.at/oaip/e/f\\_main\\_content.asp?id=11751&tt=OIP\\_E\\_R6&sstr](http://www.oaip.at/oaip/e/f_main_content.asp?id=11751&tt=OIP_E_R6&sstr)

## Inhalt

<b>EXECUTIVE SUMMARY .....</b>	<b>4</b>
<b>BERICHT FÜR DAS SOZIALWISSENSCHAFTLICH INTERESSIERTE PUBLIKUM/ .....</b>	<b>11</b>
<b>VERSUCH EINER EMPIRISCHEN WERTUNG DER THESEN DER ARBEITERKAMMER .....</b>	<b>23</b>
<b>ANHANG 1: DIE WIRTSCHAFTLICHE KONKURRENZ EUROPA – AMERIKA UND DIE SCHWANKUNGEN VON KAUFKRAFT UND EINKOMMEN .....</b>	<b>29</b>
<b>ANHANG 2 „VATER“ STAAT DIESSEITS UND JENSEITS DES ATLANTIK .....</b>	<b>32</b>
<b>ANHANG 3: BRUTTOSOZIALQUOTE – NETTOSOZIALQUOTE UND DIE VERARMUNG .....</b>	<b>33</b>
<b>ANHANG 4: ENTWICKLUNGSVERGLEICH USA – EU – HINTERGRUNDMATERIALIEN .....</b>	<b>40</b>
<b>ANHANG 5: DAS REALEINKOMMEN DER ÄRMSTEN 20 % IN 126 STAATEN DER WELT .....</b>	<b>51</b>
<b>ANHANG 6: WACHSTUM IN EUROPA UND IN DEN USA .....</b>	<b>55</b>
<b>ANHANG 7: UNGLEICHHEIT IN 127 NATIONEN DER WELT .....</b>	<b>62</b>
<b>ANHANG 8: GLOBALISIERUNGSDRUCK USA – EUROPA. ANALYTISCHE VERGLEICHE MIT DEN DATEN VON WELTBANK, ILO, UND UTIP .....</b>	<b>66</b>
<b>ANHANG 9: FAKTOREN, DIE ZUM AUSEINANDERDRIFTEN VON DEN USA UND EUROPA BEITRAGEN KÖNNTEN.....</b>	<b>70</b>
<b>ANHANG 10: STAATSSSEKTOR, STEUERSCHRAUBE.....</b>	<b>73</b>

<b>ANHANG 11: ANALYTISCHE VERGLEICHSTABELLEN STAATSSEKTOR (QUELLE: WELTBANK/IMF) IN DEN USA UND IN EUROPA IM INTERNATIONALEN VERGLEICH .....</b>	<b>76</b>
<b>ANHANG 12: DER ABBAU DES STAATLICHEN SEKTORS 1980 – 2002 IN 114 STAATEN DER ERDE.....</b>	<b>80</b>
<b>ANHANG 13: MÖGLICHE ERKLÄRUNG DES IRISCHEN ENTWICKLUNGSERFOLGES .....</b>	<b>83</b>
<b>ANHANG 14: FAKTOREN, DIE DIE SOZIALENTWICKLUNG UND DAS WACHSTUM IM TRANSNATIONALEN VERGLEICH VON 109 STAATEN BEEINFLUSSEN .....</b>	<b>84</b>
<b>ANHANG 15: ZEITLICHE KORRELATIONEN VON ARBEITSLOSIGKEIT, GLOBALISIERUNG, JAHRESWACHSTUMSRATEN, UNGLEICHHEIT, UND STAATSSEKTOREINFLUSS IN DEN WESTLICHEN DEMOKRATIEN, BERECHNET AB 1980 AN HAND DES KOMPLETTEN DATENAUSDRUCKES DER WELTBANK IN WESTLICHEN DEMOKRATIEN.....</b>	<b>86</b>
<b>ANHANG 16: ZEITLICHE KORRELATIONEN VON ARBEITSLOSIGKEIT, GLOBALISIERUNG, JAHRESWACHSTUMSRATEN, UNGLEICHHEIT, UND STAATSSEKTOREINFLUSS IN DEN LÄNDERN DES WELTSYSTEMS BERECHNET AB 1980 AN HAND DES KOMPLETTEN DATENAUSDRUCKES DER WELTBANK.....</b>	<b>87</b>
<b>ANHANG 17: PRIVATISIERUNG UND ENTWICKLUNG .....</b>	<b>89</b>
<b>ANHANG 18: MULTIVARIATE ANALYSE DER TENDENZEN ZUR UNGLEICHHEIT (UTIP-ZEITREIHE AB 1980) IN 61/20 STAATEN DES WELTSYSTEMS IN ABHÄNGIGKEIT VON STANDARDVARIABLEN DER VERGLEICHENDEN GESELLSCHAFTSFORSCHUNG UND DER BRUTTOSOZIALQUOTE.....</b>	<b>91</b>

## Executive Summary

Die Unterschiede im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zwischen den USA und Europa waren zwar immer ausgeprägt, gewinnen aber seit dem Zusammenbruch des gemeinsamen Gegenmodells in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa und dem Lissabon-Prozess zunehmend an Bedeutung. Letztens hat diese Frage auch zu Diskussionen im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU geführt. Der vorliegende wertende und vergleichende Bericht über eine neue Studie der Arbeiterkammer Wien versteht sich als Beitrag zu dieser Diskussion.

In der festgefahrenen und oftmals sehr hart geführten wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung zwischen dem neoliberalen und dem keynesianischen Modell beschreibt die Publikation der Arbeiterkammer Wien nunmehr **neue Wege**.

Kernstück der Analyse ist der Beitrag von Mag. Agnes Streissler von der AK Wien. Betrachtet werden darin **elf europäische Staaten** (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Niederlande, Norwegen, Schweden, Spanien) und die USA.

Zunächst wurden die **Brutto- und Nettoausgaben für Sozialschutz** ausgewiesen. Bei den Bruttoausgaben, insbesondere bei den öffentlichen, gibt es große Unterschiede zwischen Europa und den USA (1997 gaben europäische Sozialstaaten im Durchschnitt 29 % ihres BIP für ihre Sozialpolitik aus, die USA hingegen nur 16 % des BIP). Betrachtet man/frau die Nettoausgaben (also unter Berücksichtigung von Steuern auf Sozialabgaben und steuerlichen Begünstigungen) nähern sich die Systeme einander an: Europa weist einen relativ einheitlichen Wert von ca 24 % des BIP bei den **öffentlichen Nettosozialausgaben** auf, in den USA ist der Anteil der öffentlichen Nettoausgaben mit etwas über 16 % des BIP sogar höher als der Anteil der Bruttoausgaben am BIP. Insgesamt (also inklusive der privaten Ausgaben) wird in Europa und den USA in der Nettobetrachtung ähnlich viel für soziale Sicherheit ausgegeben: Europa 26 %, USA 23 %, nur ist in den USA eben der **Anteil privater Ausgaben** ungleich höher.

Die USA haben sowohl in den 1980er als auch in den 1990er Jahren wesentlich höhere Armutsquoten im Sinne der Kriterien von Eurostat als Europa (Mitte der 1990er waren ca 9 % der europäischen Bevölkerung als arm zu bezeichnen, in den USA waren es 17 %) mit deutlich längerer Dauer der Armutsphasen. Insbesondere betroffen davon sind in den USA Kinder. Es mögen daher **die neoliberalen Reformen der 1970er und 1980er Jahre** in den USA zwar dazu geführt haben, dass weniger Menschen als zur Zeit der **Great Society** „unrechtmäßig“ Sozialleistungen bezogen, der *collateral damage* in Form von insgesamt gestiegener (Kinder-)Armut ist jedoch enorm.

Ein „weicher“ Indikator des Sozialvergleichs ist die **Situation der Frauen** in den verschiedenen Sozialstaatsmodellen. Hier zeigten sich laut Arbeiterkammer-Studie bereits innerhalb Europas massive Unterschiede, es ließen sich aber doch auch einige Unterschiede zwischen Europa und den USA herausarbeiten. So stellt z.B

Teilzeitarbeit in Europa ein gangbares Modell für Frauen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar, in den USA ist Teilzeitarbeit nicht so verbreitet, was darauf schließen lässt, dass das Lohnniveau und die sozialrechtliche Absicherung hierfür zu gering sind. Obwohl die USA gerne als „liberales“ Modell bezeichnet werden, sind sie von Chancengleichheit weit entfernt. So sind zum einen die **Lohnunterschiede** zwischen Männern und Frauen in den USA größer als in Europa, zum anderen sind Frauen auch wesentlich weniger stark im Parlament vertreten (was die Vermutung nach einer Interdependenz mit ihrer materiellen Situation nahelegt).

Eine Alternative zur Privatwirtschaft ist der **Dritte Sektor** (auch genannt Non-Profit-Organisationen, **Freiwilligensektor**, etc.). Seine jeweilige Ausprägung ist stark von der jeweiligen Landesgeschichte, insbesondere von der religiösen und kulturellen Tradition abhängig. In den vergangenen Jahren kam es allerdings auch hier zu einer **marketization** (Marktorientierung). Die USA haben eine lange Tradition eines starken Dritten Sektors, sind inzwischen aber von einigen europäischen Staaten überholt worden. Als großer Unterschied bleibt bestehen, dass der Dritte Sektor in Europa subsidiär zum öffentlichen Sektor wirkt und häufig auch massiv finanziell unterstützt wird, während er in den USA wesentlich marktnäher agiert. Das bedeutet allerdings auch, dass er stark partikularistisch auf die Interessen bestimmter Gruppen bedacht ist. Abermals bleiben unterprivilegierte Randgruppen über.

Keinesfalls sollte es in Europa, so die Arbeiterkammer, zu einem Abbau des Sozialstaates kommen. Ein umfassender Sozialstaat, dem der Sozialschutz als BürgerInnenrecht zugrundeliegt, ist eines der wesentlichen konstitutiven Elemente Europas. Die Europäische Kommission könnte ein Garant dafür sein, dass dieses Europäische Sozialmodell auch weiterhin Bestand haben kann, wenn sie sich mit ihren Ansätzen gegen die Angriffe, so die Arbeiterkammer, der auch in Europa stärker werdenden Neokonservativen gepaart mit Neoliberalen durchsetzen kann. Für die Kommission stehe nämlich die Wichtigkeit eines umfassenden Sozialschutzes außer Zweifel.

In seiner Analyse über die Studie der AK zeigt dann der Autor mit eigenen, großteils auf Weltbank, ILO, und University of Texas Inequality Project basierenden Daten, dass es - wie die Studie der Arbeiterkammer richtig betont, - schon so ist, dass der Zentralstaat in den sehr föderalen USA kleiner ist als in vielen Staaten Europas. Aber die unzureichende Erfassung des föderalen Charakters der USA ist eine der methodischen Probleme jedes Vergleiches staatlicher Politik der USA mit Europa. In der Ära des Clinton-Booms hat Europa die Staatsquoten wesentlich erhöht und die Expansion im Kondratieff'schen Zyklus versäumt. Erst spät steuerte die Politik in einigen Staaten gegen, während in den USA der Abbau der Staatsquoten – vermittelt über die Friedensdividende der Clinton-Ära – schon früher begann. Die vorhandenen Daten zeigen aber, dass die Gesamtstaatsausgaben in den USA bei 38.50 % liegen wobei die Bundesstaaten und Gemeinden fast 18 % des BIP aufwenden.

**Empirisch unzureichend** wurde nach Ansicht des Autors in der Studie der AK ansonsten das **Problem der Armut** dokumentiert, weil sich die Studie der AK vor allem auf einen Vergleich von 11 Staaten stützt, der z. B Portugal und Griechenland, 2 EU-Staaten mit problematischeren Armutsverhältnissen, ausklammert. Statistiken der USA beinhalten stets die von traditionell von Armut gekennzeichneten, als Rohstoffproduzenten mit Sklavenwirtschaft vor 1865 in die Weltwirtschaft integrierten Südstaaten natürlich, während ein Vergleich von 11 zumeist weiter entwickelten

Europäischen Staaten lediglich mit den entwickelten Staaten des Nordens, Ostens und Westens der USA legitim wäre.

Es gilt zunächst, auf einige **Widersprüche** der Studie mit dem **eigenen**, in den Tabellen **vorgelegten Zahlen** hinzuweisen:

1) die **Armutquote** der USA im Sinne von Eurostat (definiert durch den bekannten 60 % Medianwert) ist in den USA von der Mitte der 80er zur Mitte der 90er Jahre von 18.30 % auf 17.0 % **zurückgegangen**

2) wiewohl die **Gender employment gap** in Skandinavien noch besser ist als in den USA, ist die **Reduktion der Differenz der Erwerbsquoten** von 1980 auf 2000 in den USA auf nur mehr **12.50 % eine große Leistung**

3) mit einer **Erwerbsquote** von **64.70 %** bei Frauen mit 2 oder mehr Kindern liegen die USA wiederum im hypothetischen Vergleichs-Spitzenfeld, nur noch übertroffen von Skandinavien, Belgien und Österreich

Sowohl in **Europa** als auch in den **USA** gibt es heute Phänomene des **realen Einkommensverlustes von Bevölkerungsschichten im Zeitverlauf**.

**USA:** Bedingt durch das stärkere wirtschaftliche Wachstum in den späten 90er Jahren sind von 1993 bis 2002 nach der Versteuerung und auf Basis Haushaltsgrößen-gewichteter Haushaltseinkommen zurückgegangen. Seit 1969 sind die untersten 25 % der Bevölkerung im bevölkerungsreichsten und von der Migration am meisten betroffenen Bundesstaat der USA, Kalifornien, real ärmer geworden, aber im Rest der USA haben sogar die ärmsten 10 % ein wachsendes Prokopfeinkommen zu verzeichnen gehabt

**Österreich:** Sogar in Österreich sind derartige Prozesse am Werk. Seit dem Jahr 1992 sind laut WIFO die durchschnittlichen Bruttolöhne insgesamt um 4,1 Prozent gestiegen, während die durchschnittlichen Nettolöhne in Summe um fünf Prozent gesunken sind. Die Differenz sind die kräftig gestiegenen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. In absoluten Zahlen: 1992 lag das durchschnittliche Arbeitnehmer-Nettoeinkommen **real** noch bei **1444 €** heute macht es nur noch **1370 €** aus. Heute hat das unterste Einkommensfünftel auch brutto um fünf Prozent weniger verdient, während das oberste Einkommensprozent auf einen Bruttolohnzuwachs von 20 Prozent kommt.

Aus analytischer sozialpolitischer Perspektive muss ferner festgehalten werden, dass beträchtliche Ungleichheiten in Europa bereits vor der EU-Erweiterung existierten, die sich nach dem 1. Mai 2004 noch verschärfen. Eine rezente Studie der Kommission („Sapir-Bericht“) hat darauf hingewiesen; sie lässt u.a. den Schluss zu, dass die gesamteuropäische Ungleichheit um weitere 33 % nach der Erweiterung am 1. Mai 2004 gewachsen ist. Mit der Erweiterung sind nun Millionen Roma Bürger der EU geworden, ihre Armut ist mit der Afrikanisch-Amerikaner, Indianer und Hawaiianer in den USA durchaus vergleichbar.

Immer mehr **verschwindet** der **Unterschied** zwischen den USA und Europa, wenn man/frau nicht nur die Situation der ärmsten 10 % in Betracht zieht, sondern die Lage

der **ärmsten 20 %** der Bevölkerung kalkuliert, und **objektive Armutskriterien** – wie Analphabetismus oder **absolute Einkommen der Ärmsten 20 %** - heranzieht.

***Kriterium 1: Wieviel % der Bevölkerung überleben überhaupt den 60. Geburtstag?***

Schlechter als die USA: Slovakia; Poland; Lithuania; Hungary; Estonia; Latvia

***Kriterium 2: Langzeitarbeitslose***

Schlechter als die USA: Luxembourg; Netherlands; Austria; Denmark; Sweden; United Kingdom; Ireland; Portugal; Finland; Hungary; France; Belgium; Czech Republic; Germany; Spain; Greece; Italy; Poland; Slovakia

***Kriterium 3: Funktionaler Analphabetismus***

Schlechter als die USA: United Kingdom; Ireland; Hungary; Slovenia; Poland; Portugal

***Kriterium 4: % der Bevölkerung unter 11 \$ pro Kopf und Tag***

Schlechter als die USA: United Kingdom

***Kriterium 6: Kaufkraft der ärmsten 20 %:***

**Besser als die USA:** Luxembourg; Ireland; Denmark; Finland; Sweden; Austria; Germany; Belgium; Netherlands; France (10 Staaten der EU-25)

**Schlechter als die USA:** Italy; Slovenia; Czech Republic; Spain; United Kingdom; Greece; Slovakia; Portugal; Hungary; Lithuania; Poland; Estonia; Latvia (13 Staaten der EU-25).

In den USA sind zwar die reichsten 10 % um 15.9 mal reicher als die ärmsten 10 %, womit Amerika der 79. Staat von 127 klassifizierten Nationen ist, und kein EU-Staat ist schlechter klassifiziert als die USA. Einige EU-25 Staaten – darunter die 7 EU-Staaten Tschechische Republik, Finnland, Slowenien, Schweden, die Slowakei, Luxemburg, und Deutschland weisen **Reichtumsunterschiede** zwischen den ärmsten 10 % und den reichsten 10 % auf, die weniger als das 7-fache betragen, **aber** in **12 EU-Staaten** – das sind Österreich, Belgien, Litauen, Dänemark, Ungarn, Lettland, den Niederlanden, Spanien, Frankreich, Polen, Irland, und Bulgarien **betragen sie bereits das 7 – bis 10-fache**, und in **4 EU-Staaten** Griechenland, Italien, dem Vereinigten Königreich und Portugal, ebenso **das 10-fache oder mehr als das 10-fache**. Für insgesamt 127 Staaten der Welt legten die Vereinten Nationen Daten für zumeist das Ende der 90er Jahre vor – **nur 7 EU-Staaten liegen unter den besten 20 Staaten der Weltgesellschaft, 9 Staaten von Rang 21 bis 40, 5 Staaten auf Rang 41 bis 60, und Großbritannien, und Portugal belegen mit den USA die Ränge 61 bis 80.**

In zahlreichen Staaten Europas war der Globalisierungsdruck sogar noch stärker als in den USA, und trotzdem gibt es in Europa auch ein gutes Abschneiden gegenüber

dem Globalisierungsdruck. Die folgenden Staaten litten von 1980 weniger unter der kombinierten Tendenz zu Ungleichheit, Stagnation, und Arbeitslosigkeit als die USA:

Slowenien  
Irland  
Litauen  
Zypern  
Belgien

Seit 1980 haben bei folgenden Indikatoren folgende Nationen besser abgeschnitten als die USA

***Sinken der Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf:***

Denmark  
Hungary  
Netherlands  
Ireland  
(Turkey)  
Slovenia

***Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums:***

Ireland  
Slovenia  
Netherlands  
Poland

***Vermeiden einer Tendenz zu wachsender Ungleichheit:***

Germany  
Lithuania  
Belgium  
Cyprus  
France  
Finland  
Italy

Einige **wesentliche Bestimmungsfaktoren von Armut und Ungleichheit** werden in den AK-Studien beleuchtet, aber durch die spezifische Auswahl von 11 Staaten wird die heutige Vielfalt der EU-25 in ihrer Gesamtheit zu wenig berücksichtigt. Nicht hohe Bruttosozialquoten, sondern eine kluge Strukturpolitik, Bildungspolitik, Technologiepolitik, sowie Pensionsreformpolitik, die den Kapitalmarkt dynamisierte, machte einige Skandinavier letztens so erfolgreich, und diese These wird in zahlreichen internationalen Querschnittsanalysen immer wieder bestätigt. Fraglos tragen die hohen Zollmauern der EU, in deren Schatten transnationale Konzerne ihre geschützten Paradiese des Privilegs, der Macht und des Einflusses errichteten, zu Stagnation, und realer Armut in Europa bei. Es mag schon sein, dass in den USA noch immer **gender gaps** bei der Beschäftigung und Bezahlung der weiblichen



Arbeitskraft – wie Agnes Streissler richtig herausstellt – existieren, selbst bei jener, die über einen Universitätsabschluss verfügt. Freilich ist die Tatsache, dass **37 % der erwachsenen Frauen über 25 einen solchen Abschluss verfügen**, Zeichen der sehr dynamischen und weitgehend privatisierten **Humankapitalpolitik**, die eine der Stärken der Vereinigten Staaten ist. Hierzu gehört auch die weit flexiblere Rolle der **Migration**, die in der Studie gebührend gewürdigt wird und die in internationalen Analysen immer wieder als ein Faktor eines **dynamischen**, allerdings **sehr ungleichen Entwicklung** resultiert. Nicht unzufällig gab es in den USA einen landesweiten Realeinkommenszuwachs (49 Bundesstaaten) seit 1969 bei gleichzeitigem Realeinkommensverlust in **Kalifornien**, dem **Zielbundesstaat Nummer 1 der Migration in die USA**. Überraschend sind die Ergebnisse über den „**Dritten Sektor**“ und die betriebliche Sozialpolitik, die doch mit dem weitgehend verbreiteten Bild über die gewissenlosen „*Corporados*“ die Amerika beherrschen, nicht oder nicht vollständig vereinbar sind.

Ein wesentlicher Punkt für die künftige Debatte wird auch sein, welche Rolle **3-Säulen-Pensionsreform-Modelle** bzw. sonstige, die Kapitaldeckung in der Altersvorsorge begünstigende Systeme diesseits und jenseits des Atlantik spielen. Es ist deutlich, wie die Weltbank-Pensionsreformstaaten DK, NL, GB und S ihre Kosten für Soziales und Wohlfahrt im Zeitverlauf senken konnten.

Das US-Pensionssystem ist nach Ansicht aller befassten Experten zwar ein reines Umlagesystem, es zeichnet sich aber durch eine große Einfachheit und Klarheit aus und hat derzeit als Beitragsgrundlage nur 6.2 % des Bruttoeinkommens bei den AG, und 6.2 % des Bruttoeinkommens bei den AN. In Österreich sind derzeit die Beitragsgrundlagen im Vergleich: 10.25 % AN, 12.55 %; in Deutschland sind es 9.55 % bei den AG, und 9.55 % bei den AN. **Streissler resumiert** in ihrer Studie **folgerichtig**:

*„Die USA haben ein **progressives öffentliches Pensionssystem**, das **Einkommen nach unten verteilt**. Dabei sind die Beiträge einheitlich, die Leistungen aber progressiv: Je höher das Einkommen, um so niedriger ist die Ersatzrate aus der öffentlichen Pension. Menschen mit hohem Einkommen müssen sich daher privat Zusatzversichern, um auf eine höhere Ersatzrate zu kommen. Häufig werden von Arbeitgebern zusätzlich zu dem öffentlichen System Pensionspläne angeboten, die mit Steuererleichterungen vom Staat unterstützt werden. Die diversen staatlichen Pensionszahlungen machen 64% des verfügbaren Einkommens älterer Menschen aus, lediglich die obersten 40% dieser Bevölkerungsgruppe haben noch andere Einkommensquellen (Galbraith 2002, 104). Bismal war das Pensionsalter 65, es wird aber durch eine Reform aus 1993 ab 2002 auf 67 Jahre hinaufgesetzt. Frühere Pensionsantritte sind nur mit deutlichen Abschlägen möglich. Das System ist umlagenfinanziert, wobei Überschüsse in einen Fonds gezahlt werden, um die Last der Babyboom-Generation rechtzeitig abzufangen. Die Finanzierung erfolgt über Beiträge der Versicherten (an denen die Arbeitgeber zu 50% beteiligt sind). Es gibt keine Bundeszuschüsse. Social Security, also die Altersvorsorge, ist in den USA eine Sozialleistung für die Mittelklasse. Hier gibt es daher keine Stigmatisierung, sondern den Grundsatz, wer gearbeitet hat, hat auch Anrecht auf die Leistung. Allerdings ist es nur eine Schiene des bereits erwähnten two-tier-Systems in den USA: Personen ohne geregelte Erwerbstätigkeit bezahlen keine Beiträge und erwerben somit keine Ansprüche. Daher haben häufig erkrankte oder arbeitslose Personen keine ausreichende Absicherung über social security und sind auf die einzelstaatlichen welfare-Programme angewiesen.“*

In ihrer qualitativen Einschätzung sagt Streissler, dass infolge der **Bevölkerungsentwicklung** wahrscheinlich alle Pensionssysteme in den kommenden Jahrzehnten vor neue Belastungen gestellt sein werden. **Nichtsdestotrotz konnte das US-System mit dieser bislang offensichtlich am stabilsten umgehen**. Das US-Pensionssystem ist im Grunde am stärksten nach

„europäischen“ Maßstäben gebaut, da es bis zu einem gewissen Ausmaß Lebensstandardsicherung mit Umverteilung vereint, was keines der betrachteten europäischen Systeme erreicht. **Insofern kann man/frau hier, so Streissler, unter Umständen von best practice sprechen.** Allerdings gilt diese redistributive Wirkung nur für Personen mit regelmäßiger Erwerbstätigkeit. Menschen mit Lücken in der Erwerbsbiografie werden von dem System gar nicht erfasst.

Das **Pensionsantrittsalter** zeigt, dass ältere ArbeitnehmerInnen in den USA noch immer mehr geachtet werden als in Europa:

#### Durchschnittliches Pensionsantrittsalter nach Geschlecht

	Männer		Frauen	
	1983-88	1994-99	1983-88	1994-99
Norwegen	62,7	64,2	63,3	64,7
Schweden	63,9	63,3	63,3	61,8
Dänemark	64,7	62,4	61,5	61,5
<b>Skandinavien</b>	<b>63,8</b>	<b>63,3</b>	<b>62,7</b>	<b>62,7</b>
Belgien	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Niederlande	60,1	61,6	61,3	60,1
<b>Benelux</b>	<b>60,1</b>	<b>61,6</b>	<b>61,3</b>	<b>60,1</b>
Deutschland	60,6	60,5	60,7	60,8
Osterreich	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
<b>Mitteleuropa</b>	<b>60,6</b>	<b>60,5</b>	<b>60,7</b>	<b>60,8</b>
Italien	60,0	59,3	58,8	58,4
Spanien	61,0	61,1	63,6	61,1
<b>Mittelmeer</b>	<b>60,5</b>	<b>60,2</b>	<b>61,2</b>	<b>59,8</b>
Frankreich	59,6	59,3	60,5	59,8
Großbritannien	62,3	62,0	61,6	61,2
USA	63,9	65,1	65,2	64,2
<b>angelsächsisch</b>	<b>63,1</b>	<b>63,6</b>	<b>63,4</b>	<b>62,7</b>
Europa	61,1	61,2	61,3	60,7
USA	63,9	65,1	65,2	64,2

Quelle: OECD 2003b, Tabelle SS12.2. Berechnungen von Agnes Streissler, AK Wien.

## **Bericht für das sozialwissenschaftlich interessierte Publikum<sup>3</sup>**

Die Lissabon-Strategie umfasst sämtliche Maßnahmen zur wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Erneuerung der EU. Am 23. und 24. März 2000 hatte der Europäische Rat auf seiner Tagung in Lissabon diese auf zehn Jahre angelegte Strategie vorgelegt, mit deren Hilfe die EU zur weltweit dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaft entwickelt werden soll. Bislang sind der dynamischste und wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt aber die Vereinigten Staaten von Amerika.

Im Sinne der Lissabon-Strategie treibt – nach Selbstverständnis der Kommission - eine starke Wirtschaft die Schaffung von Arbeitsplätzen voran und fördert soziale und ökologische Maßnahmen, welche wiederum eine nachhaltige Entwicklung und sozialen Zusammenhalt gewährleisten sollen.

Die Unterschiede im Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zwischen den USA und Europa waren zwar immer ausgeprägt, gewinnen aber seit dem Zusammenbruch des gemeinsamen Gegenmodells in der ehemaligen Sowjetunion und in Osteuropa zunehmend an Bedeutung. Letztens hat diese Frage auch zu Diskussionen im Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU geführt. Der vorliegende Bericht versteht sich als Beitrag zu dieser Diskussion.

Angesichts der Globalisierung und der sich dramatisch verändernden Bevölkerungsstruktur sei es notwendig, Wissenschaft, Wirtschaft und Sozialsysteme in Europa, so die Strategie von Lissabon, grundlegend umzustrukturieren.

Kernpunkte der **Lissabon-Strategie** sind ja bekanntlich:

- 1) **Mehr und bessere Arbeitsplätze**
- 2) **Sozialer Zusammenhalt**
- 3) **Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation**
- 4) **Vollendung des Binnenmarktes**
- 5) **Ökologisch nachhaltiges Wachstum**

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben bei ihrem Frühjahrstreffen am 26. März 2004 in Brüssel beschlossen, diesen Prozess weiter nachhaltig voranzutreiben.

Zur Halbzeit des Lissabon-Prozesses soll für den nächsten Frühjahrsgipfel 2005 ein Zwischenbericht vorgelegt werden.

---

<sup>3</sup> in sämtlichen Landkarten dieser Analyse bedeuten grüne Felder: fehlende Daten

Die Antwort auf die Frage, welches System – die USA oder Europa - längerfristig das erfolgreichere ist, hat in den letzten Jahrzehnten stark geschwankt. In den neunziger Jahren schien die Vorrangstellung der USA unbestreitbar, seit dem Ende der *New Economy*-Euphorie ist allerdings eine Ernüchterung eingetreten.

Bis zum Jahr 2010 soll die EU eine durchschnittliche Wachstumsrate von drei Prozent pro Jahr erzielen; doch im Jahr 2003 kamen die 15 Mitglieder<sup>4</sup> auf 0,8 Prozent. In den letzten drei Jahren lag das durchschnittliche jährliche Wachstum bei 1,25 Prozent und damit weit unter dem gesteckten Ziel. Die rechtsliberale Hamburger Welt schreibt z.B.:

*„Auch beim Arbeitsmarkt sind die in Lissabon definierten Ziele noch längst nicht erreicht. 2000 hatten die Regierungschefs davon gesprochen, dass bei stabilem Wachstum die "Voraussetzung für Vollbeschäftigung" gegeben seien. Nun heißt es, dass wegen der lahrenden Konjunktur und "bestimmter Hemmnisse" auch im Jahr 2004 nur sehr wenig Arbeitsplätze entstehen werden. Die Arbeitslosenquote werde deshalb auf 8,2 Prozent steigen. Erst im kommenden Jahr sei ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Regierungschefs werden in ihrem Abschlusspapier deshalb Druck machen: Eine gesamteuropäische Arbeitslosenquote von über acht Prozent sei "unakzeptabel", mahnen sie“.*

Bei der Gesamtbeschäftigungsquote, so lautet auch die Prognose der Kommission, kann das Zwischenziel nicht erreicht werden: Statt 67 Prozent steht die EU derzeit bei 64,3 Prozent. Im Jahr 2010 sollen es 70 Prozent sein.

Die übliche Antwort zahlreicher Kritiker des Wohlfahrtsstaates europäischer Prägung lautet nun, dass **gerade die Marktorientierung und die dortige Skepsis gegenüber dem Staat den Erfolg der USA ausmacht.**

Der Herr **Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit der Republik Österreich**, Dr. Martin **Bartenstein**, hat die so verstandene ordnungspolitische Alternative zwischen dem alten europäischen Wohlfahrtsstaat und einer von vielen Neoliberalen am Erfolg Amerikas orientierten Strategie wie folgt auf den Punkt gebracht:

*„Laut Bartenstein geht es um zwei Wirtschaftsmodelle: **Um dasjenige von Keynes mit der Schuldenpolitik oder um dasjenige von Schumpeter, Hayek und Mises, das angebots- und nachfrageorientiert vorgehe, in Bildung, Forschung und Entwicklung investiere, die Flexibilität des Arbeitsmarkts und die Deregulierung forcieren**“ Plenarsitzungen des NR, inkl. Dringliche Anfragen, Dringliche Anträge Stichworte: Parlament/Aktuelle Stunde/Europa Parlamentskorrespondenz/01/26.05.2004/Nr. 384;  
[http://www.parlament.gv.at/portal/page?\\_pageid=908,678558&\\_dad=portal&\\_schema=PORTAL](http://www.parlament.gv.at/portal/page?_pageid=908,678558&_dad=portal&_schema=PORTAL))*

In der festgefahrenen und oftmals sehr hart geführten wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung beschreibt die Publikation der Arbeiterkammer Wien nunmehr **neue Wege**. Weder sind die USA „asozial“ noch „die Europäer“ „wachstumsfeindlich“; noch gilt, dass die USA ab 1990 ein Weltrekordhalter des

---

<sup>4</sup> Die Welt, 2004-03-23;

<http://www.welt.de/data/2004/03/23/255184.html?search=lissabon+strategie&searchHILI=1>

Wachstums sind, und überdies ist auch Europa nicht frei von wachsender Armut. Die Welt ist nicht schwarz-weiß, sondern es gibt unendlich viele Grautöne, die erst zusammen ein korrektes Gesamtbild abgeben. Und vieles von dem, was es in den USA an Wachstum gibt, wird durch andere Kausalfaktoren verursacht (Migration, günstige Altersstruktur) und nicht durch einen Verzicht auf Sozialpolitik, und vieles von dem, womit wir in Europa an Stagnation konfrontiert werden, wird ebenso durch andere Faktoren verursacht (relativ inflexible Handhabung der Migrationspolitik, Altersstruktur, Reformstau im Pensionspolitikbereich in Kernstaaten wie Frankreich und Deutschland).

Im vorliegenden Tagungsband der Arbeiterkammer Wien, der einen wichtigen Beitrag zu der Frage der Lissabon-Strategien leistet, betreffen vor allem die Aufsätze von **Agnes Streissler** sowie **Richard Sturn** und **Franz Pretenthaler** den **Geschäftsbereich der Sozialpolitik in Europa**. Die Ergebnisse werden nur insofern wiedergegeben, als sie für die Interessen der kritischen Öffentlichkeit in Europa relevant sind. Die Studie wird mit zahlreichen anderen in der Literatur vorhandenen statistischen und inhaltlichen Informationen ergänzt und bewertet.

Zahlreiche der dargelegten Thesen wiederholen zwar in der Literatur gut bekannte Standpunkte, viele der Thesen werden leider ohne empirische Untermauerung in den Raum gestellt (vgl. die Beiträge von Hödl und Hoffmann). Andere Beiträge – wie der von Landesmann über die Wettbewerbsfähigkeit oder der von Schulmeister über Finanz- und Realkapitalismus, sind zwar sehr innovativ und auch (wie der von Michael Landesmann) empirisch sehr untermauert, betreffen aber den Kompetenzbereich der Wirtschaftspolitik.

Die vorliegende publizierte Arbeiterkammer-Studie, und mehr noch der noch unpublizierte Hintergrundbericht von Agnes Streissler bietet wichtige Einsichten für laufende Diskussionen im Wirtschafts- und Sozialausschuss der Europäischen Union zum Thema des europäischen und amerikanischen Wirtschaftsmodells.

Kernstück ist dabei vor allem die Analyse von Mag. Agnes Streissler von der AK Wien. Betrachtet werden **elf europäische Staaten** (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Österreich, Niederlande, Norwegen, Schweden, Spanien) und natürlich die USA. Mit Ausnahme von Norwegen sind alle europäischen Staaten Mitglieder der EU. Die elf Staaten wurden dabei jeweils gruppiert: **skandinavische Länder** (Norwegen, Dänemark, Schweden), **Benelux-Staaten, Mitteleuropa** (Österreich, Deutschland), und die **Mittelmeerländer** (Italien, Spanien). **Frankreich** wurde keiner Gruppe zugeordnet, **Großbritannien** wird gemeinsam mit den **USA** als „**angelsächsisches**“ Modell betrachtet. Die Gruppierungen werden dabei jeweils als ungewichtete Durchschnitte berechnet (also zB die durchschnittliche Arbeitslosenrate der skandinavischen Länder ist die Summe der Arbeitslosenraten von Norwegen, Dänemark und Schweden, dividiert durch drei). Zuguterletzt wird noch jeweils aus den elf Werten ein „**Europa**“-**Durchschnitt** berechnet, der dem entsprechenden Wert der USA gegenübergestellt wird.

In Europa hatte sich mit der Ausbildung von Nationalstaaten auch allmählich eine soziale Verantwortung des Staates ausgebildet. Der europäische Sozialstaat im heutigen Sinn entwickelte sich erst im 20. Jahrhundert, war aber in allen Staaten geprägt durch längere historische Traditionen (hier spielen der Stellenwert der

Kirchen, die Staatsform, das Ausmaß des Zentralismus und in späterer Folge die Stärke der Arbeiterbewegung eine wesentliche Rolle).

Die USA unterschieden sich von Anfang an von dieser Entwicklung, da sie weder Feudalismus im europäischen Sinn gekannt hatten, noch eine tragfähige Arbeiterbewegung vor Entwicklung der demokratischen Staatsform entstanden war. Im 20. Jahrhundert gab es zwei große Expansionsphasen im US-amerikanischen Sozialstaat: die Projekte des New Deal (in den 1930er Jahren) und der **Great Society** (in den 1960er Jahren), wo man/frau auch von einer leichten Annäherung an das europäische Sozialstaatsmodell sprechen konnte.

Nach dem Vietnamtrauma und einer verstärkten Hinwendung zur Innenpolitik Anfang der 1970er Jahre erstarkte in den USA die Neue Rechte und das US-amerikanische Modell entfernte sich zunehmend vom europäischen. Sozialpolitik wurde in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend aus dem Bundeseinfluss herausgenommen und an die Einzelstaaten delegiert. Dies wurde auch in den 1990er Jahren nicht anders, als der demokratische Präsident Clinton im Amt war.

Innerhalb der EU gibt es verschiedene sozialstaatliche Modelle, die allerdings gemeinsam haben, dass umfassender Sozialschutz ein Grundrecht darstellt. Aufgrund ausgebauter nationalstaatlicher Sozialstaaten ist Sozialpolitik auf EU-Ebene hauptsächlich durch Harmonisierung der Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt gekennzeichnet. In den vergangenen Jahren wurde auch versucht, über die Methode der offenen Koordinierung allgemein verbindliche Zielvereinbarungen zu treffen. Dies kann allerdings nur als Anfang der Bemühungen einer EU-weiten Sozialpolitik verstanden werden, die von vielen Seiten als notwendig erachtet wird, um Europa für zukünftige Herausforderungen bereit zu machen.

In der Arbeiterkammerstudie wird im Beitrag von **Sturn** und **Prettenthaler** auch verglichen, wie sich der Sozialstaat auf materielles und immaterielles Wohlergehen der Bevölkerung auswirkt. Zunächst wurden dafür die **Brutto- und Nettoausgaben für Sozialschutz** betrachtet. Bei den Bruttoausgaben, insbesondere bei den öffentlichen, gibt es große Unterschiede zwischen Europa und den USA (1997 gaben europäische Sozialstaaten im Durchschnitt 29 % ihres BIP für ihre Sozialpolitik aus, die USA hingegen nur 16 % des BIP). Allerdings kam es in den 1990er Jahren überall zu einer Verlangsamung des Wachstums. Weiters müssen für Europa starke innereuropäische Unterschiede konstatiert werden. Betrachtet man/frau die Nettoausgaben (also unter Berücksichtigung von Steuern auf Sozialabgaben und steuerlichen Begünstigungen) nähern sich die Systeme einander an: Europa weist einen relativ einheitlichen Wert von ca 24 % des BIP bei den öffentlichen Nettosozialausgaben auf, in den USA ist der Anteil der öffentlichen Nettoausgaben mit etwas über 16 % des BIP sogar höher als der Anteil der Bruttoausgaben am BIP. Insgesamt (also inklusive der privaten Ausgaben) wird in Europa und den USA in der Nettobetrachtung ähnlich viel für soziale Sicherheit ausgegeben: Europa 26 %, USA 23 %, nur ist in den USA eben der Anteil privater Ausgaben ungleich höher.

Während die Bruttoausgaben in Wechselwirkung mit der Einkommensverteilung stehen, umfassen die Nettoausgaben, insbesondere in den USA, auch Maßnahmen wie z.B Steuererleichterungen, die nach oben umverteilen. Daher ist für die vollständige Einschätzung eine genauere Betrachtung der Einkommensverteilung vor und nach Umverteilung notwendig.

In der **Hintergrundanalyse** von Agnes Streissler führt sie auch aus, dass in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts es, soweit darüber statistische Informationen vorliegen, in allen betrachteten Staaten zu einer langsamen, aber stetigen Nivellierung der Markteinkommen kam, wobei sich bereits zu dieser Zeit die skandinavischen Ländern als jene mit der ausgeglichensten Einkommensverteilung abzeichneten.

Die 50er und 60er Jahre waren durch weitgehend stabile Einkommensverhältnisse gekennzeichnet, Verschiebungen gab es allenfalls zwischen den Reichsten und den Ärmsten. Gerade in den USA war dies eine Zeit, in der vor allem die Mittelschicht hohe Einkommensanteile erzielen konnte, während in den Folgejahrzehnten sukzessive die Reichsten an Einkommen dazugewannen. Insgesamt kam in allen Ländern in den 1970er und 1980er Jahren Bewegung in die Einkommensverteilung. Dabei entwickelten sich die europäischen Staaten recht unterschiedlich. Seit Ende der 1980er Jahre kann man/frau deutlich erkennen, dass die USA eine wesentlich ungleichere Verteilung haben als die europäischen Länder (mit Ausnahme von allenfalls Großbritannien).

Bei Betrachtung der verfügbaren Einkommen (also nach Steuern und Transfers) bleibt bestehen, dass die skandinavischen Länder die ausgeglichene Verteilung haben. In den restlichen Ländern aber hat in den letzten Jahrzehnten die Einkommensungleichheit eher zugenommen. Die USA und Großbritannien verzeichneten die stärksten Veränderungen bis Mitte der 1980er Jahre, die anderen Staaten folgten im Jahrzehnt darauf. Dieser Entwicklung liegen vorrangig die Änderungen auf dem Arbeitsmarkt zugrunde – zunehmend prekäre Arbeitsverhältnisse und steigende Arbeitslosigkeit führten dazu, dass praktisch in allen Ländern die untersten Einkommensgruppen nicht am allgemeinen Wirtschaftswachstum partizipieren konnten. Daran konnten auch die ausgebauten Sozialstaaten Europas nur bedingt etwas ändern. Im Unterschied zu den USA wurde in Europa allerdings versucht, den strukturellen Wandel nicht voll auf die Lohnanpassungen durchschlagen zu lassen. Diese höhere soziale Stabilität ging bekanntermaßen auf Kosten der Beschäftigung und hatte höhere Arbeitslosenraten zur Folge. Wie stark die unterschiedlichen Rezepte nun tatsächlich auf die unteren Einkommensgruppen wirkten, zeigt die Analyse der **Armutsentwicklung** der letzten Jahre.

Die USA haben sowohl in den 1980er als auch in den 1990er Jahren wesentlich höhere Armutsquoten im Sinne der Kriterien von Eurostat als Europa (Mitte der 1990er waren ca 9 % der europäischen Bevölkerung als arm zu bezeichnen, in den USA waren es 17 %) mit deutlich längerer Dauer der Armutsphasen. Insbesondere betroffen davon sind in den USA Kinder. Es mögen daher die Reformen der 1970er und 1980er Jahre in den USA zwar dazu geführt haben, dass weniger Menschen als zur Zeit der **Great Society** „unrechtmäßig“ Sozialleistungen bezogen, der *collateral damage* in Form von insgesamt gestiegener (Kinder-)Armut ist jedoch enorm.

An „weichen“ sozialen Indikatoren wurden im zunächst die **Arbeitsbeziehungen** betrachtet. Als einer der wichtigen Unterschiede zwischen Europa und den USA gilt ja, dass die europäischen Sozialstaaten wesentlich durch die starke Arbeiterbewegung weiterentwickelt wurden, während in den USA eine vergleichbare Bewegung und Partei immer gefehlt haben. Konsequenterweise sind daher auch die

gewerkschaftlichen Organisationsgrade unterschiedlich – wobei vor allem seit den 1980er Jahren in den USA ein massiver Rückgang zu verzeichnen ist. Entgegen gängigen Vorurteilen kann man/frau allerdings auch für Europa über den Zeitvergleich keine Korrelation zwischen gewerkschaftlichem Organisationsgrad und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit finden.

Ein weiterer „weicher“ Indikator ist die **Situation der Frauen** in den verschiedenen Sozialstaatsmodellen. Hier zeigten sich laut Arbeiterkammer-Studie bereits innerhalb Europas massive Unterschiede, es ließen sich aber doch auch einige Unterschiede zwischen Europa und den USA herausarbeiten. So stellt z.B. Teilzeitarbeit in Europa ein gangbares Modell für Frauen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar, in den USA ist Teilzeitarbeit nicht so verbreitet, was darauf schließen lässt, dass das Lohnniveau und die sozialrechtliche Absicherung hierfür zu gering sind. Obwohl die USA gerne als „liberales“ Modell bezeichnet werden, sind sie von Chancengleichheit weit entfernt. So sind zum einen die **Lohnunterschiede** zwischen Männern und Frauen in den USA größer als in Europa, zum anderen sind Frauen auch wesentlich weniger stark im Parlament vertreten (was die Vermutung nach einer Interdependenz mit ihrer materiellen Situation nahelegt).

Eine zweite Gruppe, die (nicht nur) in Sozialstaatsvergleichen gerne vergessen wird, deren soziale Lage aber in überdurchschnittlichem Ausmaß als prekär einzuschätzen ist, sind **ImmigrantInnen** und **ethnische Minderheiten**. Leider gibt es, so die AK, darüber nicht viel international vergleichbares Material. Was sich herausfiltern lässt, sei folgendes: Innerhalb Europas sind Immigrations- und Integrationspolitik abhängig vom jeweiligen Sozialstaatsregime. Während die mitteleuropäischen Länder ImmigrantInnen als „Gastarbeiter“ sehen und ihnen daher nur ungerne alle sozialstaatlichen Rechte zugestehen, sehen sich die skandinavischen Länder und die Niederlande als multikulturelle Gesellschaften (letztere mit einer stark postkolonialistischen Tradition). Ihre besseren Integrationserfolge sind allerdings auch auf insgesamt niedrigere Immigrationsquoten zurückzuführen. Seit etlichen Jahren nimmt sich die EU-Kommission verstärkt des Themas an und versucht auf Gemeinschaftsebene allgemein gültige Richtlinien für „Drittstaaten“-Angehörige zu finden. Vergleicht man/frau Europa nun mit den USA, so ist sofort ersichtlich, dass die USA trotz weitaus höheren Immigrationsquoten eine deutlich erfolgreichere Integration erzielen: niedrigere Arbeitslosenquoten, besseres Qualifikationsniveau und insgesamt nicht so starke Unterschiede zwischen In- und AusländerInnen auf dem Arbeitsmarkt zeichnen die Situation von ImmigrantInnen in den USA aus.

Die Problemgruppe, so die AK, die hingegen viel eher das Pendant zur europäischen Situation darstelle, sei die schwarze Bevölkerung. Sie macht 12 % der Bevölkerung aus und kann als unfreiwillige „ImmigrantInnen“ der vorigen Jahrhunderte gesehen werden. Sie hat besonders unter dem sozialpolitischen **backlash** seit den 1970er Jahren zu leiden, wobei inzwischen der subtile Rassismus (ausgedrückt durch das Vorurteil „welfare=black“) auch weite Teile der demokratischen Partei erfasst hat. Durch teilweise selbstverursachte Segregation, so die AK, reüssieren Schwarze auch nicht in gleichem Ausmaß wie andere Bevölkerungsgruppen im Bildungswesen, wodurch sich gerade in den USA ihre Chancen auf soziale Teilhabe und Aufstieg weiter verschlechtern. Obgleich ImmigrantInnen in Europa und Schwarze in den USA sozial und materiell zu den benachteiligten Gruppen zu zählen sind, sind sie auf der anderen Seite wichtige LeistungserbringerInnen im Sozialstaat, da sie in



überdurchschnittlich hohem Ausmaß in den Hilfsdiensten des Gesundheits- und Sozialbereichs beschäftigt sind.

Um neben der Betrachtung benachteiligter Gruppen auch das **Wohlbefinden** des breiten Durchschnitts zu vergleichen, wurden in der Arbeit Studien zu Vergleichen des Sozialkapitals herangezogen. Es zeigt sich, dass in den USA die Menschen nicht unglücklicher sind als in Europa. Am zufriedensten sind im Durchschnitt die SkandinavierInnen. Auch im Human Development Index der UNO liegen, so die Arbeiterkammer, die USA vergleichsweise weit vorne. Zwar verschlechterte sich ihre relative Position gegenüber einzelnen europäischen Ländern in den vergangenen Jahren, aber es zeigt sich doch, dass auch hier eine wesentliche Bestätigung der These der Pfadabhängigkeit liegt: Die Mehrheit der Bevölkerung ist mit dem System, in dem sie leben, und seinen Werten jeweils zufrieden. Wieso sollte es zu signifikanten Konvergenzprozessen kommen?

Während in Europa das **Bildungswesen** im allgemeinen nicht zum Sozialstaat zählt, ist die Analyse sozialer Chancen in den USA nicht denkbar ohne Berücksichtigung des Bildungssystems. Daher wurde als Abschluss der „Indikatoren des sozialen Wohlstands“ ein Vergleich der Bedeutung des Bildungswesens vorgenommen. Hier zeigt sich, dass Bildung in den USA jedenfalls eine große Rolle spielt: Im Gegensatz zu den Sozialausgaben wird in den USA ähnlich viel für Bildung ausgegeben wie in Europa, wobei sowohl der Primär- als auch der Tertiärbereich stärker dotiert sind als im europäischen Durchschnitt. Dementsprechend erreichen auch mehr Menschen einen höheren Abschluss als in Europa (im europäischen Durchschnitt erlangen etwa ein Viertel zumindest einen Tertiärabschluss, in den USA sind es 37 %). In den erworbenen Kompetenzen schneiden die USA laut PISA-Studie allerdings nicht so gut ab. Anhand dieser Studie werden besonders die innereuropäische Differenzen deutlich: Während die skandinavischen Länder, die (allerdings mit den höchsten Ausgaben) bei den Abschlüssen ähnlich gute Werte erreichen wie die USA, die „Sieger“ der PISA-Studie sind, haben die mitteleuropäischen Länder sowohl bei der Höhe der erreichten Abschlüsse als auch vor allem bei den Kompetenzen massive Defizite. Zu stark vergangenheitsorientierte Sozialpolitik und nachhaltig konservative Familienmuster führen dazu, dass dem Bildungswesen in der Sozialpolitik ganz geringer Stellenwert zukommt.

In dem Unterkapitel der zweiten Arbeit von Agnes Streissler mit dem Titel „**Sozialstaatliche Politikfelder**“ wurden die typischen Bereiche der Sozialpolitik (Alter, Gesundheit, Familie, etc.) vergleichend untersucht. Zunächst fällt auf, dass die wesentlichen Ausgabenbereiche in allen betrachteten Staaten Alter und Gesundheit sind, dass also in den westlich-kapitalistischen Gesellschaften die Armutsbekämpfung als explizites Ziel der Sozialpolitik eher nach- bzw untergeordnet ist.

Alle europäischen Länder haben, so die AK, seit den 1980er Jahren mit Finanzierungsproblemen in der **Altersversorgung** zu kämpfen. Hier haben insbesondere beitragsorientierte, auf den vorangegangenen Aktiveinkommen beruhende Systeme (wie in Deutschland) großen Reformbedarf. Schweden versucht die Reform mit Einführung von Elementen eines Kapitaldeckungssystems, Großbritannien setzt stark auf private Zusatzversicherungen. Die USA haben für Menschen mit weitgehend durchgängiger Erwerbstätigkeitsbiografie ein progressives Pensionssystem, in dem die Ersatzraten mit steigendem Einkommen sinken. Damit

können sie nach wie vor Überschüsse erzielen. Diese Mischung aus umverteilendem und gleichzeitig doch in gewissem Ausmaß lebensstandardsicherndem Prinzip findet auch breite Akzeptanz in der Bevölkerung und ist daher noch nicht so stark dem allgemeinen Sozialabbau ausgesetzt.

Auch die **Gesundheitssysteme** sind, so die AK weiter, in dauernder Diskussion. Die USA unterscheiden sich hierin von den europäischen Modellen (die entweder über Sozialversicherung oder über Steuerfinanzierung fast vollständig deckende Gesundheitsversorgung haben) dadurch, dass es keine staatliche allgemeine Gesundheitsversorgung gibt (Medicaid ist nur an die Armen gerichtet, Medicare wiederum nur an die Alten). Daher sind 16 % aller US-AmerikanerInnen gar nicht versichert, ein Problem, das sich dadurch weiter verschärft, dass sich immer weniger Unternehmen Gruppenversicherungen über Health Maintenance Organisations leisten können. Trotz dieser schlechten Gesundheitsversorgung in den USA haben die USA aufgrund Spitzenmedizinischer Leistungen, die nur einer privilegierten Oberschicht zugute kommen, im internationalen Vergleich die höchsten Gesundheitsausgaben.

Der **Pflegebereich**, der in den vergangenen Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat, ist ebenfalls stark abhängig von dem jeweiligen Sozialregime: In den USA werden die Leistungen dem Markt oder der Familie überlassen, in Skandinavien kommen die Kommunen stark für Sachleistungen auf, in den eher konservativen mitteleuropäischen Ländern sind es die Familie und die gemeinnützigen Organisationen des Dritten Sektors, die die hauptsächliche Leistung erbringen.

Die **Arbeitslosenversicherung** ist ein typisch „europäisches“ Betätigungsfeld der Sozialpolitik. In den USA ist sie Sache der Einzelstaaten, und es kam in den vergangenen Jahren zu immer stärkeren Kürzungen der Leistungen. In Europa hingegen wird versucht, neben den passiven Arbeitslosenleistungen, die in allen Ländern nach wie vor den größeren Teil der Ausgaben für Arbeitslosigkeit ausmachen, die aktive Arbeitsmarktpolitik zu stärken (dies wird von der EU kräftig unterstützt). Nachzügler dabei sind die mitteleuropäischen Länder; in Großbritannien wird die Aktivierung über workfare als Zwangsmaßnahme kritisiert, während in den skandinavischen Ländern (wo die Arbeitslosenversicherung Sache der Gewerkschaften ist) aktive Arbeitsmarktpolitik im Wege eines Vertrages des Arbeitslosen mit dem Arbeitsamt gestaltet wird.

In Europa wird **Familienpolitik** wesentlich umfassender verstanden als in den USA (in Europa werden im Durchschnitt fast 2,5 % des BIP für Familien ausgegeben, in den USA nur 0,5 %). Die skandinavischen Länder und Frankreich haben dabei einen stark universalistischen Ansatz (Leistungen für alle ohne Einkommensprüfung mit sehr hohem Sachausgabenanteil für die Unterstützung von Kinderbetreuung), während die mitteleuropäischen Länder sich noch immer nicht ganz von konservativen, großteils wohl überholten Familienmodellen verabschiedet haben. In den USA hingegen existiert überhaupt keine als solche bezeichnete Familienpolitik, lediglich arme Familien erhalten in gewissem Ausmaß Unterstützung.

Etwas ausführlicher wurde in der Hintergrundanalyse von Streissler die **Wohnpolitik** behandelt, da diese in sozialpolitischen Vergleichsstudien oft unbeachtet bleibt. Wohnpolitik ist dabei mit dem Steuersystem meist stärker verwoben als mit dem Sozialsystem, was die internationale Vergleichbarkeit sehr erschwert. Dennoch lässt

sich grob zusammenfassen, dass in den „liberalen“ Ländern, die durch ungleichere Einkommensverteilung ausgezeichnet sind, Wohneigentum überwiegt, während in Ländern mit ausgebauten Sozialversicherungssystemen Wohneigentum keine Form der sozialen Absicherung darstellt (darstellen muss). Damit ist die Eigentumsquote in den USA deutlich höher als im europäischen Durchschnitt. Soziale Wohnpolitik in den USA ist auf Wohnschecks für die Ärmsten beschränkt, während es in Europa eine Vielzahl von Subjekt- und Objektförderungen gibt sowie in vielen Ländern eine lange Tradition sozialen Wohnbaus.

Und schließlich wurde der Vollständigkeit halber auch noch die **Armutspolitik** betrachtet. Hier waren aber keine wesentlichen neuen Ergebnisse zu verzeichnen, da dieser Bereich sowohl in Europa als auch in den USA budgetär nur sehr gering dotiert ist. Europa betreibt eher Armutsvermeidung, und zwar über die vorgelagerten Sicherungssysteme; in den USA hingegen, wo Armutspolitik Sache der Einzelstaaten ist und diese in den vergangenen Jahren massive Kürzungen vornahmen, steigt die Armut, insbesondere bei der schwarzen Bevölkerung.

Ein Kapitel der Hintergrundanalyse und auch des publizierten Artikels von Agnes Streissler beschäftigte sich mit den **Trägern der Sozialpolitik**. Sowohl in der Realität als auch in der sozialpolitischen Forschung hatte die zunehmende Staatskepsis seit Anfang der 1980er Jahre das Augenmerk vermehrt auf die anderen Träger gelenkt – Privatwirtschaft, Dritter Sektor und die informellen Netze.

Auch der Staat selbst hat seine Rolle geändert, indem die Kooperation mit den anderen Trägern immer häufiger und intensiver wurde. Daneben ist gerade auch für die Sozialpolitik darauf hinzuweisen, dass „der Staat“ kein einheitliches Gebilde ist, da er aus verschiedenen Verwaltungsebenen mit unterschiedlichen Aufgaben besteht. Diese Ebenen agieren miteinander nicht immer konfliktfrei. Anhand der USA kann auch gezeigt werden, dass die Einflussnahme des Staates oft eine sehr indirekte ist (von Steuererleichterungen bis Kreditgarantien und natürlich gesetzlichen Regulierungen).

Insbesondere in den USA hat die **Privatwirtschaft** immer schon eine große **Rolle in der Sozialpolitik** gespielt. Private **Zusatzversicherungen** machen ein Drittel der sozialpolitischen Ausgaben aus, und Unternehmen bieten ihren MitarbeiterInnen betriebliche Sozialleistungen an, letztere aufgrund der schlechten Wirtschaftslage der vergangenen Jahre in immer geringerem Ausmaß. Dies sollte allen bewusst sein, die auch im Bereich der Sozialpolitik immer wieder die Forderung nach „mehr privat, weniger Staat“ aufstellen. Selbstverständlich können viele Sozialleistungen auch über die Privatwirtschaft erbracht werden, dies bedeutet aber immer, dass bestimmte Personen bzw Personengruppen ausgegrenzt bleiben: Die Entwicklung in den USA der letzten Jahre hat gezeigt, dass private Sozialleistungen nur mehr für hochqualifizierte ArbeitnehmerInnen eine interessante Option darstellen. Schlechte Risiken bleiben auf der Strecke. Versucht man/frau hier „Mischsysteme“, so besteht die Gefahr, dass die Ober- und Mittelschichten die bislang in Europa doch weitverbreiteten (oft implizit geschlossenen) Solidarverträge aufkündigen. Sie können sich privat absichern, während die öffentlichen Mittel für benachteiligte Gruppen immer weniger werden. Damit sind Einkommensungleichheiten und Armutsquoten wie in den USA vorprogrammiert.

Eine Alternative zur Privatwirtschaft ist der **Dritte Sektor** (auch genannt Non-Profit-Organisationen, **Freiwilligensektor**, etc.). Seine jeweilige Ausprägung ist stark von der jeweiligen Landesgeschichte, insbesondere von der religiösen und kulturellen Tradition abhängig. In den vergangenen Jahren kam es allerdings auch hier zu einer **marketization** (Marktorientierung). Die USA haben eine lange Tradition eines starken Dritten Sektors, sind inzwischen aber von einigen europäischen Staaten überholt worden. Als großer Unterschied bleibt bestehen, dass der Dritte Sektor in Europa subsidiär zum öffentlichen Sektor wirkt und häufig auch massiv finanziell unterstützt wird, während er in den USA wesentlich marktnäher agiert. Das bedeutet allerdings auch, dass er stark partikularistisch auf die Interessen bestimmter Gruppen bedacht ist. Abermals bleiben unterprivilegierte Randgruppen über.

Und schließlich gibt es noch den **informellen Sektor**. Neben dem Kommunitarismus (also der Anschauung, dass im Gemeindeleben über Freiwilligenarbeit und Gemeinsinn notwendige soziale Leistungen erbracht werden sollten) sind dies vor allem die Familien. Die Analyse ihrer materiellen Situation und ihrer Unterstützung von Seiten des Sozialsystems hat die ganze Arbeit durchgezogen. Hier sei zusammenfassend gesagt, dass lediglich in den skandinavischen Staaten (und zum Teil in Frankreich) Familien so unterstützt werden, dass Familie und Beruf tatsächlich vereinbar sind. In den USA als vorgeblich „liberalem“ Regime wird die Vereinbarkeitsproblematik in die Privatsphäre verwiesen. Gleichzeitig werden aber an Familien hohe moralische Ansprüche gestellt, wollen sie in den Genuss sozialstaatlicher Unterstützung kommen.

Dies führt bereits zum abschließenden Teil der Analyse von Agnes Streissler, dass nämlich die grundlegenden Unterschiede zwischen den USA und Europa in unterschiedlichen Traditionen und Mentalitäten begründet sind. Die USA sind im Vergleich zu Europa stark traditionalistisch orientiert, mit starker Betonung von Religion und Autorität. Die Bevölkerung Europas insgesamt ist wesentlich emanzipierter und stellt daher größere Ansprüche an das Gemeinwesen Staat. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Entwicklung der Demokratie in den USA und in Europa unterschiedlich war. Fehlender Feudalismus, fehlender Klassenkampf und eine aus der Geschichte begründete anhaltende Staatsskepsis haben verhindert, dass in den USA jemals ein Sozialstaat nach europäischem Muster entstehen konnte.

Trotz aller innereuropäischen Unterschiede haben die vorliegenden Studien der AK deutlich gezeigt, dass sich das US-amerikanische System eindeutig vom europäischen Wohlfahrtsmodell unterscheidet. Die einzelnen Politikbereiche sind völlig anders ausgestaltet: es gibt keine universelle Familienpolitik und keine allgemeine Arbeitslosenversicherung. Armenpolitik, seien es Geldleistungen oder Wohn- bzw Gesundheitsausgaben für Arme sind Angelegenheit der Einzelstaaten. Insgesamt hat sich der Bundesstaat immer mehr aus der Sozialpolitik zurückgezogen und finanziert nur mehr über Pauschalzahlungen. Lediglich **Medicare** und **Social Security** sind noch Bundesangelegenheit, geraten aber auch zunehmend unter Beschuss. Dies führt zwar dazu, dass die Sozialausgaben insgesamt wesentlich niedriger sind als im europäischen Vergleich, dass aber der Mittelstand gezwungen ist, sich selbst zu versichern, will er einigermaßen lebensstandardsichernde Leistungen. Unregelmäßig Erwerbstätige und Arme sind rein auf die einzelstaatlichen welfare-Programme angewiesen. Auf diese besteht kein bürger- oder

menschenrechtlicher Anspruch, sie hängen sehr von der Willkür und „Großzügigkeit“ im Einzelfall ab.

Hatten sich Europa und USA nach dem Zweiten Weltkrieg und insbesondere in den 1960er Jahren, als in den USA die **Great Society** ausgerufen wurde, aneinander angenähert, so war seit den 1970ern und 1980ern ein Auseinanderdriften der beiden Modelle zu bemerken. In den 1990er Jahren schwappte dann, so die AK, die US-Ideologie immer wieder auf Europa über. Hier war man/frau unter anderem aufgrund der Selbstbindungen durch die Maastrichter Konvergenzkriterien auch zu Kürzungen im Sozialstaat gezwungen. Dennoch kann man/frau aus heutiger Sicht nicht wirklich von einer nunmehrigen Annäherung Europas an die USA sprechen.

Dies zeigte sich auch an sozialpolitischen „Outputs“: Insbesondere die Einkommensverteilung ist in den USA wesentlich ungleicher als in Europa. Krugman (2002) sieht hier für die USA eine klare Aushöhlung der Mittelschicht, da die massivsten Einkommenssteigerungen der letzten Jahre beim obersten Prozent bzw sogar Zehntelprozent stattfanden. Glaubt man/frau dem *Fortune Magazine*, stiegen in derselben Zeit [1970 bis 1990] die Jahresgehälter der Firmenchefs der 100 größten US-Unternehmen aber von 1,3 Millionen Dollar – dem 39fachen des Gehaltes eines durchschnittlichen Arbeiters – auf 37,5 Millionen Dollar, dem mehr als 1000fachen Lohn eines normalen Arbeitnehmers. (Krugman 2002, 25).

Krugman sieht eine Plutokratie entstehen (vgl. auch den Beitrag von **Filzmaier** im publizierten Tagungsband) : Reiche kaufen sich Politiker, Intellektuelle und die öffentliche Meinung in einem bislang ungeahnten Ausmaß. Während aus seiner Sicht über dreißig Jahre lang die sozialen Normen durch New Deal und **Great Society** bestimmt waren und damit relative Einkommensgleichheit ein positiv besetzter Wert war, gilt heute anything goes. Die Superreichen modellieren sich das Steuersystem zu ihren Gunsten, während für die Mittelklasse die Situation immer prekärer wird. Konnten Angestellte in Großunternehmen bislang den fehlenden Sozialstaat gut durch occupational benefits ersetzen, so sind heute auch diese Arbeitsverhältnisse unsicher geworden, womit betriebliche Krankenversicherungen und Pensionspläne hinfällig werden.

Ähnlich wird dies auch in der Arbeiterkammerstudie im Beitrag von **Schulmeister** (2003) gesehen: Aus seiner Sicht hat Mitte der 1970er Jahre der Finanzkapitalismus den Realkapitalismus abgelöst. Der Kapitalismus sei nicht mehr durch Manager, sondern durch Investoren bestimmt. Dies liege auch daran, dass die Unternehmen dem Ausbau des Sozialstaates und damit auch den zunehmenden Rechten der Arbeiterschaft nicht mehr gewachsen seien und daher die „soziale Marktwirtschaft“ aufkündigten. Diese „klimatische Veränderung“ hätte wesentliche Auswirkungen auf den Sozialstaat und stelle die lange behauptete These in Frage, dass der genügsamere Sozialstaat in den USA besser geeignet wäre, die Arbeitslosigkeit in Schach zu halten. Es dürfe, so die AK, nicht übersehen werden, dass die USA ihre größten Erfolge in der Sozialpolitik zu einer Zeit hatten, als Beschäftigte auch dort in der Mehrheit in einem „Normalarbeitsverhältnis“ standen – residuale Sozialpolitik gekoppelt mit einer gut ausgebauten betrieblichen Mitarbeitervorsorge könne nur dann breite Teile der Bevölkerung absichern, wenn dauerhafte Beschäftigungen der Regelfall seien.

Sind, so fragt sich die AK, die USA nun ein Nachzügler in dem Sinn, dass die sozialpolitischen Outputs in Europa höher liegen, oder ein Vorreiter bzw Vorbild in dem Sinn, dass Europa erst lernen muss, Sozialpolitik zwischen Staaten und Gemeinschaft stärker aufzuteilen?

Die Bestandsaufnahme der AK legt den Schluss nahe, dass die Antwort „weder-noch“ heiÙe. Es handelt sich um unterschiedliche Systeme mit unterschiedlicher Geschichte: Während in den USA umfassende Sozialpolitik im 20. Jahrhundert von Bundesebene nach unten gesickert ist, haben sich in Europa nationalstaatliche Sozialsysteme unterschiedlichster Prägung etabliert, und erst heute beginnt die Diskussion, welche Kompetenzen auf EU-Ebene verlagert werden sollten.

Es sei, so Streissler, zurzeit unvorstellbar, dass die USA sich an einer europäischen **best practice** orientieren würden. Zu sehr wird die Politik von Gruppierungen bestimmt, die Werte wie Solidarität als Hemmschuh sehen und die von der eigenen Leistungsfähigkeit und –bereitschaft als beste Sprungbrett „nach oben“ überzeugt sind.

Ebenso sollte sich, so Streissler aber auch Europa nicht zu sehr an den USA orientieren. Es gebe innerhalb Europas genügend **best practice** Beispiele, so Streissler. So schneiden bei den meisten Wohlstandsindikatoren die skandinavischen Länder nach wie vor am besten ab. Nachzügler in bezug auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts und insbesondere die Bedeutung der Wissensgesellschaft seien hingegen die „konservativ“ orientierten Länder Kontinentaleuropas (Deutschland, Österreich und, soweit man/frau aus den Daten beurteilen kann, die Mittelmeerländer). Sie werden zu sehr durch ihre vergangenheitsorientierte Sozialpolitik belastet. Während die angelsächsischen Länder voll auf Ausbildung (Zukunftsorientierung) setzen, haben die Skandinavier einen Mix, der Solidarität mit den Schwächeren in der Gesellschaft mit Verantwortung für die Zukunft nachhaltig vereint.

Bei der notwendig gewordenen Neuordnung der Prioritäten insbesondere in Kontinentaleuropa könnte die EU, die nach angelsächsischem Vorbild stark auf Ausbildung und lebenslanges Lernen setzt, helfen, den notwendigen Zusammenhang von Bildung und Sozialstaat zu fördern.

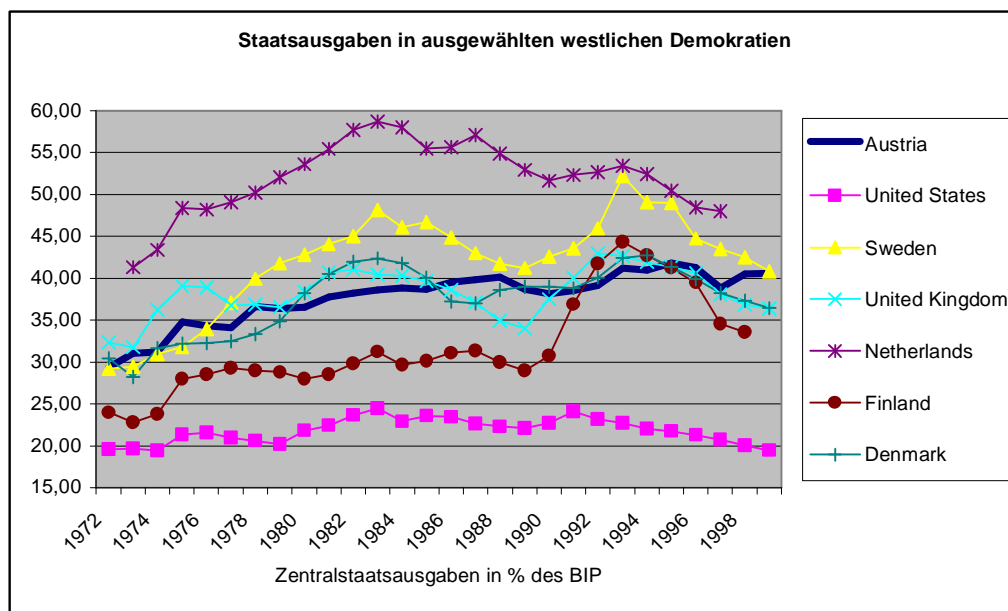
Keinesfalls sollte es in Europa, so die Arbeiterkammer, zu einem Abbau des Sozialstaates kommen. Ein umfassender Sozialstaat, dem der Sozialschutz als BürgerInnenrecht zugrundeliegt, ist eines der wesentlichen konstitutiven Elemente Europas. Die Europäische Kommission könnte ein Garant dafür sein, dass dieses Europäische Sozialmodell auch weiterhin Bestand haben kann, wenn sie sich mit ihren Ansätzen gegen die Angriffe der auch in Europa stärker werdenden Neokonservativen gepaart mit Neoliberalen durchsetzen kann. Für die Kommission stehe nämlich die Wichtigkeit eines umfassenden Sozialschutzes außer Zweifel.

## Versuch einer empirischen Wertung der Thesen der Arbeiterkammer

Es ist zwar, wie die Studie der Arbeiterkammer richtig betont, schon so, dass der Zentralstaat in den sehr föderalen USA kleiner ist als in vielen Staaten Europas. Aber die unzureichende Erfassung des föderalen Charakters der USA ist eine der methodischen Probleme jedes Vergleiches staatlicher Politik der USA mit Europa. Auch die vorliegende Studie kann diese Lücke natürlich auf Grund der Datenbeschränkung nicht schließen.

### Gesamtstaat – Zentralstaat<sup>5</sup>

In der Ära des Clinton-Booms hat Europa die Staatsquoten wesentlich erhöht und die Expansion im Kondratieff'schen Zyklus versäumt. Erst spät steuerte die Politik in einigen Staaten gegen, während in den USA der Abbau der Staatsquoten – vermittelt über die Friedensdividende der Clinton-Ära – schon früher begann.



Die vorhandenen Daten zeigen aber, dass die Gesamtstaatsausgaben in den USA bei 38.50 % liegen wobei die Bundesstaaten und Gemeinden fast 18 % des BIP aufwenden.

Country Name	Zentralstaatsausgaben per BIP	Gesamtstaatsausgaben per BIP	geschätzter Anteil der Staatsausgaben auf mittlerer und	Faktor, mit dem man/frau zentralstaatliche Ausgaben realistischer Weise multiplizieren

<sup>5</sup> Berechnungen zu diesem Thema aus der frei verfügbaren EXCEL-Datenbasis der Weltbank: <http://www.worldbank.org/research/growth/GDNdata.htm#3>

			unterer föderaler Ebene in % des BIP	müsste, um die gesamtstaatlichen Ausgaben zu schätzen
Australia	26,19	36,40	10,21	1,39
<b>Austria</b>	<b>38,81</b>	<b>51,90</b>	<b>13,09</b>	<b>1,34</b>
Belgium	46,28	49,30	3,02	1,07
Canada	21,08	48,30	27,22	2,29
Germany	33,13	48,50	15,37	1,46
Denmark	38,23	50,70	12,47	1,33
Spain	34,55	39,80	5,25	1,15
Finland	34,54	48,70	14,16	1,41
France	46,57	52,40	5,83	1,13
United Kingdom	38,07	39,60	1,53	1,04
Greece	31,60	51,70	20,10	1,64
Iceland	28,87	43,10	14,23	1,49
Norway	35,70	53,80	18,10	1,51
Portugal	40,55	45,70	5,15	1,13
Sweden	43,50	59,00	15,50	1,36
<b>United States</b>	<b>20,73</b>	<b>38,50</b>	<b>17,77</b>	<b>1,86</b>

**Empirisch unzureichend** wurde, wie bereits erwähnt, in der Studie ansonsten das **Problem der Armut** dokumentiert, weil sich die Studie der AK vor allem auf einen Vergleich von 11 Staaten stützt, der z.B Portugal und Griechenland, 2 EU-Staaten mit problematischeren Armutsverhältnissen, ausklammert.

**These 1:** Der Vergleich der ILO – Daten der Arbeitslosigkeit ab 1960 zeigt, dass ab Mitte der 90er Jahre die AL-Rate nach ILO-Kriterien in Österreich höher ist als in den USA

**These 2:** Der Vergleich der Globalisierungsprozesse zeigt, dass es fast keinen Unterschied zwischen den USA und Österreich gibt

**These 3:** Die Wachstumslücke tut sich erst in den späteren 90er Jahren auf. Davor war z.B. Österreich über lange Strecken „effizienter“ (i.e. ein höheres Wachstum).

**These 4:** Sowohl in den USA als auch z.B. in Österreich wächst seit Mitte der 90er Jahre die Ungleichheit in den Primäreinkommen zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren gewaltig an. Mit Ausnahme der Küstenanrainerstaaten der Nordsee – Island, Frankreich, GB, Norwegen und Deutschland – ist die Ungleichheit der Löhne zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren in Europa langfristig im Anwachsen begriffen, vor allem in den Staaten Ostmitteleuropas. Mit der rasanten Öffnung der Märkte ging eine wachsende Ungleichheit in der Verteilung einher.

**These 5:** Sowohl in Europa als auch in den USA gibt es Phänomene des realen Einkommensverlustes von Bevölkerungsschichten im Zeitverlauf.

**These 6:** Der Clinton-Boom dauerte von 1995 bis 2000; die USA erlebten 2001 einen starken Einbruch, und hatten 2002, 2003 und 2004 ein stärkeres Wachstum als



Europa. Seit 1994 hatte nur im Jahr 2000 Europa ein Wachstum, das der Lissabon-Vorgabe von über 3 % entsprach. Die Schwierigkeiten Europas sind aber vor allem die Wachstumsprobleme von Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, und Deutschland. Die Kaufkraft in den USA zieht ab 2000 nach dem leichten Zurückfallen im Entwicklungsvorsprung erneut davon.

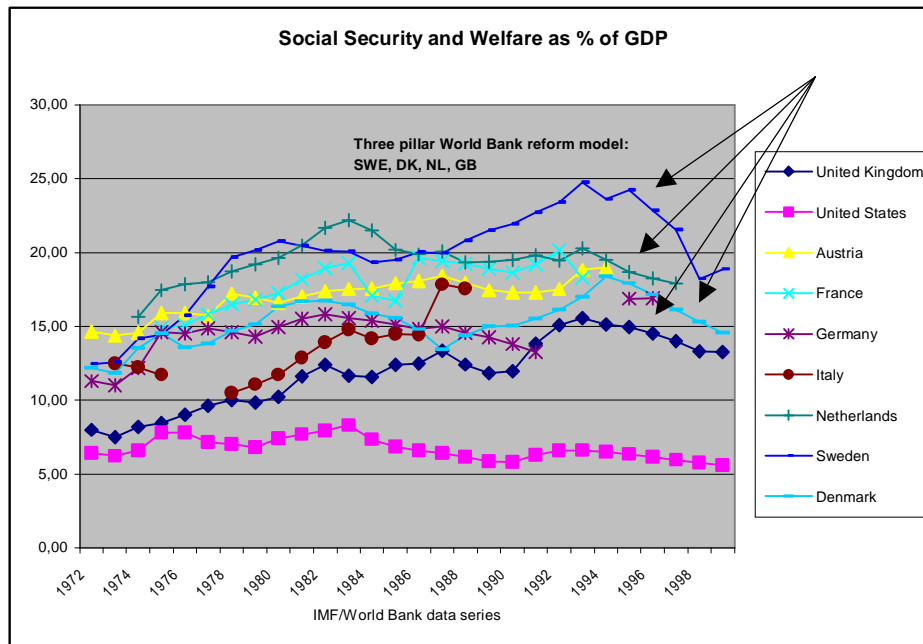
**These 7:** Amerika wuchs im Clinton-Boom rascher als viele Staaten Europas, aber insgesamt ist Amerika wegen der starken Einbrüche im Wachstum Anfang der 90er Jahre und 2001 nur auf Rang 61 der Weltrangliste des Wachstums. Europa selbst hat „Wachstumsgiganten“ und „Wachstumszwerge“. 8 Staaten der EU 25 wuchsen in den 90er Jahren bis 2002 insgesamt langsamer als die USA (Österreich; Belgien; Frankreich; Italien; Tschechien; Deutschland; Lettland; Litauen), aber die folgenden 14 EU-25 Staaten wuchsen z.T. bedeutend rascher als die USA: Irland; Polen; Slowakische Republik; Malta; Zypern; Finnland; Portugal; Großbritannien; Ungarn; Estland; Griechenland; Niederlande; Dänemark; Slowenien; und Schweden war gleich auf mit den USA.

**These 8:** In den USA sind zwar die reichsten 10 % um 15.9 mal reicher als die ärmsten 10 %, womit Amerika der 79. Staat von 127 klassifizierten Nationen ist. **Aber nur 7 EU-Staaten liegen unter den besten 20 Staaten der Weltgesellschaft, 9 Staaten von Rang 21 bis 40, 5 Staaten auf Rang 41 bis 60, und Großbritannien, und Portugal belegen mit den USA die Ränge 61 bis 80.**

**These 9:** In zahlreichen Staaten Europas war der Globalisierungsdruck sogar noch stärker als in den USA, und trotzdem gibt es in Europa auch ein gutes Abschneiden gegenüber dem Globalisierungsdruck.

Einige wesentliche Bestimmungsfaktoren von Armut und Ungleichheit werden in der Studie beleuchtet, aber durch die spezifische Auswahl von 11 Staaten wird die heutige Vielfalt der EU-25 in ihrer Gesamtheit zu wenig berücksichtigt. Ein wenig fehlt dem Autor in der AK-Studie eine deutlichere Analyse der Wirkungen von Staat und Steuern, sowie der Globalisierungsprozesse der letzten Jahrzehnte. Nicht hohe Bruttosozialquoten, sondern eine kluge Strukturpolitik, Bildungspolitik, Technologiepolitik, sowie Pensionsreformpolitik, die den Kapitalmarkt dynamisierte, machte einige Skandinavien so erfolgreich, und diese These wird in zahlreichen internationalen Querschnittsanalysen immer wieder bestätigt. Fraglos tragen die hohen Zollmauern der EU zu Stagnation, und realer Armut in Europa bei. Humankapitalpolitik und Migrationspolitik als wesentliche Unterschiede der beiden Systeme werden zu wenig berücksichtigt.

Ein wesentlicher Punkt für die künftige Debatte wird auch sein, welche Rolle 3-Säulen-Pensionsreform-Modelle bzw. sonstige, die Kapitaldeckung in der Altersvorsorge begünstigende Systeme diesseits und jenseits des Atlantik spielen. Die aus den Daten der Weltbank zusammengestellte Graphik zeigt eklatant, wie die Weltbank-Pensionsreformstaaten ihre Kosten für Soziales und Wohlfahrt im Zeitverlauf senken konnten:



Die kritische positive Würdigung des US-Pensionssystems ist eines der bleibenden Verdienste der vorliegenden AK-Studien.

Streissler sagt in ihrem Hintergrundpapier auch sehr klar, wo die Defizite im europäischen Pensionsmodell liegen:

„Grob gesagt kann man von drei verschiedenen Typen der Altersversorgung ausgehen: Zum einen gibt es beitragsorientierte Systeme: Was einbezahlt wird, wird auch wieder ausbezahlt. Inzwischen gehören Schweden und Italien zu diesem Typus. In Europa am weitesten verbreitet sind Modelle, die die Pensionen auf Basis der vorangegangenen Aktiveinkommen berechnen (Frankreich, Deutschland, Großbritannien). **In diesen Systemen wird in den letzten Jahren der größte Reformbedarf konstatiert, da bei ihnen die Überalterung der Bevölkerung die größten Finanzierungsfragen aufwirft.** Beispielsweise wird zunehmend in all diesen Systemen auf Lebensdurchrechnung umgestellt, um die Leistungen moderater zu halten. Und schließlich gibt es auch Systeme, die neben dem eigenen Aktiveinkommen auch andere Einkommen (zB Partnereinkommen) anrechnen (beispielsweise Dänemark und die Niederlande). Überall in Europa steigt auch die Bedeutung privater Zusatzversicherungen.“

Nach empirischen Querschnittsvergleichen des Autors mit 109 Staaten der Welt mit kompletten Daten trugen die 18 Staaten mit 3-Säulen-Reformmodellen der Weltbank (in der EU per 1.1. 2000 NL, GB, SWE, DK, PL, H) signifikant zur Dynamisierung der Sozialentwicklung im Zeitraum 1990 – 2002 bei. Die empirisch ermittelten Regressionskoeffizienten sind bis zu 6 mal so hoch wie der Standardfehler, die Zusammenhänge sind oft hoch signifikant:

share of income/consumption richest 20% to poorest 20%	-6,37
teen-age mothers as % of all mothers	-2,46
HIV rate	-2,45

infant mortality rate	-2,45
% people not expected to survive age 60	-1,74
maternal mortality ratio	-1,60
TBC cases per 100.000 inhabitants	-1,58
Political rights violations	-1,19
male life expectancy	1,05
ESI-Index (environment sustainability index)	1,23
% immunization against measles	1,34
life expectancy, 1995-2000	1,88
female life expectancy	2,59
human development index	3,24
female economic activity rate as % of male economic activity rate 4,6874	4,69
female life expectancy in % of male life expectancy	4,89

Die übrigen Erklärungsvariablen – aus UNDP und anderen Daten lauten:

% population, aged >65y, 1998 (Überalterung)
% women in government, ministerial level (Frauenanteil an den Ministerämtern)
(I-S)/GNP (Außenbeitrag, misst, wie stark die Investitionen die Sparquote übersteigen)
Absence of economic freedom (basierend auf dem Economic Freedom Index der Heritage Foundation; umgekehrte Reihenfolge)
military expenditure as % of GDP (Militärausgaben)
MNC PEN 1995 (kumulierte Investitionen der internationalen Konzerne pro BIP)
public education expenditure per GNP (Erziehungsausgaben)
unequal exchange (1/ERDI, Überhang der Kaufkraft über den Außenwert der Währung auf dem Weltmarkt; Indikator, der vom Stanford-Professor Pan Yotopoulos entwickelt wurde, um ungleiche internationale Wirtschaftsbeziehungen zu messen)
EU-membership years by 2004
Islamic conference membership (i.e. muslimisches Land)
ln(GDP PPP pc) (natürlicher Logarithmus Kaufkraft)
ln (GDP PPP pc)^2 (nat. Log. Kaufkraft zum Quadrat)
World Bank pension reform 2000 (18 Staaten: Argentinien; Australien; Bolivien; Chile; Dänemark; El Salvador; Kazachstan; Kolumbien; Kroatien; Mexiko; Niederlande; Peru; Polen; Schweden; Schweiz; Ungarn; Uruguay; Vereinigtes Königreich)

Schließlich sei aus einem Kommentar eines der Apotheose des Neoliberalismus wohl unverdächtigen Zeugen, von Nobelpreisträger **Joseph Stiglitz** aus der *Financial Times Deutschland* zitiert, der sagt:

*In Europa sieht die Bilanz "konservativer" ökonomischer Regelungen nicht viel besser aus. Die im Stabilitätspakt verankerte Haushalts- und Geldpolitik sowie eine auf Inflation fixierte Zentralbank haben ihren Tribut gefordert. Der starke € trug zur Verschlechterung der Situation bei. Europa braucht Strukturreformen, aber diese werden aus dem Schlamassel nicht herausführen; und Maßnahmen, die Arbeitsplatzsicherheit und das soziale Netz schwächen, könnten einen hohen Preis kosten, vor allem für Menschen in unteren Gesellschaftsschichten.*

*Schweden hat gezeigt, dass es auch ein anderes Modell der Marktwirtschaft gibt. Die Schweden haben den Wohlfahrtsstaat verschlankt, aber nicht abgeschafft. Die Wirtschaftsleistung des Landes*

übertrifft jene in den meisten Teilen Europas oder ist zumindest gleich groß.  
(<http://www.ftd.de/pw/in/1080975564880.html?nv=se>)

Eine ernst zu nehmende Debatte über das europäische und das amerikanische Modell muss eben auch das **Schwedische Pensionsmodell** als Alternative in der Mitte bertachten. Streissler hat dies in ihrer Arbeit getan, und das ist mit einer der verbleibenden Verdienste dieser Studie. Sie kommt dort zu dem Ergebnis:

*Am 1. Januar 1999 wurde ein neues nationales Rentensystem eingeführt. Dieses verfügt über verschiedene Komponenten:*

- eine lohn- und gehaltsbezogene Rente (über Umlageverfahren)*
- eine kapitalgedeckte Rente*
- eine garantierte Rente*

*Dieses System ersetzt vollständig die Grundrente und die nationalen Zusatzrenten für Personen, die nach 1953 geboren sind. Die Renten im neuen System basieren auf einem festen Beitragssatz von 18,5% des versicherungspflichtigen Einkommens. 16% werden für die Finanzierung der aktuellen Renten nach dem Umlageverfahren berechnet, 2,5% werden auf ein individuelles kapitalgedecktes Rentenkonto transferiert.*

*Die Rente des Einzelnen basiert auf seinen Vollzeiteinkünften seit dem 16. Lebensjahr, wobei im Prinzip alle steuerpflichtigen Einkünfte Rentenansprüche generieren. Die Ansprüche werden auf individuellen Beitragskonten gutgeschrieben. Das Rentenalter ist flexibel (frühestens mit 61 Jahren; die garantierte Rente gibt es allerdings erst ab 65). Geht jemand später in Pension, erhöhen sich die Ansprüche mit der allgemeinen Einkommensentwicklung. Einkommenserzielung neben der Pension ist möglich und generiert selbst wieder neue Rentenansprüche. Wer keine oder eine zu geringe Pension hat, erhält jedenfalls die garantierte Rente, die der ehemaligen Grundrente entspricht (ca EUR 10.000 im Jahr).*

## Anhang 1: Die wirtschaftliche Konkurrenz Europa – Amerika und die Schwankungen von Kaufkraft und Einkommen

Der **harte Konkurrenzkampf** zwischen Europa und Amerika ist nach der Erweiterung der EU auf 25 Staaten noch mehr zur Realität geworden. Beide Wirtschaftsräume kontrollieren – je nach Messkriterium knapp weniger als 1/3 (Wechselkurse) oder ¼ (Kaufkraft) der Weltökonomie.

	BSP US\$ billions <b>2002</b>	Anteil am weltweiten BSP (bemessen in Wechselkurs en)	BSP PPP US\$ billions <b>2002</b>	Anteil am weltweiten BSP (bemessen in Kaufkraft)
World	31479,5	100	47643	100
<b>EU-25</b>	<b>9040,7</b>	<b>28,72</b>	<b>10773,7</b>	<b>22,61</b>
<b>United States</b>	<b>10383,1</b>	<b>32,98</b>	<b>10308</b>	<b>21,64</b>
China	1266,1	4,02	5860,9	12,3
Japan	3993,4	12,69	3425,1	7,19
India	510,2	1,62	2799,6	5,88
Arab States	712,3	2,26	1466,3	3,08
Brazil	452,4	1,44	1355	2,84
Russian Federation	346,5	1,1	1185,6	2,49
Canada	714,3	2,27	924,7	1,94
Mexico	637,2	2,02	904,6	1,9
Korea, Rep. of	476,7	1,51	807,3	1,69
Indonesia	172,9	0,55	682,9	1,43
Australia	409,4	1,3	555,7	1,17
South Africa	104,2	0,33	456,8	0,96
Turkey	183,7	0,58	444,8	0,93
Iran, Islamic Rep. of	108,2	0,34	438,3	0,92
Thailand	126,9	0,4	431,9	0,91
Argentina	102	0,32	412,7	0,87
Malaysia	94,9	0,3	221,7	0,47
Switzerland	267,4	0,85	218,8	0,46
Venezuela	94,3	0,3	135,1	0,28
Israel	103,7	0,33	128,2	0,27
Rest	1179	3,75	3705,3	7,78

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UNDP Human Development Report, Juli 2004

Der **Konkurrenzkampf Europa - Amerika** und die Konkurrenz um die führende Position in der weltweiten Produktivität ist ein **wirtschaftlicher Konkurrenzkampf**, aber auch ein **Konkurrenzkampf der gesellschaftlichen Modelle**.

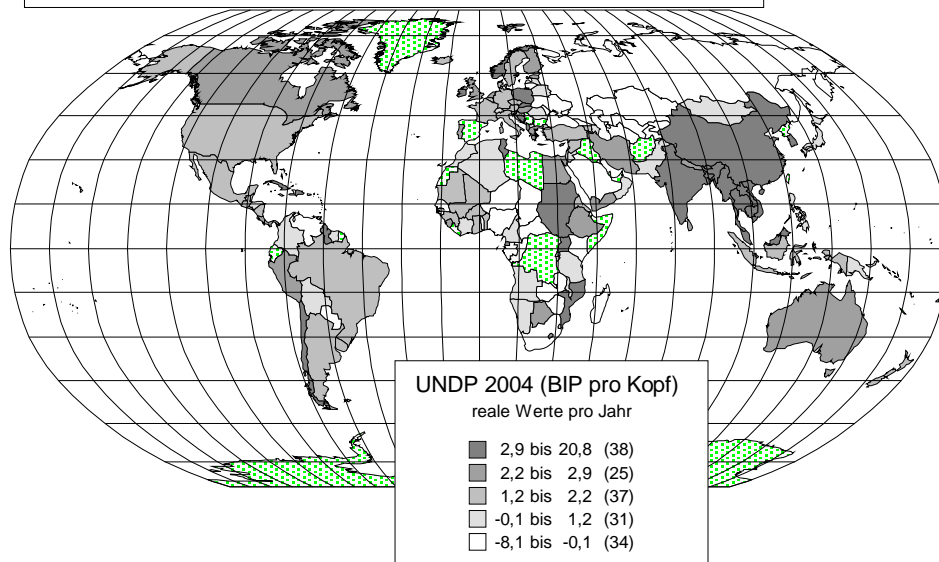
Für die Kontrolle über die weltweiten Werte ist zunächst einmal entscheidend, dass – insbesondere bei voraussichtlich steigenden Energiepreisen und Zinsen – die **Konkurrenz** der europäischen Währung **€** mit dem **US-\$** weiter zunehmen wird. **Berechnet in Kaufkraft**, ist die **EU-25** heute bereits **stärker als** der Wirtschaftsraum der **USA**; berechnet in **Wechselkursen kontrollieren** die **USA noch immer 32,98 % der Weltwirtschaft**, die **EU-25** jedoch **nur 28,72 %** der Weltwirtschaft. Der US \$ hat im Januar 2004 gegenüber dem € seinen Tiefstand erreicht, zieht aber seither wiederum an. Es ist klar, dass bei Größenordnungen von 9000 bis 11000 Milliarden \$ Wirtschaftskraft in den beiden Räumen die wechselseitigen **Schwankungen der Währungen um bis zu 20 % innerhalb von nur 2 Jahren jeden Vergleich der Produktivität** gemessen im BSP bewertet **nach Wechselkursen** zu einem Hasardspiel des Währungsmarktes machen. Hat von Herbst 2003 bis Januar 2004 Europa wirklich **um 20 % gegenüber den USA gewonnen**, und **haben die USA gegenüber Europa um fast 10 % seither wieder aufgeholt**? Sicherlich nicht. Hinzu kommt, dass diese Schwankungen die „Kleinigkeit“ von bis zu 2000 Milliarden \$ ausmachen – etwa das 8.5 bis 10fache des laufenden österreichischen Bruttosozialprodukts (235,2 Milliarden \$ Kaufkraft, 204,1 Milliarden \$, gemessen nach dem Wechselkurs)



**Landesmann** belegt in seinem Beitrag dass ab 1992 das **EU-15 Prokopfeinkommen** bemessen in **Kaufkraft** kontinuierlich gegenüber den USA **zurückfällt**, und dass der **gleiche Prozess** auch ab 1995 für das **Prokopfeinkommen** bemessen in **Wechselkursen** gilt (Hauptergebnis der Studie, Abbildung 1, Seite 81). **Strukturelle Faktoren** waren am Werk, die dafür verantwortlich sind, dass beim **Wettlauf der Produktivität** das Europa der 15 ab 1992 zurückzufallen beginnt.

Die Studie hat zu wenig deutlich gemacht dass die USA als „**pazifische**“ und nicht nur als „atlantische“ Nation Teil der „Wachstumslokomotive“ des Pazifik sind, und viele der Erfolge des amerikanischen Modells der letzten Jahre einfach Teil der raumgeographischen und **Alterstruktur-bedingten Faktoren**<sup>6</sup> sind, die **das heute alternde Europa klar benachteiligen**, egal welche ordnungspolitischen Vorstellungen in Europa befolgt werden.

## Wachstum 1990 - 2002



<sup>6</sup> vgl. die Studie von 26 führenden europäischen Banken, die unlängst internationale Schlagzeilen erhielt:  
[http://www.fbe.be/pdf/letter\\_July04.pdf](http://www.fbe.be/pdf/letter_July04.pdf)

## Anhang 2 „Vater“ Staat diesseits und Jenseits des Atlantik

Die methodisch schwierige aber bei einem Vergleich mit den föderalen USA absolut notwendige Dimension: **Gesamtstaat – Zentralstaat<sup>7</sup> ist auch in der vorliegenden Studie** viel zu wenig berücksichtigt worden. Statistische Vergleiche weitgehend zentralistisch gelenkter Staaten wie Frankreich mit den föderalen USA führen einfach ins Leere; und die sozial progressivere **Bundesstaaten** der USA (22 werden bekanntlich derzeit von den Demokraten regiert) ja sogar Gemeinden (wie die Stadt Milwaukee) erreichen **ein hohes soziales Niveau**, während **ethnische Diskriminierung und Armut** noch immer im **Süden** und anderen zumeist republikanisch regierten Bundesstaaten weit mehr verbreitet sind. Es gibt also nicht nur in Europa, sondern auch in den **USA** ein **Nord-Süd-Gefälle**, das mit dem in Europa zwischen **Nordeuropa** und dem **mediterranen Süden** gut vergleichbar ist. Der **Anteil der Bundesstaaten und Gemeinden am BSP der USA** dürfte zwischenzeitlich bereits **1/6 betragen**.

---

<sup>7</sup> Berechnungen zu diesem Thema aus der frei verfügbaren EXCEL-Datenbasis der Weltbank: <http://www.worldbank.org/research/growth/GDNdata.htm#3>



### Anhang 3: Bruttosozialquote – Nettosozialquote und die Verarmung

Eine der Hauptaussagen der Studie zum Vergleich der Armut in den USA und in Europa lautet:

Die **Nettosozialquote** des Zentralstaates in den **USA** ist – wie der Ausdruck Nettosozialquote ja bereits suggeriert, nach Abzug der indirekten und direkten Steuern, und unter Anrechnung der steuerlichen Begünstigung für nicht-öffentliche Altersvorsorge – wesentlich höher als die Bruttosozialquote, und direkt mit den meisten europäischen Staaten vergleichbar (Beitrag Sturn/Prettenthaler).

	Nettosozialquote	Bruttosozialquote
Australien	22,40	19,25
Kanada	21,20	16,95
Deutschland	27,70	27,75
Dänemark	24,40	30,85
Finnland	25,70	29,49
Großbritannien	26,00	21,93
Schweden	27,00	33,67
USA	24,50	16,54
Niederlande	25,00	25,85
Italien	22,30	26,85
Irland	18,70	17,90

2) Auf der Ebene der OECD-Staaten gibt es eine starke Evidenz für die These von Sturn und Prettenthaler, wonach die **Bruttosozialquote tatsächlich vor Verarmung schützt**. Allerdings haben Sturn und Prettenthaler nicht klar genug herausgearbeitet, dass bereits ihre eigenen leider nur bis Mitte der 90-er Jahre reichenden Daten zeigen, wie prekär die Verarmung in solchen EU-Staaten wie **Italien, Großbritannien, Griechenland und Deutschland** schon geworden ist. Der Vergleich mit den USA betrifft hiermit nur mehr Prozentpunkte der einzelnen verwendeten 5 Armutsindikatoren, aber nicht mehr Qualitäten.

	GINI <sup>8</sup> Mitte der 90-er Jahre	Dezilratio <sup>9</sup>	GINI Veränderung <sup>10</sup> 1985 - 95	durchschnittliche Bruttosozialquote 85-94	Veränderung der Armutsrate	Armutsrate <sup>11</sup>
Australien	30,5	3,9	-0,7	15,02	-2,9	9,3

<sup>8</sup> Der nach dem italienischen Statistiker Corrado Gini (1884 – 1965) benannte Index misst Ungleichheiten in einer Verteilung, hier der nach Haushaltsgrößen gewichteten Haushaltseinkommen, geringster Wert 0, hier höchster Wert 100.

<sup>9</sup> Dezilratio: Einkommensunterschied zwischen den reichsten 10 % und den ärmsten 10 %

<sup>10</sup> Unterschied zwischen dem GINI-Index 1985 und 1995

<sup>11</sup> Anteil der Bevölkerung der 60 % des Medianeinkommens erhält oder weniger. Verglichen werden die Armustraten Mitte der 80er Jahre und die Mitte der 90er Jahre

Belgien	27,2	3,2	1,2	27,72	-2,8	7,8		
Dänemark	21,7	2,7	-1,1	29,59	-2	5		
Deutschland	28,2	3,7	1,7	26,51	3	9,4		
Finnland	22,8	2,8	2,1	27,81	-0,2	4,9		
Frankreich	27,8	3,4	0,3	27,46	-0,5	7,5		
Griechenland	33,6	4,7	0	19,58	0,4	13,9		
Großbritannien	31,2	4,1	2,5	21,39	4	10,9		
Irland	32,4	4,2	-0,6	20,83	0,4	11		
Italien	34,5	4,6	3,9	23,91	3,9	14,2		
Japan	26,5	3,3	1,2	12,02	0,8	8,1		
Kanada	28,5	3,7	-0,4	17,95	-1,3	10,3		
Mexiko	52,6	11,3	11,3	3,06	0,7	21,9		
Niederlande	25,5	3,2	3,2	29,11	3,2	6,3		
Norwegen	25,6	3	3	26,86	1,1	8		
<b>Österreich</b>	<b>23,8</b>	<b>3</b>	<b>0,2</b>	<b>26,19</b>	<b>1,3</b>	<b>7,4</b>		
Schweden	23	2,7	2,7	33,68	0,5	6,4		
Türkei	49,1	6,8	6,8	6,66	-0,2	16,2		
<b>USA</b>	<b>34,4</b>	<b>5,5</b>	<b>5,5</b>	<b>15,21</b>	<b>-1,2</b>	<b>17,1</b>		
Schweiz	26,9	3,1	3,1	20,53				

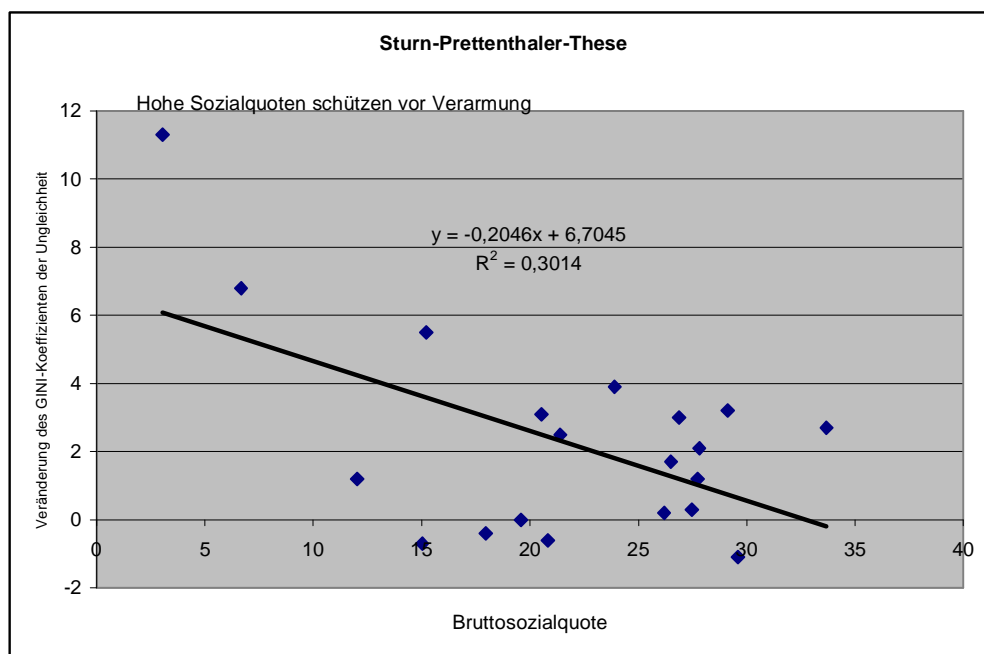
### Reihung der Ergebnisse von Sturn und Pretenthaler über die Verarmungstendenzen in den OECD-Staaten

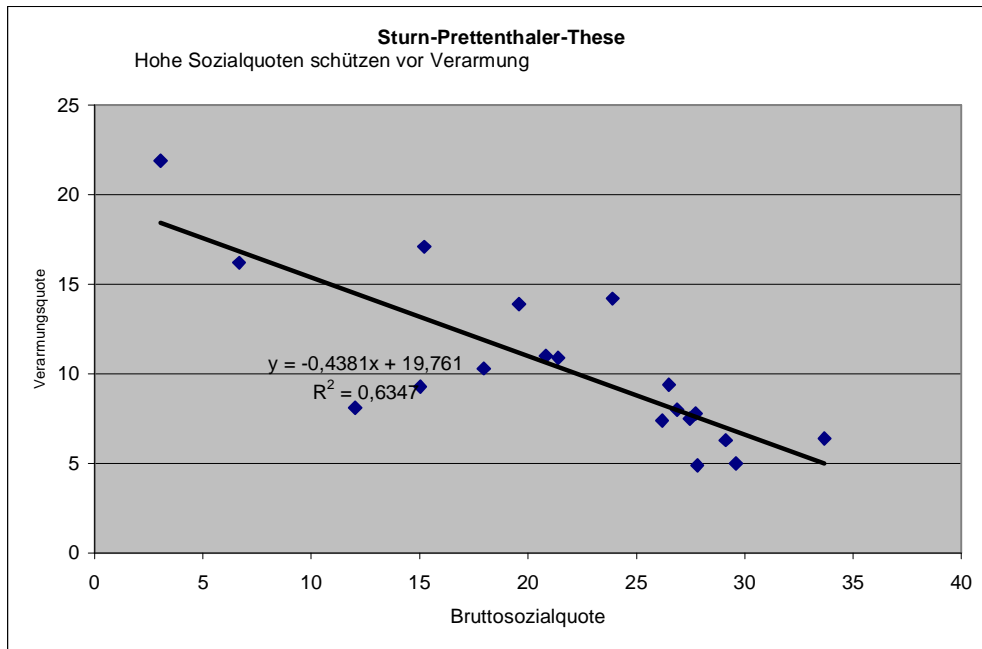
	Rangplatz GINI Mitte der 90-er Jahre	Rangplatz Dezilratio Mitte der 90-er Jahre	Rangplatz GINI Veränderung 1985 - 95	Rangplatz Veränderung der Armutsrate	Rangplatz Armutsrate	Gesamtreihung Ungleichheit (Durchschnitt Spalte 1, 2, 3, 5, 6)
Mexiko	1	1	1	8	1	2,4
<b>Italien</b>	<b>3</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>2</b>	<b>4</b>	<b>3,6</b>
Türkei	2	2	2	13	3	4,4
<b>USA</b>	<b>4</b>	<b>3</b>	<b>3</b>	<b>15</b>	<b>2</b>	<b>5,4</b>
<b>Großbritannien</b>	<b>7</b>	<b>7</b>	<b>9</b>	<b>1</b>	<b>7</b>	<b>6,2</b>
<b>Griechenland</b>	<b>5</b>	<b>4</b>	<b>16</b>	<b>11</b>	<b>5</b>	<b>8,2</b>
<b>Deutschland</b>	<b>10</b>	<b>10</b>	<b>11</b>	<b>4</b>	<b>9</b>	<b>8,8</b>
Irland	6	6	18	10	6	9,2
Niederlande	16	14	5	3	17	11
Japan	14	12	12	7	11	11,2
Norwegen	15	16	7	6	12	11,2
Schweiz	13	15	6	keine Reihung	keine Reihung	11,3
Kanada	9	9	17	16	8	11,8
Australien	8	8	19	19	10	12,8
Frankreich	11	11	14	14	14	12,8
Belgien	12	13	13	18	13	13,8

<b>Österreich</b>	<b>17</b>	<b>17</b>	<b>15</b>	<b>5</b>	<b>15</b>	<b>13,8</b>
Schweden	18	19	8	9	16	14
Finnland	19	18	10	12	19	15,6
Dänemark	20	20	20	17	18	19

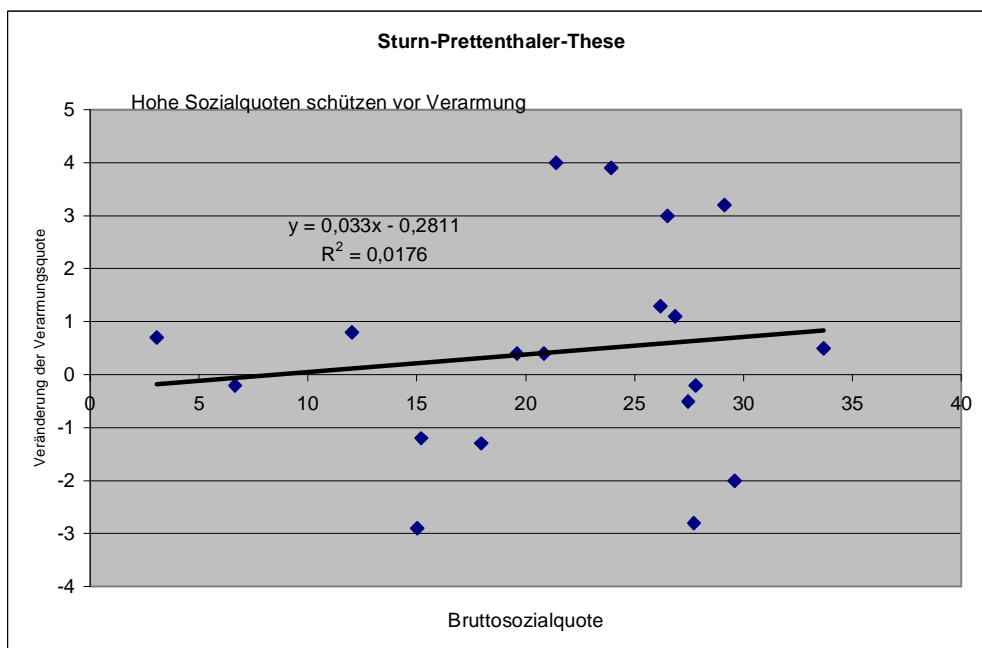
Der behauptete negative Zusammenhang von Bruttosozialquote und Verarmungsrisiko besteht so, wie Sturm und Prettenthaler dies behaupten.

### Replikation der Ergebnisse von Sturm und Prettenthaler mit ihren eigenen Daten





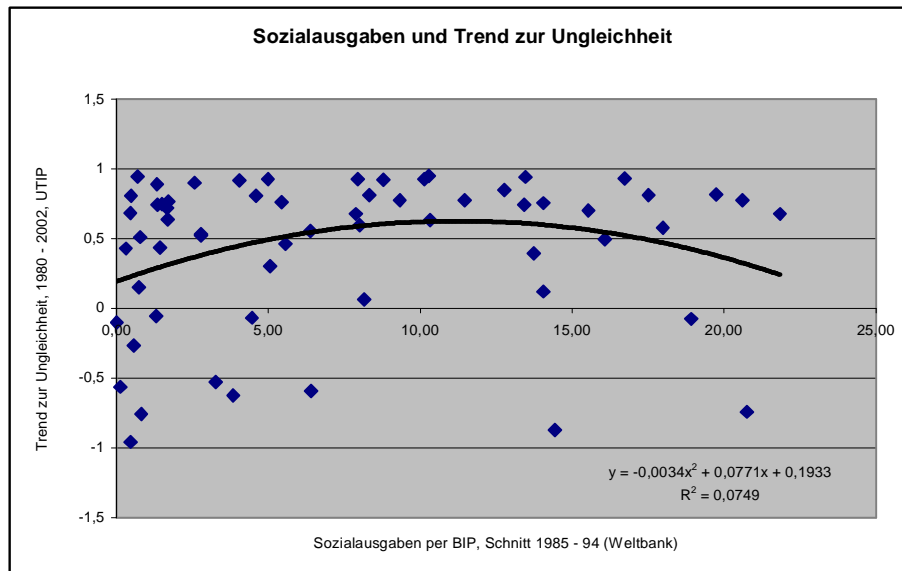
Allerdings besteht mit der zeitlichen Veränderung der Verarmungsquote ( % der Bevölkerung unter dem Schwellenwert 60 % Medianeinkommen) sogar ein positiver Zusammenhang, i.e. je höher die Bruttosozialquote, desto rascher wächst die Verarmung im Zeitverlauf.



Angesichts der nicht ganz eindeutigen Replikation der Ergebnisse wird nun mit den Daten von IMF/Weltbank sowie UTIP erneut die Aussage von Sturn und Prettenthaler überprüft:

## Neue Ergebnisse mit dem Datensatz IMF und Weltbank/UTIP

### **Gesamtanalyse (n = 61 Staaten der Welt mit kompletten Daten)**



Auf der Ebene des Weltsystems – incl. die Entwicklungsländer, stimmt die These von Sturn und Prettenhaler sicherlich nicht mehr. Nur ab einer Sozialquote von Brutto 15 % ergibt sich der postulierte Zusammenhang. In der multivariaten Analyse zeigt sich sogar, dass die Bruttosozialquote mit der Tendenz zu einer höheren Ungleichheit einhergeht, wenn wir den teils überraschenden statistischen Effekt anderer Variablen<sup>12</sup> angemessen berücksichtigen.

inequality (61 Staaten der Welt, 14 Variablen, 46 Freiheitsgrade)	T-test – Bestimmungsgründe der wachsenden Ungleichheit (UTIP Datenserie)
military expenditure as % of GDP	-1,0330
unequal exchange	-0,9350
World Bank pension reform	-0,3270
% population, aged >65y, 1998	-0,1610
public education expenditure per GDP	-0,1490
% women in government, ministerial level	0,0007
constant	0,1276
ln(GDP PPP pc)	0,1758
Islamic conference	0,4409
Absence of economic freedom	0,5683

<sup>12</sup> vgl. auch <http://www.uni-trier.de/zes/schriftenreihe/056.pdf>

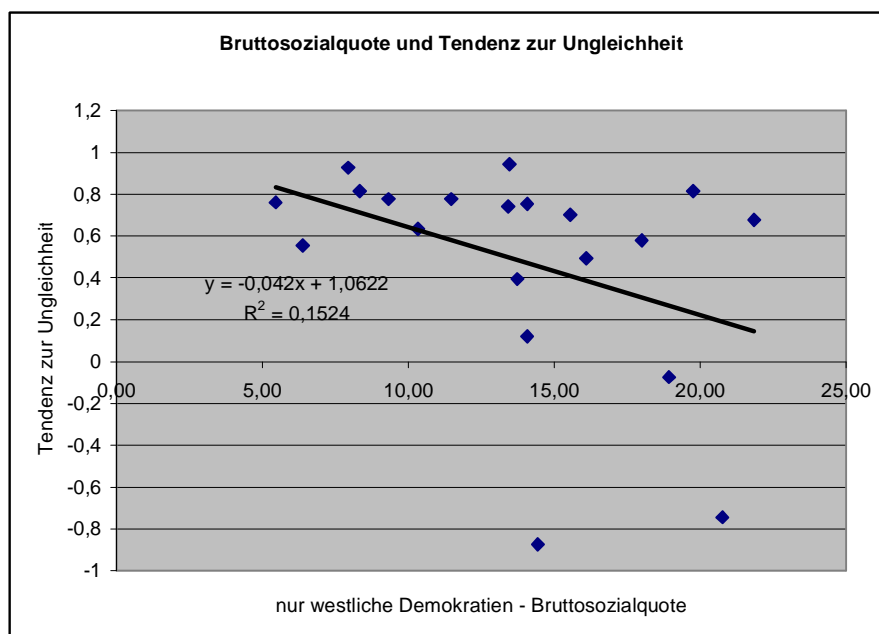
EU-membership	0,6143
(I-S)/GDP	0,8004
ln (GDP PPP pc)^2	0,9146
average share of social expenditures per GDP, 1985 - 1994	1,1122
trend towards globalization (1980 – 2002)	1,5300

## 20 Westliche Demokratien

Beschränkt man/frau die Analyse auf die westlichen Demokratien:

Australia; Austria; Belgium; Denmark; Finland; France; Germany; Greece; Ireland; Israel; Italy; Japan; Malta; Netherlands; Norway; Portugal; Spain; Sweden; United Kingdom; United States

kommt man/frau zu folgendem Ergebnis:



In bi-variater Analyse gilt der Zusammenhang zwar, aber in der multivariaten Analyse zeigt sich, dass die Bruttosozialquote sogar mit einer nachfolgenden wachsenden wirtschaftlichen Ungleichheit einhergeht, und dass der Zusammenhang auf dem 12.5 % Niveau signifikant ist.

inequality (20 Staaten der Welt, 14 Variablen, 6 Freiheitsgrade)	T-test – Bestimmungsgründe der wachsenden Ungleichheit (UTIP Datenserie)
(I-S)/GDP	-1,852
ln(GDP PPP pc)	-1,233
public education expenditure per GDP	-1,148
% population, aged >65y, 1998	-0,848
military expenditure as % of GDP	-0,484
globalization	-0,297
unequal exchange	-0,271
Absence of economic freedom	-0,141
ln (GDP PPP pc)^2	0,162
EU-membership	0,420
% women in government, ministerial level	0,535
World Bank pension reform	0,775
constant	0,936
average share of social expenditures per GDP, 1985 - 1994	1,526

#### Anhang 4: Entwicklungsvergleich USA – EU – Hintergrundmaterialien

Folgende Kriterien wurden u.a. hierbei herangezogen:

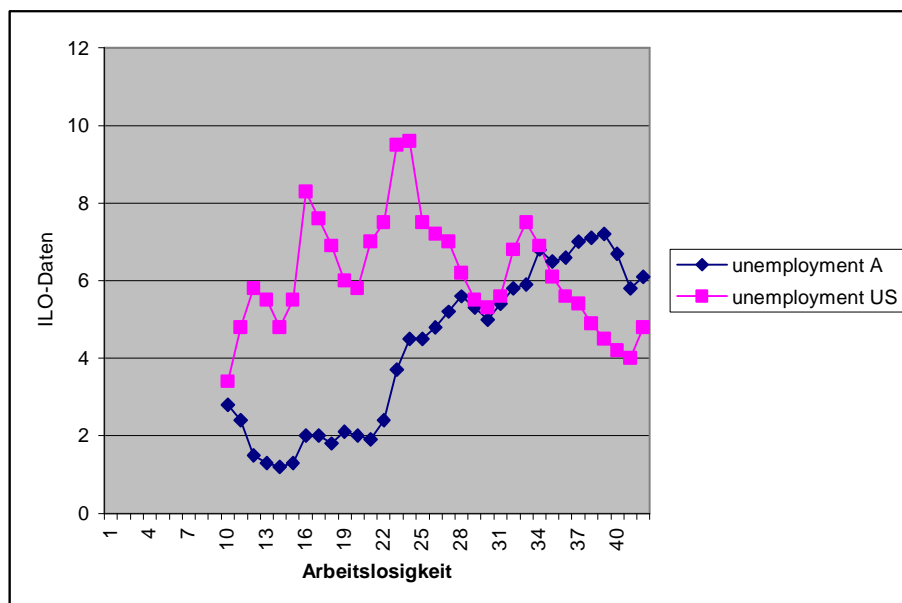
**Globalisierung** – Anteil des jährlichen Zuflusses ausländischer Investitionen am BIP (Weltbank<sup>13</sup>)

**growth** – Wachstum des BIP, real, pro Jahr (Weltbank)

**unemployment** – AL-Rate (ILO<sup>14</sup>, standardisiert)

**UTIP** – Theil-Index der Ungleichheit<sup>15</sup> der Löhne zwischen 21 Wirtschaftssektoren, basierend auf UNIDO (Inequality Project, University of Texas)

**These 1:** Der Vergleich der ILO – Daten der **Arbeitslosigkeit** ab 1960 zeigt, **dass ab Mitte der 90er Jahre die AL-Rate nach ILO-Kriterien in Österreich höher ist als in den USA**



Quelle: eigene Zusammenstellungen nach ILO Laborsta

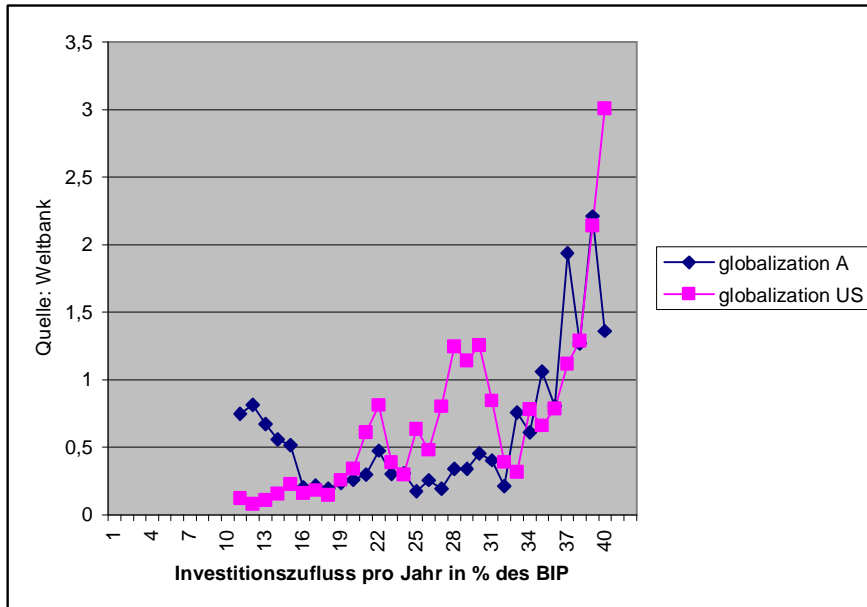
<sup>13</sup> Die gesamte Datenbasis der Weltbank (ab 1960, für alle Staaten der Erde) ist frei abrufbar unter: <http://www.worldbank.org/research/growth/GDNdata.htm>

<sup>14</sup> Die gesamte Datenbasis der ILO (für alle Staaten der Erde) ist frei abrufbar unter: <http://laborsta.ilo.org>

<sup>15</sup> nach oben hin offener Index der Ungleichheit. Für die Zwecke der übersichtlichen Darstellung in ist der Index mit 200 multipliziert. Abrufadresse: <http://utip.gov.utexas.edu/>

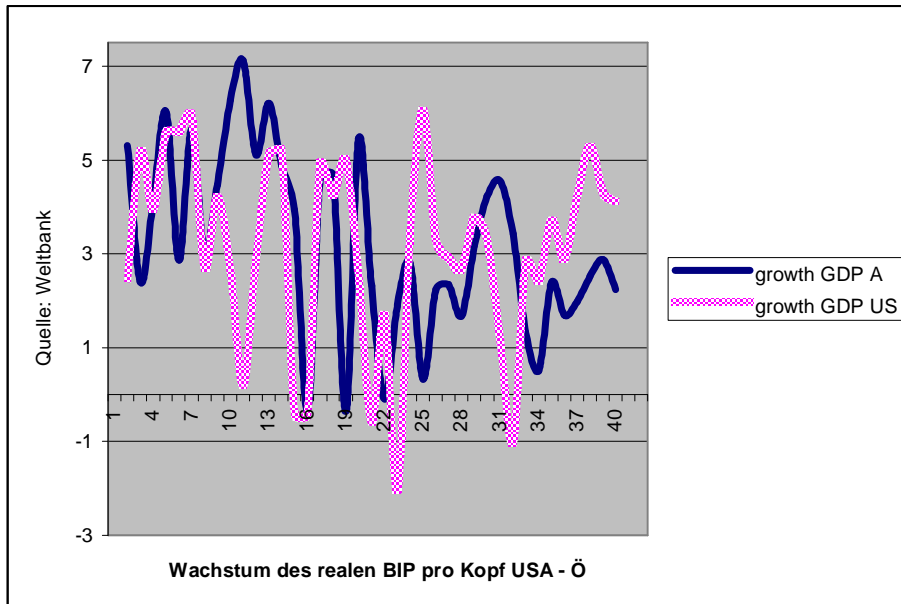


**These 2: Der Vergleich der Globalisierungsprozesse zeigt, dass es fast keinen Unterschied zwischen den USA und Österreich gibt**



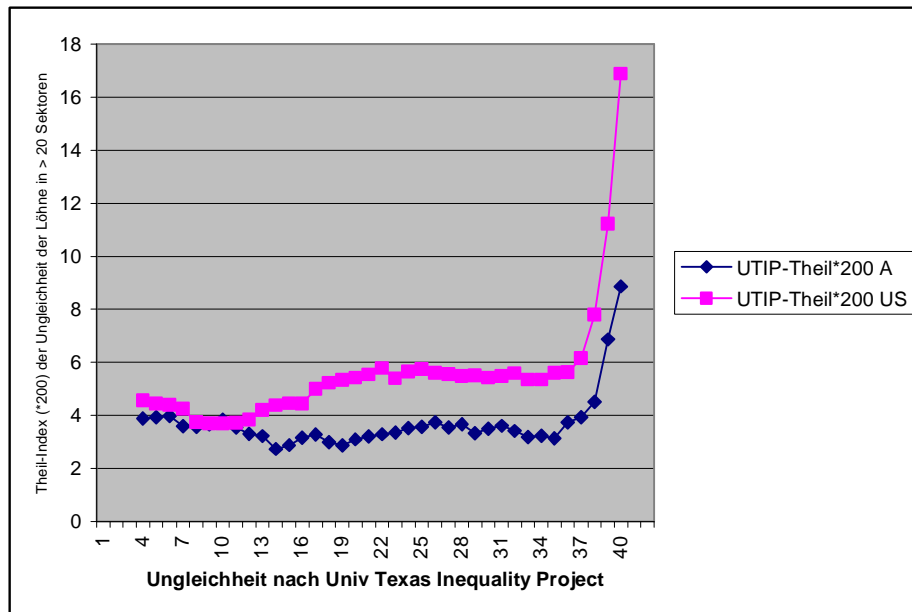
Quelle: eigene Zusammenstellungen nach Weltbank

**These 3: Die Wachstumslücke tut sich erst in den späteren 90er Jahren auf.**  
Davor war z.B. Österreich über lange Strecken „effizienter“ (i.e. ein höheres Wachstum).



Quelle: eigene Zusammenstellungen nach Weltbank

**These 4: Sowohl in den USA als auch z.B. in Österreich wächst seit Mitte der 90er Jahre die Ungleichheit in den Primäreinkommen zwischen den einzelnen Wirtschaftssectoren gewaltig an.** Diese Daten beinhalten allerdings nur die Ungleichheit der Primäreinkommen zwischen 21 Wirtschaftssectoren.



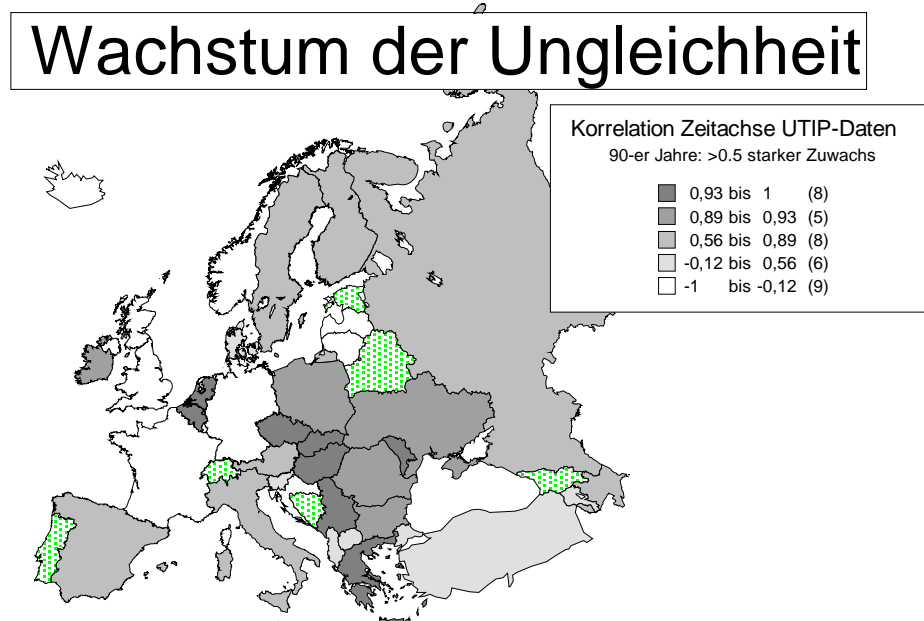
Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen nach UTIP, University of Texas

Überdies zeigen die Zeitreihen des bereits erwähnten UTIP-Projekts auch, dass <sup>16</sup> mit Ausnahme der Küstenanrainerstaaten der Nordsee – Island, Frankreich, GB, Norwegen und Deutschland – die **Ungleichheit der Löhne zwischen den einzelnen Wirtschaftssectoren in Europa langfristig im Anwachsen** begriffen ist, vor allem in den Staaten Ostmitteleuropas. Mit der rasanten Öffnung der Märkte ging eine wachsende Ungleichheit in der Verteilung einher:

<sup>16</sup> Die Erfahrungen in Litauen und Kroatien könnten Anlass zu gewissen Hoffnungen geben

<sup>17</sup> [http://www.ppic.org/content/pubs/CC\\_204DRCC.pdf](http://www.ppic.org/content/pubs/CC_204DRCC.pdf)

## Graphik : Wachstum der Ungleichheit im „neuen Europa“



Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UTIP. Fehlende Werte: Portugal, Schweiz, Bosnien-Herzegowina, Estland, Belarus, Georgien

**These 5:** Oft heißt es: in den USA gibt es Verarmung, in Europa gibt es ein europäisches Sozialmodell. **Richtig ist vielmehr, dass es sowohl in Europa als auch in den USA Phänomene des realen Einkommensverlustes von Bevölkerungsschichten im Zeitverlauf gibt**

**USA:** Bedingt durch das stärkere wirtschaftliche Wachstum in den späten 90er Jahren sind einer rezenten Studie von Deborah Reed<sup>17</sup> vom *Public Policy Institute of California* zu Folge **Ungleichheit und Armut** von 1993 bis 2002 nach der Versteuerung und auf Basis Haushaltsgrößen-gewichteter **Haushaltseinkommen zurückgegangen**. Seit 1969 sind die untersten 25 % der Bevölkerung im bevölkerungsreichsten und von der Migration am meisten betroffenen Bundesstaat der USA, Kalifornien, real ärmer geworden, aber im Rest der USA haben sogar die ärmsten 10 % ein wachsendes Prokopfeinkommen zu verzeichnen gehabt:

	1969		2002	
	Kalifornien	Rest der USA	Kalifornien	Rest der USA
Reales Haushaltseinkommen der ärmsten 10 %	17.000,00	13.400,00	15.500,00	16.100,00

unterste 25 %	29.650,00	23.950,00	28.750,00	31.300,00
Median	45.950,00	38.700,00	56.000,00	57.300,00
75 %	67.450,00	55.600,00	98.750,00	92.900,00
90 %	90.050,00	76.800,00	143.950,00	133.050,00

Quelle: PPIC – Institut, Kalfornien

**Österreich:** Seit dem Jahr 1992 sind laut WIFO die durchschnittlichen Bruttolöhne insgesamt um 4,1 Prozent gestiegen, **während die durchschnittlichen Nettolöhne in Summe um fünf Prozent gesunken sind.** Die Differenz sind die kräftig gestiegenen Steuern und Sozialversicherungsbeiträge In absoluten Zahlen: **1992 lag das durchschnittliche Arbeitnehmer-Nettoeinkommen noch bei 1444 €, heute macht es nur noch 1370 € aus.** Heute hat das unterste Einkommensfünftel auch brutto um fünf Prozent weniger verdient, während das oberste Einkommensprozent auf einen Bruttolohnzuwachs von 20 Prozent kommt. In absoluten Zahlen stieg bei den Spitzenverdienern das durchschnittliche Lohneinkommen seit 1995 von 10.406 auf 12.508 €. Im Absacken des untersten Einkommensbereiches spiegelt sich laut einer rezenten Studie des WIFO-Instituts die hohe Arbeitslosigkeit sowie der starke Anstieg prekärer Arbeitsverhältnisse wider. Zwei Beispiele: So stieg etwa die Anzahl geringfügig Beschäftigter seit 1995 um 50 Prozent auf 217.000. Die Frauenteilzeitquote Österreichs stieg seit 1993 von 20 auf nunmehr 35 Prozent. Noch eine zweite Schere geht auf, nämlich jene zwischen Lohneinkommen und Gewinneinkommen (Vermietung/Verpachtung, Kapitaleinkünfte und Einkünfte aus selbständiger oder freiberuflicher Tätigkeit). Seit Ende der 70er Jahre ist die Lohnquote am gesamten Volkseinkommen von 73 auf 59 Prozent gefallen, die Gewinnquote ist korrespondierend von 27 Prozent auf 41 Prozent gestiegen. Die Aktienjahre in den 80er und der zweiten Hälfte der 90er Jahre finden hier laut WIFO ihren Niederschlag. "Bedenklich dabei ist", so der WIFO-Referent Dr. Guger, „dass die Investitionen trotz kräftig steigender Gewinneinkommen zurückgehen. Das heißt, dass immer mehr Gewinne auf den Finanzmärkten statt in die reale Wirtschaft und Arbeitsplätze investiert werden."

Quelle: Michael Bachner, DER STANDARD, Print-Ausgabe, 31.7./1.8.2004

Aus analytischer **sozialpolitischer** Perspektive muss ferner festgehalten werden, dass beträchtliche **Ungleichheiten in Europa bereits vor der Erweiterung** existierten. Eine rezente Studie der Kommission<sup>18</sup> („**Sapir-Bericht**“) hat darauf hingewiesen; sie lässt u.a. den Schluss zu, dass die gesamteuropäische Ungleichheit – zwischen und innerhalb der einzelnen Länder kombiniert – **um weitere 33 % nach der Erweiterung** am 1. Mai 2004 **gewachsen ist.** Der Bericht geht angesichts der Herausforderung des Lissabon-Prozesses und der kommenden Erweiterung von der empirisch untermauerten These aus, dass es seit Jahrzehnten gar keinen Aufholprozess der **EU-15** gegenüber den USA geben würde (Bericht, Seite 21). Im Vergleich mit den USA zeige sich überdies, dass insbesondere **die wirtschaftlich fortgeschritteneren EU-Staaten** wie Schweden, Frankreich,

<sup>18</sup> [http://europa.eu.int/comm/lisbon\\_strategy/pdf/sapir\\_report\\_en.pdf](http://europa.eu.int/comm/lisbon_strategy/pdf/sapir_report_en.pdf)

<sup>19</sup> Probability at birth of not surviving to age 60 ( % of cohort). Calculated as 1 minus the probability of surviving to a specified age for a given cohort.

Deutschland gegenüber der Kaufkraft in den USA von 1970 bis 2000 weiter **zurückgefallen** seien (**Österreich** hat, zusammen mit Finnland, dem Süden der Union und Irland, positive Werte aufzuweisen. Die Kaufkraft **Österreichs** betrug 1970 65.2 % der amerikanischen Kaufkraft, 2000 schon 79.3 %). Der Sapir-Bericht fasst noch einmal die wohl **bekanntesten Defizite im Bereich der Beschäftigung älterer Menschen, Forschung und Entwicklung, sowie Bildung** in Europa zusammen. Und während in den USA und Japan die gesamte **Abgabenlast** incl. Sozialversicherungsbeiträge unter 1/3 beträgt, erreiche sie in zahlreichen EU-Staaten 40 % (**Österreich** 44.7 %, Jahr 2000) oder sogar über 50 % (Belgien, Deutschland).

Während **die Rate der Ungleichheit** (Ratio zwischen dem Einkommen der reichsten 5 % und den ärmsten 20 % bzw. der GINI – Index) in Europa noch immer besser ist als in den USA, und die Ungleichheit bis zu den 80er Jahren sogar abgenommen hat, ist sie in den letzten Jahren wieder **leicht angestiegen**.

	GINI-Koeffizient der Ungleichheit in Europa
1970	0,320
1980	0,299
1990	0,301
1995	0,303
2000	0,309

**Dieser Befund bestätigt sich auch, wenn die Ungleichheit in den Staaten der EU und zwischen den Staaten der EU kombiniert betrachtet wird (Seite 64 des Berichts). Hinzu kommt, dass nach den Steuern der Unterschied in der Ungleichheit zwischen den USA und Europa gar nicht mehr so groß ist:**

	1985		1995	
	GINI vor Steuer	GINI nach Steuer	GINI vor Steuer	GINI nach Steuer
EU	0,381	0,279	0,408	0,294
USA	0,415	0,337	0,421	0,342

Quelle: eigene Zusammenstellungen des Autors aus Sapir-Bericht, Seite 65

Auch wird der Vorsprung, den Europa in Bezug auf die soziale Gerechtigkeit hatte, im Zeitvergleich mit Amerika immer geringer:

	Um wieviel weniger sozial ungerecht ist Europa im Vergleich mit Amerika?
Differenz der Ungleichheit EU - USA vor der Versteuerung, 1985	-0,034
Differenz der Ungleichheit EU - USA nach der Versteuerung, 1985	-0,058
Differenz der Ungleichheit EU - USA vor der Versteuerung, 1995	-0,013
Differenz der Ungleichheit EU - USA nach der Versteuerung, 1995	-0,048

Quelle: eigene Zusammenstellungen des Autors aus Sapir-Bericht, Seite 65

**In einem gemeinsamen Europa der 25, 27 oder 28 werden die regionalen Zonen und sozialen Schichten des Wohlstandes, beispielsweise in Südengland, Nordfrankreich, Süddeutschland etc. den regionalen und sozialen Zonen der Armut in Südspanien, Süditalien, und in den Beitretenden Staaten und Beitrittswerberstaaten gegenüber stehen. Der Bericht zeigt deshalb zum ersten Mal auf, wie sich das Niveau der Ungleichheit in der EU 15 im Vergleich zu den 70er Jahren verändern wird, wenn drei Prozesse mit in die Betrachtung einbezogen sind:**

- die Ungleichheit zwischen den reicheren und ärmeren EU-Staaten
- die Ungleichheit in den EU-Staaten selbst
- die Erweiterung von 15 auf 27 Mitgliedsstaaten, deren Durchschnittseinkommen oft noch weit unter dem EU-Schnitt liegt.

Der Bericht hat dabei mit dem nach oben hin offenen Ungleichheitsmaß des niederländischen Statistikers **Theil** gearbeitet, und folgende Indices berechnet.

Theil-Index der Ungleichheit in Europa

	1970	1980	1990	1995	1998
Theil-Index der Ungleichheit in Europa innerhalb der Staaten der EU-15	0,152	0,13	0,142	0,142	0,152
Theil-Index der Ungleichheit in Europa bedingt durch die verschieden hohen Durchschnittseinkommen der Länder der EU-15	0,017	0,016	0,012	0,008	0,008
Theil-Index der Ungleichheit in Europa insgesamt	0,169	0,146	0,154	0,15	<b>0,160</b>
Theil-Index EU-27 Annahme GINI-Koeffizient in den Beitrittsstaaten entspricht dem Polens					<b>0,213</b>
Theil-Index EU-27 Annahme GINI-Koeffizient in den Beitrittsstaaten entspricht dem Italiens					<b>0,220</b>

Insgesamt dürfte sich die gesamteuropäische Ungleichheit nach der Erweiterung, so berechnet, **um insgesamt 33 %** erhöht haben (Quelle: eigene Berechnungen des Autors aus Sapir-Bericht, Seite 102 und Seite 64).

**Tabelle : Objektive Armutskriterien (UNDP/Weltbank) – Ergebnisse für das erweiterte Europa im Vergleich mit den USA (UNDP-Definitionen siehe Fußnoten zur Tabelle)**

	Wahrscheinlichkeit, den 60. Geburtstag nicht zu erleben <sup>19</sup>	Langzeitarbeitslose (2002, in % der Erwerbsbev.) <sup>20</sup>	Human Poverty Index <sup>21</sup>	Funktionaler Analphabetismus <sup>22</sup>	% der Bevölkerung unter 50 % des Medianeinkommens <sup>23</sup>	% der Bevölkerung unter 11 \$ pro Kopf und Tag <sup>24</sup>
Sweden	7,3	1,1	6,5	7,5	6,5	6,3
Israel	7,4	..	..	..	13,5	..
Japan	7,5	1,7	11,1	..	11,8	..
Iceland	7,6	0,4	..	..	..	..
Malta	7,7	..	..	..	..	..
Norway	8,3	0,2	7,1	8,5	6,4	4,3
Italy	8,6	5,3	11,6	..	12,7	..
Netherlands	8,7	0,8	8,2	10,5	7,3	7,1
Canada	8,7	0,7	12,2	16,6	12,8	7,4
Australia	8,8	1,3	12,9	17	14,3	17,6
Spain	8,8	4,6	11	..	10,1	..
United Kingdom	8,9	1,2	14,8	21,8	12,5	15,7
Switzerland	9,1	0,6	..	..	9,3	..
Greece	9,1	5	..	..	..	..
Germany	9,2	4,1	10,3	14,4	8,3	7,3
Ireland	9,3	1,2	15,3	22,6	12,3	..
Belgium	9,4	3,4	12,4	18,4	8	..
Austria	9,5	0,8	..	..	8	..
Luxembourg	9,7	0,7	10,5	..	6	0,3
New Zealand	9,8	0,7	..	18,4	..	..
France	10	3	10,8	..	8	9,9

<sup>20</sup> Long-term unemployment ( % of labour force). Unemployment lasting 12 months or longer

<sup>21</sup> Human poverty index (HPI-2) Value ( %)

A composite index measuring deprivations in the three basic dimensions captured in the human development index— a long and healthy life, knowledge and a decent standard of living—and also capturing social exclusion.

<sup>22</sup> People lacking functional literacy skills ( % ages 16-65). The share of the population ages 16–65 scoring at level 1 on the prose literacy scale of the International Adult Literacy Survey. Most tasks at this level require the reader to locate a piece of information in the text that is identical to or synonymous with the information given in the directive.

<sup>23</sup> Population living below 50 % of median income ( %). The percentage of the population living below the specified poverty line: • \$1 a day—at 1985 international prices (equivalent to \$1.08 at 1993 international prices), adjusted for purchasing power parity. • \$2 a day—at 1985 international prices (equivalent to \$2.15 at 1993 international prices), adjusted for purchasing power parity. • \$4 a day—at 1990 international prices, adjusted for purchasing power parity. • \$11 a day (per person for a family of three)—at 1994 international prices, adjusted for purchasing power parity. • National poverty line—the poverty line deemed appropriate for a country by its authorities. National estimates are based on populationweighted subgroup estimates from household surveys. • 50 % of median income—50 % of the median adjusted disposable household income.

<sup>24</sup> siehe Fußnote vorhin



Finland	10,2	2,2	8,4	10,4	5,4	4,8
Denmark	11	0,8	9,1	9,6	9,2	..
Albania	11,3	..	..	..	..	..
Portugal	11,7	1,8	..	48	..	..
Slovenia	11,8	..	..	42,2	8,2	..
Czech Republic	12,2	3,7	..	15,7	4,9	..
United States	12,6	0,5	15,8	20,7	17	13,6
Macedonia, TFYR	13,3	..	..	..	..	..
Bosnia and Herzegovina	13,7	..	..	..	..	..
Croatia	14,5	..	..	..	..	..
Armenia	14,9	..	..	..	..	..
Slovakia	15,2	11,1	..	..	7	..
Poland	15,6	9,6	..	42,6	8,6	..
Georgia	16,2	..	..	..	..	..
Azerbaijan	18,5	..	..	..	..	..
Bulgaria	18,6	..	..	..	..	..
Lithuania	19,5	..	..	..	..	..
Hungary	19,6	2,6	..	33,8	6,7	..
Romania	20,3	..	..	..	8,1	..
Estonia	20,4	..	..	..	12,4	..
Latvia	21,4	..	..	..	..	..
Uzbekistan	21,8	..	..	..	..	..
Belarus	22,8	..	..	..	..	..
Moldova, Rep. of	22,8	..	..	..	..	..
Tajikistan	22,8	..	..	..	..	..
Ukraine	23	..	..	..	..	..
Kyrgyzstan	23,7	..	..	..	..	..
Turkmenistan	24,8	..	..	..	..	..
Kazakhstan	27	..	..	..	..	..
Russian Federation	28,9	..	..	..	18,8	..

Quelle: UNDP 2004

Diesen Überlegungen ließe sich nun noch ein 6. Kriterium hinzufügen:

**Kriterium 6: Kaufkraft der ärmsten 20 %:**

**Besser als die USA:** Luxembourg; Ireland; Denmark; Finland; Sweden; Austria; Germany; Belgium; Netherlands; France (10 Staaten der EU-25)

**Schlechter als die USA:** Italy; Slovenia; Czech Republic; Spain; United Kingdom; Greece; Slovakia; Portugal; Hungary; Lithuania; Poland; Estonia; Latvia (13 Staaten der EU-25).

## Anhang 5: Das Realeinkommen der ärmsten 20 % in 126 Staaten der Welt

	share of income poorest 20 %	real GDP per capita in \$	ERDI-Index <sup>25</sup>	real GDP per capita in purchasing power parity (PPP-\$)	real GDP, poorest 20 % (PPP \$) ((column 1*column 4)/20)	World rank purchasing power poorest 20 %
<b>Luxembourg</b>	<b>8,4</b>	<b>47354</b>	<b>0,77388</b>	<b>61190</b>	<b>25699,8</b>	<b>1</b>
Norway	9,6	41974	1,14683	36600	17568	2
Japan	10,6	31407	1,16581	26940	14278,2	3
<b>Ireland</b>	<b>7,1</b>	<b>30982</b>	<b>0,85209</b>	<b>36360</b>	<b>12907,8</b>	<b>4</b>
<b>Denmark</b>	<b>8,3</b>	<b>32179</b>	<b>1,04005</b>	<b>30940</b>	<b>12840,1</b>	<b>5</b>
<b>Finland</b>	<b>9,6</b>	<b>25295</b>	<b>0,96583</b>	<b>26190</b>	<b>12571,2</b>	<b>6</b>
<b>Sweden</b>	<b>9,1</b>	<b>26929</b>	<b>1,03374</b>	<b>26050</b>	<b>11852,8</b>	<b>7</b>
<b>Austria</b>	<b>8,1</b>	<b>25356</b>	<b>0,86776</b>	<b>29220</b>	<b>11834,1</b>	<b>8</b>
<b>Germany</b>	<b>8,5</b>	<b>24051</b>	<b>0,88749</b>	<b>27100</b>	<b>11517,5</b>	<b>9</b>
<b>Belgium</b>	<b>8,3</b>	<b>23749</b>	<b>0,86141</b>	<b>27570</b>	<b>11441,6</b>	<b>10</b>
<b>Netherlands</b>	<b>7,3</b>	<b>25886</b>	<b>0,88955</b>	<b>29100</b>	<b>10621,5</b>	<b>11</b>
Switzerland	6,9	36687	1,22249	30010	10353,5	12
Canada	7	22777	0,77263	29480	10318	13
<b>France</b>	<b>7,2</b>	<b>24061</b>	<b>0,8938</b>	<b>26920</b>	<b>9691,2</b>	<b>14</b>
<b>United States</b>	<b>5,4</b>	<b>36006</b>	<b>1,00716</b>	<b>35750</b>	<b>9652,5</b>	<b>15</b>
<b>Italy</b>	<b>6,5</b>	<b>20528</b>	<b>0,77669</b>	<b>26430</b>	<b>8589,75</b>	<b>16</b>
<b>Slovenia</b>	<b>9,1</b>	<b>11181</b>	<b>0,60307</b>	<b>18540</b>	<b>8435,7</b>	<b>17</b>
Australia	5,9	20822	0,7368	28260	8336,7	18
<b>Czech Republic</b>	<b>10,3</b>	<b>6808</b>	<b>0,43143</b>	<b>15780</b>	<b>8126,7</b>	<b>19</b>
<b>Spain</b>	<b>7,5</b>	<b>15961</b>	<b>0,74376</b>	<b>21460</b>	<b>8047,5</b>	<b>20</b>
<b>United Kingdom</b>	<b>6,1</b>	<b>26444</b>	<b>1,01124</b>	<b>26150</b>	<b>7975,75</b>	<b>21</b>
Hong Kong, China (SAR)	5,3	23800	0,88443	26910	7131,15	22

<sup>25</sup> *Exchange Rate Deviation Index*; misst, wie viel mal größer das Prokopfeinkommen in \$ zu Wechselkursen auf dem Weltmarkt ist als die in realen \$ gemessenen realen Kaufkraft (nach der von Irving Kravis von der Weltbank entwickelten Methode). Der ERDI-Index ist eine wichtige Kennziffer in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Stanford-Professor Pan Yotopoulos sowie Professor Gernot Köhler (Sheridan College, Ontario) entwickelten die These, wonach unter den monopolistischen Bedingungen auf dem Weltmarkt sich die reichen Nationen durch das ständige Abdriften der Währungen der ärmeren Staaten (Währungskrisen) einen Teil der ständig weniger Wert habenden Arbeit in den ärmeren Staaten aneignen. Die Schweiz, Dänemark, Schweden und Großbritannien und die USA sind demnach die größten Nutznießer dieser monopolistischen Strukturen auf dem Weltmarkt, während EU-25 Staaten wie die Slowakei und die baltischen Republiken für ihre Exporte auf dem Weltmarkt nur 30 – 40 % des Wertes erhalten, der der Arbeit in diesen Ländern, nach der internen dortigen Kaufkraft gemessen, eigentlich zustehen würde. Vgl. hierzu auch: *Exchange Rate Parity for Trade and Development : Theory, Tests, and Case Studies* by Pan A. Yotopoulos. Hardcover 343 pages; Publisher: Cambridge University Press; (October 27, 1995) ISBN: 052148216X sowie <http://wsarch.ucr.edu/archive/papers/kohlertoc.htm>

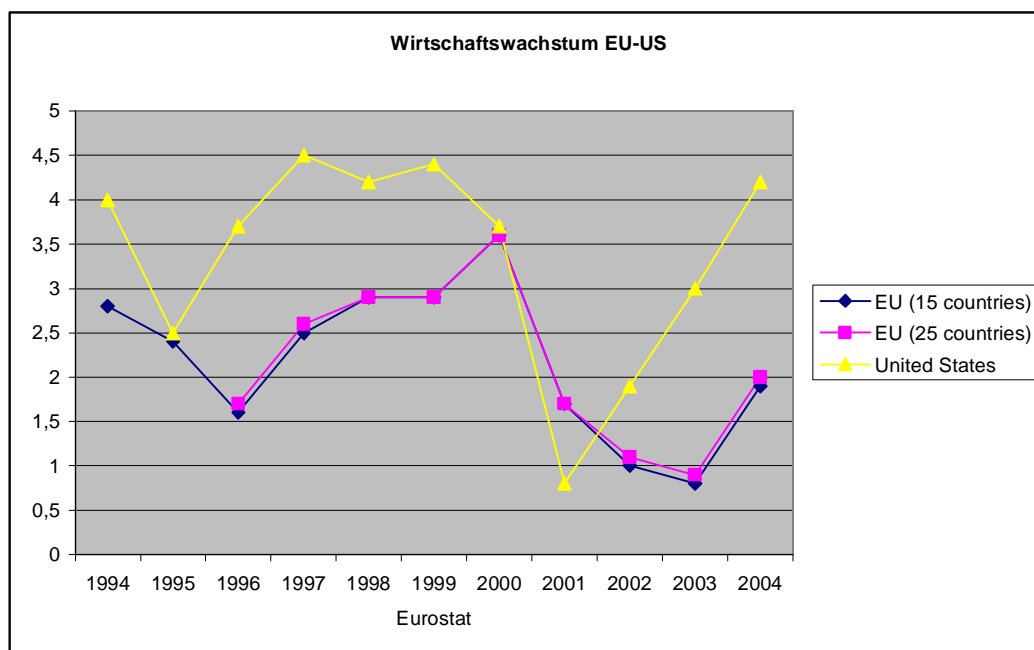
New Zealand	6,4	14872	0,68408	21740	6956,8	23
Israel	6,9	15792	0,8086	19530	6737,85	24
Korea, Rep. of	7,9	10006	0,59032	16950	6695,25	25
<b>Greece</b>	<b>7,1</b>	<b>12494</b>	<b>0,66741</b>	<b>18720</b>	<b>6645,6</b>	<b>26</b>
Singapore	5	20886	0,8688	24040	6010	27
<b>Slovakia</b>	<b>8,8</b>	<b>4403</b>	<b>0,34291</b>	<b>12840</b>	<b>5649,6</b>	<b>28</b>
<b>Portugal</b>	<b>5,8</b>	<b>11948</b>	<b>0,65361</b>	<b>18280</b>	<b>5301,2</b>	<b>29</b>
<b>Hungary</b>	<b>7,7</b>	<b>6481</b>	<b>0,48366</b>	<b>13400</b>	<b>5159</b>	<b>30</b>
Croatia	8,3	5025	0,49072	10240	4249,6	31
<b>Lithuania</b>	<b>7,9</b>	<b>3977</b>	<b>0,38537</b>	<b>10320</b>	<b>4076,4</b>	<b>32</b>
<b>Poland</b>	<b>7,3</b>	<b>4894</b>	<b>0,46345</b>	<b>10560</b>	<b>3854,4</b>	<b>33</b>
<b>Estonia</b>	<b>6,1</b>	<b>4792</b>	<b>0,39086</b>	<b>12260</b>	<b>3739,3</b>	<b>34</b>
<b>Latvia</b>	<b>7,6</b>	<b>3595</b>	<b>0,39034</b>	<b>9210</b>	<b>3499,8</b>	<b>35</b>
Macedonia, TFYR	8,4	1860	0,28748	6470	2717,4	36
Romania	8,2	2052	0,3128	6560	2689,6	37
Trinidad and Tobago	5,5	7384	0,78303	9430	2593,25	38
Kazakhstan	8,2	1656	0,28211	5870	2406,7	39
Bulgaria	6,7	1944	0,27265	7130	2388,55	40
Belarus	8,4	1441	0,26105	5520	2318,4	41
Albania	9,1	1535	0,31781	4830	2197,65	42
Ukraine	8,8	851	0,17474	4870	2142,8	43
Thailand	6,1	2060	0,29387	7010	2138,05	44
Tunisia	6	2149	0,3179	6760	2028	45
Russian Federation	4,9	2405	0,29222	8230	2016,35	46
Algeria	7	1785	0,3099	5760	2016	47
Malaysia	4,4	3905	0,42818	9120	2006,4	48
Turkey	6,1	2638	0,41283	6390	1948,95	49
Uruguay	4,8	3609	0,46092	7830	1879,2	50
Costa Rica	4,2	4271	0,48314	8840	1856,4	51
Iran, Islamic Rep. of	5,1	1652	0,24694	6690	1705,95	52
Dominican Republic	5,1	2514	0,37861	6640	1693,2	53
Argentina	3,1	2797	0,25708	10880	1686,4	54
Egypt	8,6	1354	0,35538	3810	1638,3	55
Chile	3,3	4115	0,41904	9820	1620,3	56
Jordan	7,6	1799	0,4263	4220	1603,6	57
Sri Lanka	8	873	0,24454	3570	1428	58
Mexico	3,1	6320	0,70457	8970	1390,35	59
Saint Lucia	5,2	4124	0,77811	5300	1378	60
Indonesia	8,4	817	0,25294	3230	1356,6	61
Jamaica	6,7	3008	0,75578	3980	1333,3	62
Turkmenistan	6,1	1601	0,37671	4250	1296,25	63
Morocco	6,5	1218	0,31969	3810	1238,25	64
India	8,9	487	0,1824	2670	1188,15	65
Azerbaijan	7,4	745	0,23209	3210	1187,7	66

Philippines	5,4	975	0,23381	4170	1125,9	67
China	4,7	989	0,21594	4580	1076,3	68
Armenia	6,7	771	0,24712	3120	1045,2	69
South Africa	2	2299	0,2283	10070	1007	70
Guyana	4,5	937	0,21995	4260	958,5	71
Viet Nam	8	436	0,18957	2300	920	72
Botswana	2,2	3080	0,37699	8170	898,7	73
Colombia	2,7	1850	0,29042	6370	859,95	74
Pakistan	8,8	408	0,21031	1940	853,6	75
Venezuela	3	3760	0,69888	5380	807	76
Brazil	2	2593	0,33372	7770	777	77
Uzbekistan	9,2	314	0,18802	1670	768,2	78
Bangladesh	9	351	0,20647	1700	765	79
Panama	2,4	4182	0,6778	6170	740,4	80
Kyrgyzstan	9,1	320	0,19753	1620	737,1	81
Peru	2,9	2113	0,42176	5010	726,45	82
Georgia	6,4	656	0,29027	2260	723,2	83
Cambodia	6,9	321	0,15583	2060	710,7	84
El Salvador	2,9	2226	0,45521	4890	709,05	85
Mauritania	6,2	348	0,15676	2220	688,2	86
Guinea	6,4	415	0,19762	2100	672	87
Lao People's Dem. Rep.	7,6	304	0,17674	1720	653,6	88
Rwanda	9,7	212	0,16693	1270	615,95	89
Swaziland	2,7	1091	0,23978	4550	614,25	90
Ghana	5,6	304	0,14272	2130	596,4	91
Ecuador	3,3	1897	0,52989	3580	590,7	92
Cameroon	5,6	575	0,2875	2000	560	93
Zimbabwe	4,6	639	0,26962	2370	545,1	94
Guatemala	2,6	1941	0,47574	4080	530,4	95
Moldova, Rep. of	7,1	382	0,25986	1470	521,85	96
Nepal	7,6	230	0,16788	1370	520,6	97
Papua New Guinea	4,5	523	0,2304	2270	510,75	98
Paraguay	2,2	1000	0,21692	4610	507,1	99
Senegal	6,4	503	0,31835	1580	505,6	100
Bolivia	4	886	0,36016	2460	492	101
Mongolia	5,6	457	0,26725	1710	478,8	102
Nicaragua	3,6	749	0,30324	2470	444,6	103
Namibia	1,4	1463	0,23559	6210	434,7	104
Côte d'Ivoire	5,5	707	0,46513	1520	418	105
Uganda	5,9	236	0,16978	1390	410,05	106
Tajikistan	8	193	0,19694	980	392	107
Ethiopia	9,1	90	0,11538	780	354,9	108
Honduras	2,7	966	0,37154	2600	351	109
Mozambique	6,5	195	0,18571	1050	341,25	110
Gambia	4	257	0,15207	1690	338	111

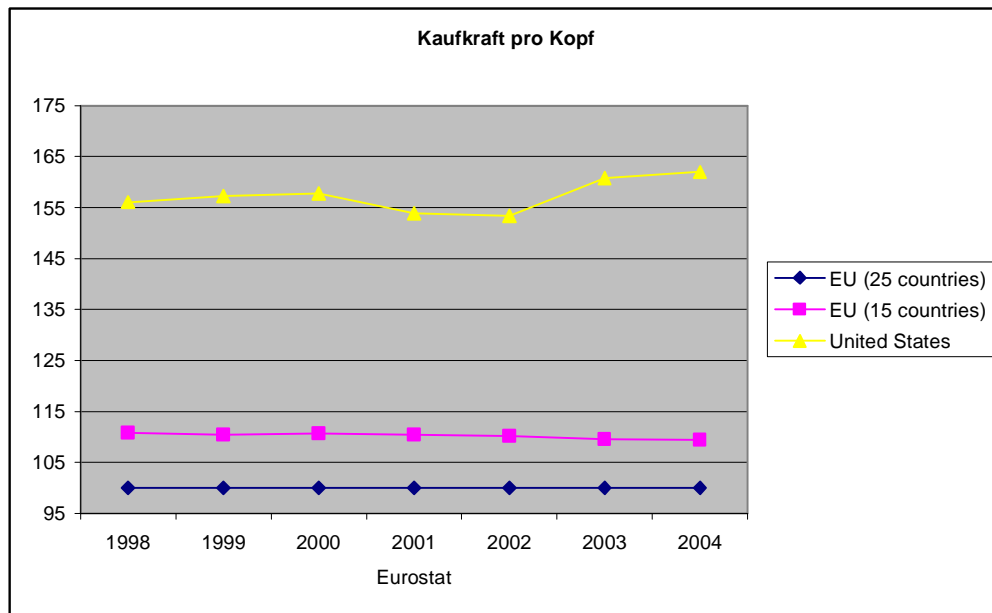
Yemen	7,4	537	0,61724	870	321,9	112
Kenya	5,6	393	0,38529	1020	285,6	113
Burkina Faso	4,5	264	0,24	1100	247,5	114
Mali	4,6	296	0,31828	930	213,9	115
Tanzania, U. Rep. of	6,8	267	0,46034	580	197,2	116
Nigeria	4,4	328	0,3814	860	189,2	117
Guinea- Bissau	5,2	141	0,19859	710	184,6	118
Lesotho	1,5	402	0,16612	2420	181,5	119
Madagascar	4,9	268	0,36216	740	181,3	120
Burundi	5,1	102	0,1619	630	160,65	121
Malawi	4,9	177	0,30517	580	142,1	122
Zambia	3,3	361	0,42976	840	138,6	123
Central African Republic	2	274	0,23419	1170	117	124
Niger	2,6	190	0,2375	800	104	125
Sierra Leone	1,1	150	0,28846	520	28,6	126

## Anhang 6: Wachstum in Europa und in den USA

**These 6:** Oft wird gesagt: die USA sind in den 90er Jahren davongezogen, aber der Lissabon-Prozess hat zu einem **Schließen** der **Wachstums-** und **Wohlstandslücke** zwischen den **USA und Europa** beigetragen. Richtig ist aber vielmehr: **Der Clinton-Boom dauerte von 1995 bis 2000**; die USA erlebten **2001** einen starken **Einbruch**, und hatten **2002, 2003 und 2004 ein stärkeres Wachstum als Europa**. **Seit 1994 hatte nur im Jahr 2000 Europa ein Wachstum, das der Lissabon-Vorgabe von über 3 % entsprach**. Die Schwierigkeiten Europas sind aber vor allem die **Wachstumsprobleme von Österreich, Belgien, Frankreich, Italien, und Deutschland**. Die Kaufkraft in den **USA zieht ab 2000** nach dem leichten Zurückfallen im Entwicklungsvorsprung erneut davon.



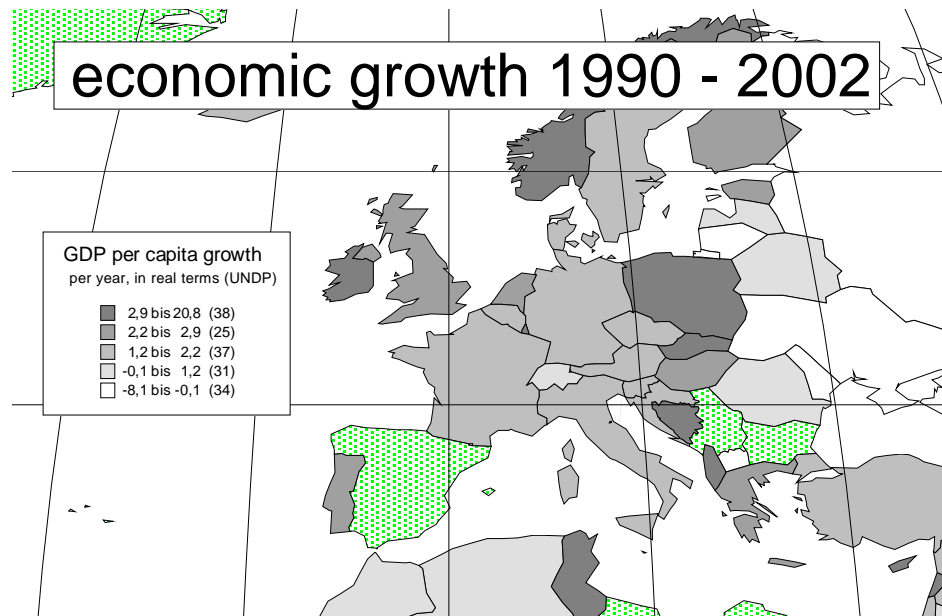
Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Eurostat



Quelle: Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Eurostat

**These 7:** Amerika wuchs im Clinton-Boom rascher als viele Staaten Europas, aber insgesamt ist **Amerika** wegen der starken **Einbrüche** im Wachstum Anfang der 90er Jahre und 2001 nur **auf Rang 61 der Weltrangliste des Wachstums**. Europa selbst hat „Wachstumsgiganten“ und „Wachstumswerge“. 8 Staaten der EU 25 wuchsen in den 90er Jahren bis 2002 insgesamt langsamer als die USA (Österreich; Belgien; Frankreich; Italien; Tschechien; Deutschland; Lettland; Litauen), aber die folgenden **14 EU-25 Staaten wuchsen z.T. bedeutend rascher als die USA: Irland; Polen; Slowakische Republik; Malta; Zypern; Finnland; Portugal; Großbritannien; Ungarn; Estland; Griechenland; Niederlande; Dänemark; Slowenien;** und Schweden war gleich auf mit den USA.





Quelle: eigene Zusammenstellungen aus UNDP

### Die Rangskala des internationalen Wachstums nach UNDP, 2004

reale Wachstumsrate des BIP pro Kopf 1990 - 2002

Äquatorialguinea	20,8	1
Bosnien-Herzegowina	18	2
China	8,6	3
<b>Irland</b>	<b>6,8</b>	<b>4</b>
Albanien	6	5
Vietnam	5,9	6
Myanmar	5,7	7
Malediven	4,7	8
Südkorea	4,7	9
Mosambik	4,5	10
Chile	4,4	11
Dominikanische Republik	4,2	12
<b>Polen</b>	<b>4,2</b>	<b>13</b>
Solomonen	4,2	14
Guyana	4,1	15
Kambodscha	4,1	16
Indien	4	17
Mauritius	4	18
Uganda	3,9	19
Laos	3,8	20

<b>Slowakische Republik</b>	<b>3,8</b>	<b>21</b>
<b>Luxemburg</b>	<b>3,7</b>	<b>22</b>
Bhutan	3,6	23
Malaysia	3,6	24
<b>Malta</b>	<b>3,6</b>	<b>25</b>
Kuba	3,5	26
Saint Kitts-Nevis	3,5	27
Kap Verde	3,4	28
Saint Vincent und Grenadinen	3,4	29
São Tomé und Príncipe	3,2	30
<b>Zypern</b>	<b>3,2</b>	<b>31</b>
Bangladesh	3,1	32
Libanon	3,1	33
Sudan	3,1	34
Tunesien	3,1	35
Norwegen	3	36
Thailand	2,9	37
Trinidad und Tobago	2,9	38
Costa Rica	2,7	39
Grenada	2,7	40
Antigua und Barbuda	2,6	41
Australien	2,6	42
Sierra Leone	2,6	43
Ägypten	2,5	44
Botswana	2,5	45
<b>Finnland</b>	<b>2,5</b>	<b>46</b>
Jemen	2,5	47
Panama	2,5	48
<b>Portugal</b>	<b>2,5</b>	<b>49</b>
Großbritannien	2,4	50
Lesotho	2,4	51
<b>Ungarn</b>	<b>2,4</b>	<b>52</b>
Äthiopien	2,3	53
EL Salvador	2,3	54
<b>Estland</b>	<b>2,3</b>	<b>55</b>
Nepal	2,3	56
Sri Lanka	2,3	57
<b>Griechenland</b>	<b>2,2</b>	<b>58</b>
Hongkong	2,2	59
Iran	2,2	60
Kanada	2,2	61
<b>Niederlande</b>	<b>2,2</b>	<b>62</b>
Peru	2,2	63
Benin	2,1	64
<b>Dänemark</b>	<b>2,1</b>	<b>65</b>
Indonesien	2,1	66

Island	2,1	67
Kroatien	2,1	68
Neuseeland	2,1	69
<b>Slowenien</b>	<b>2,1</b>	<b>70</b>
<b>Schweden</b>	<b>2</b>	<b>71</b>
<b>Vereinigte Staaten von Amerika</b>	<b>2</b>	<b>72</b>
<b>Österreich</b>	<b>1,9</b>	<b>73</b>
<b>Belgien</b>	<b>1,8</b>	<b>74</b>
Fidschi	1,8	75
Ghana	1,8	76
Israel	1,8	77
Syrien	1,8	78
Argentinien	1,7	79
Armenien	1,7	80
Belize	1,7	81
Guinea	1,7	82
Mali	1,7	83
Barbados	1,6	84
Burkina-Faso	1,6	85
<b>Frankreich</b>	<b>1,6</b>	<b>86</b>
Mauritanien	1,6	87
Bahrain	1,5	88
Eritrea	1,5	89
<b>Italien</b>	<b>1,5</b>	<b>90</b>
Nicaragua	1,5	91
Dominica	1,4	92
Mexiko	1,4	93
<b>Tschechien</b>	<b>1,4</b>	<b>94</b>
Uruguay	1,4	95
Brasilien	1,3	96
<b>Deutschland</b>	<b>1,3</b>	<b>97</b>
Guatemala	1,3	98
<b>Türkei</b>	<b>1,3</b>	<b>99</b>
Seychellen	1,2	100
Bolivien	1,1	101
Malawi	1,1	102
Pakistan	1,1	103
Philippinen	1,1	104
Westsamoa	1,1	105
Japan	1	106
Jordanien	0,9	107
Namibia	0,9	108
Oman	0,9	109
Marokko	0,8	110
Tansania	0,7	111
Papua-Neuguinea	0,5	112

Surinam	0,5	113
Kolombien	0,4	114
Schweiz	0,4	115
Algerien	0,3	116
Honduras	0,3	117
Ruanda	0,3	118
Aserbajdschan	0,2	119
<b>Lettland</b>	<b>0,2</b>	<b>120</b>
Mongolei	0,2	121
Saint Lucia	0,2	122
Weißrußland	0,2	123
Bahamas	0,1	124
<b>Rumänien</b>	<b>0,1</b>	<b>125</b>
Swasiland	0,1	126
Angola	-0,1	127
Côte d'Ivoire	-0,1	128
Jamaika	-0,1	129
Kamerun	-0,1	130
Vanuatu	-0,1	131
Gabun	-0,2	132
Zentralafrikanische Republik	-0,2	133
<b>Litauen</b>	<b>-0,3</b>	<b>134</b>
Nigeria	-0,3	135
Saudi-Arabien	-0,4	136
Paraguay	-0,5	137
Tschad	-0,5	138
Kenia	-0,6	139
Senegal	-0,6	140
Kasachstan	-0,7	141
Makedonien	-0,7	142
Togo	-0,7	143
Niger	-0,8	144
Simbabwe	-0,8	145
Madagaskar	-0,9	146
Usbekistan	-0,9	147
Venezuela	-1	148
Sambia	-1,2	149
Komoren	-1,4	150
Kongo	-1,6	151
Kuwait	-1,7	152
Guinea-Bissau	-2,2	153
Rußland	-2,4	154
Südafrika	-2,4	155
Haiti	-3	156
Kirgisistan	-3,2	157
Turkmenistan	-3,2	158

Djibouti	-3,8	159
Burundi	-3,9	160
Georgien	-3,9	161
Palästina	-4,9	162
Singapur	-5,9	163
Ukraine	-6	164
Moldawien	-6,9	165
Tadschikistan	-8,1	166

## Anhang 7: Ungleichheit in 127 Nationen der Welt

**These 8:** Oft wird auch gesagt: die **USA** sind ein **Modell der Ungleichheit**, **Europa** ist noch immer durch ein „**europäisches Sozialmodell**“ gekennzeichnet. Richtig ist vielmehr, dass in den USA zwar die reichsten 10 % um 15.9 mal reicher sind als die ärmsten 10 %, womit Amerika der 79. Staat von 127 klassifizierten Nationen ist, und dass kein EU-Staat schlechter klassifiziert ist als die USA und dass einige EU-25 Staaten – darunter die **7 EU-Staaten** Tschechische Republik, Finnland, Slowenien, Schweden, die Slowakei, Luxemburg, und Deutschland Reichtumsunterschiede **zwischen den ärmsten 10 % und den reichsten 10 % aufweisen, die weniger als das 7-fache betragen**, aber in **12 EU-Staaten** – das sind Österreich, Belgien, Litauen, Dänemark, Ungarn, Lettland, den Niederlanden, Spanien, Frankreich, Polen, Irland, und Bulgarien betragen sie bereits **das 7 – bis 10-fache**, und in **4 EU-Staaten** Griechenland, Italien, dem Vereinigten Königreich und Portugal, ebenso das **10-fache oder mehr als das 10-fache**. Für insgesamt 127 Staaten der Welt legten die Vereinten Nationen Daten für zumeist das Ende der 90er Jahre vor – nur 7 EU-Staaten liegen unter den besten 20 Staaten der Weltgesellschaft, 9 Staaten von Rang 21 bis 40, 5 Staaten auf Rang 41 bis 60, und Großbritannien, und Portugal belegen mit den USA die Ränge 61 bis 80.

### Die Rangskala der internationalen Ungleichheit nach UNDP, 2004

Dezil-Ratio

Land	Dezilratio	bestes Land/schlechtes Land	Jahr der Untersuchung
Japan	4,5	1	1993
<b>Czech Republic</b>	<b>5,2</b>	<b>2</b>	<b>1996</b>
Bosnia and Herzegovina	5,4	3	2001
<b>Finland</b>	<b>5,6</b>	<b>4</b>	<b>2000</b>
Rwanda	5,8	5	1983
<b>Slovenia</b>	<b>5,9</b>	<b>6</b>	<b>1998/99</b>
Albania	5,9	7	2002
Kyrgyzstan	6	8	2001
Norway	6,1	9	2000
Uzbekistan	6,1	10	2000
<b>Sweden</b>	<b>6,2</b>	<b>11</b>	<b>2000</b>
Ukraine	6,4	12	1999
Ethiopia	6,6	13	2000
<b>Slovakia</b>	<b>6,7</b>	<b>14</b>	<b>1996</b>
<b>Luxembourg</b>	<b>6,8</b>	<b>15</b>	<b>2000</b>
Macedonia, TFYR	6,8	16	1998
Bangladesh	6,8	17	2000
<b>Germany</b>	<b>6,9</b>	<b>18</b>	<b>2000</b>

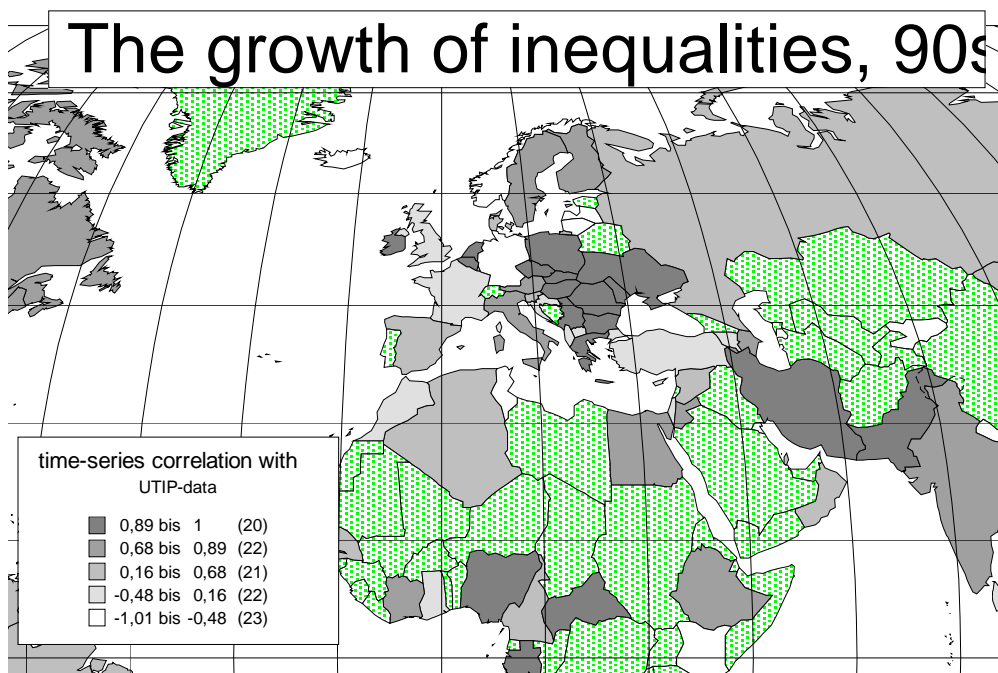
Belarus	6,9	19	2000
India	7	20	1999/2000
Kazakhstan	7,1	21	2001
<b>Romania</b>	<b>7,2</b>	<b>22</b>	<b>2000</b>
Croatia	7,3	23	2001
<b>Austria</b>	<b>7,6</b>	<b>24</b>	<b>1997</b>
Pakistan	7,6	25	1998/99
<b>Belgium</b>	<b>7,8</b>	<b>26</b>	<b>1996</b>
Korea, Rep. of	7,8	27	1998
Indonesia	7,8	28	2002
<b>Lithuania</b>	<b>7,9</b>	<b>29</b>	<b>2000</b>
Sri Lanka	7,9	30	1995
Tajikistan	8	31	1998
Egypt	8	32	1999
<b>Denmark</b>	<b>8,1</b>	<b>33</b>	<b>1997</b>
Viet Nam	8,4	34	1998
Yemen	8,6	35	1998
<b>Hungary</b>	<b>8,9</b>	<b>36</b>	<b>1999</b>
<b>Latvia</b>	<b>8,9</b>	<b>37</b>	<b>1998</b>
<b>Netherlands</b>	<b>9</b>	<b>38</b>	<b>1994</b>
<b>Spain</b>	<b>9</b>	<b>39</b>	<b>1990</b>
<b>France</b>	<b>9,1</b>	<b>40</b>	<b>1995</b>
Jordan	9,1	41	1997
<b>Poland</b>	<b>9,3</b>	<b>42</b>	<b>1999</b>
Nepal	9,3	43	1995/96
Algeria	9,6	44	1995
<b>Ireland</b>	<b>9,7</b>	<b>45</b>	<b>1996</b>
Azerbaijan	9,7	46	2001
Lao People's Dem. Rep.	9,7	47	1997
Switzerland	9,9	48	1992
<b>Bulgaria</b>	<b>9,9</b>	<b>49</b>	<b>2001</b>
<b>Greece</b>	<b>10</b>	<b>50</b>	<b>1998</b>
Canada	10,1	51	1998
Moldova, Rep. of	10,2	52	2001
Tanzania, U. Rep. of	10,8	53	1993
Jamaica	11,4	54	2000
Armenia	11,5	55	1998
<b>Italy</b>	<b>11,6</b>	<b>56</b>	<b>2000</b>
Cambodia	11,6	57	1997
Israel	11,7	58	1997
Morocco	11,7	59	1998/99
Georgia	12	60	2001
Mauritania	12	61	2000
Turkmenistan	12,3	62	1998
Guinea	12,3	63	1994
Australia	12,5	64	1994

New Zealand	12,5	65	1997
Mozambique	12,5	66	1996/97
Senegal	12,8	67	1995
<b>Turkey</b>	<b>13,3</b>	<b>68</b>	<b>2000</b>
Thailand	13,4	69	2000
Tunisia	13,4	70	2000
<b>United Kingdom</b>	<b>13,8</b>	<b>71</b>	<b>1999</b>
Ghana	14,1	72	1999
Trinidad and Tobago	14,4	73	1992
Estonia	14,9	74	2000
Uganda	14,9	75	1999
<b>Portugal</b>	<b>15</b>	<b>76</b>	<b>1997</b>
Kenya	15,6	77	1997
Cameroon	15,7	78	2001
<u>United States</u>	<u>15,9</u>	<u>79</u>	<u>2000</u>
Saint Lucia	16,2	80	1995
Côte d'Ivoire	16,2	81	1998
Philippines	16,5	82	2000
Iran, Islamic Rep. of	17,2	83	1998
Singapore	17,7	84	1998
Dominican Republic	17,7	85	1998
Hong Kong, China (SAR)	17,8	86	1996
Mongolia	17,8	87	1998
China	18,4	88	2001
Uruguay	18,9	89	2000
Guinea-Bissau	19	90	1993
Madagascar	19,2	91	2001
Burundi	19,3	92	1998
Russian Federation	20,3	93	2000
Zimbabwe	22	94	1995
Malaysia	22,1	95	1997
Malawi	22,7	96	1997
Mali	23,1	97	1994
Papua New Guinea	23,8	98	1996
Bolivia	24,6	99	1999
Nigeria	24,9	100	1996/97
Costa Rica	25,1	101	2000
Gambia	25,4	102	1998
Guyana	25,9	103	1999
Burkina Faso	26,2	104	1998
Nicaragua	36,1	105	2001
Zambia	36,6	106	1998
Argentina	39,1	107	2001
Chile	40,6	108	2000
Ecuador	44,9	109	1998
Mexico	45	110	2000



Niger	46	111	1995
El Salvador	47,4	112	2000
Honduras	49,1	113	1999
Swaziland	49,7	114	1994
Peru	49,9	115	2000
Guatemala	55,1	116	2000
Colombia	57,8	117	1999
Panama	62,3	118	2000
Venezuela	62,9	119	1998
South Africa	65,1	120	1995
Central African Republic	69,2	121	1993
Paraguay	70,4	122	1999
Botswana	77,6	123	1993
Brazil	85	124	1998
Sierra Leone	87,2	125	1989
Lesotho	105	126	1995
Namibia	128,8	127	1993

Von einer globalen Perspektive aus gesehen, sieht die Landkarte der wachsenden Ungleichheit in Europa wie folgt aus:



Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UTIP. Fehlende Werte: Portugal, Schweiz, Bosnien-Herzegowina, Estland, Belarus, Georgien

## **Anhang 8: Globalisierungsdruck USA – Europa. Analytische Vergleiche mit den Daten von Weltbank, ILO, und UTIP**

**These 9:** In zahlreichen Staaten Europas war der Globalisierungsdruck sogar noch stärker als in den USA, und trotzdem gibt es in Europa auch ein gutes Abschneiden gegenüber dem Globalisierungsdruck. Die folgenden Staaten globalisierten sich noch schneller als die USA:

Poland  
 France  
 Latvia  
 Slovak Republic  
 (Romania)  
 Lithuania  
 Austria  
 Belgium  
 Denmark  
 (Turkey)  
 Hungary  
 Germany  
 Netherlands  
 (Bulgaria)  
 Czech Republic  
 Sweden  
 Ireland

Seit 1980 haben bei folgenden Indikatoren folgende Nationen besser abgeschnitten als die USA

### **Sinken der Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf:**

Denmark  
 Hungary  
 Netherlands  
 Ireland  
 (Turkey)  
 Slovenia

### **Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums:**

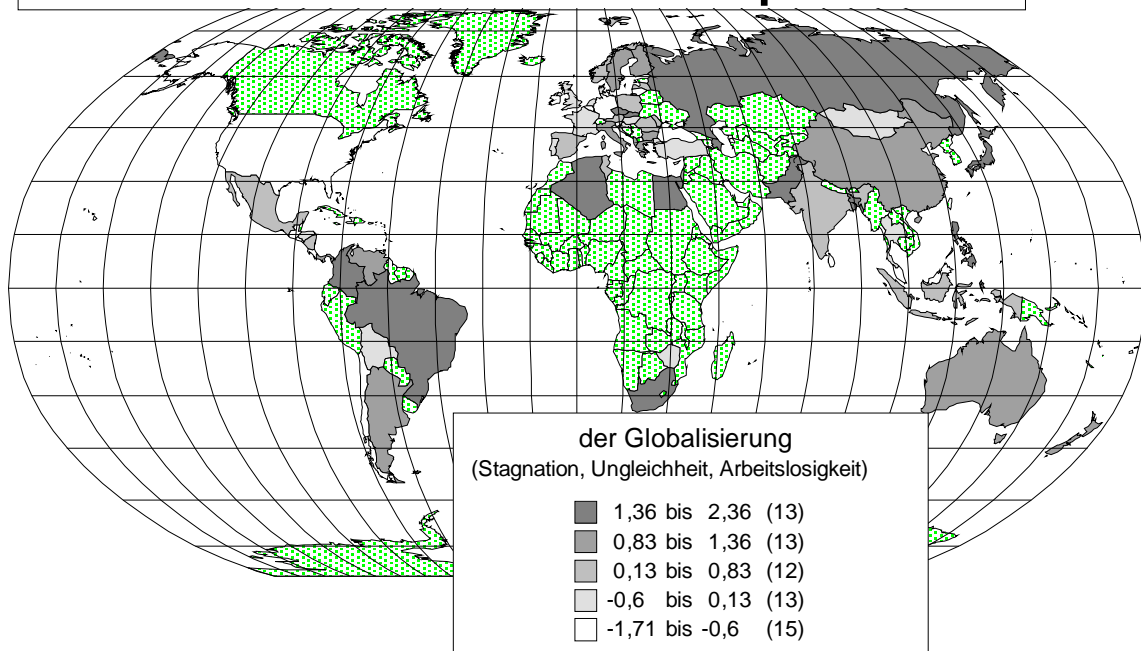
Ireland  
 Slovenia  
 Netherlands  
 Poland

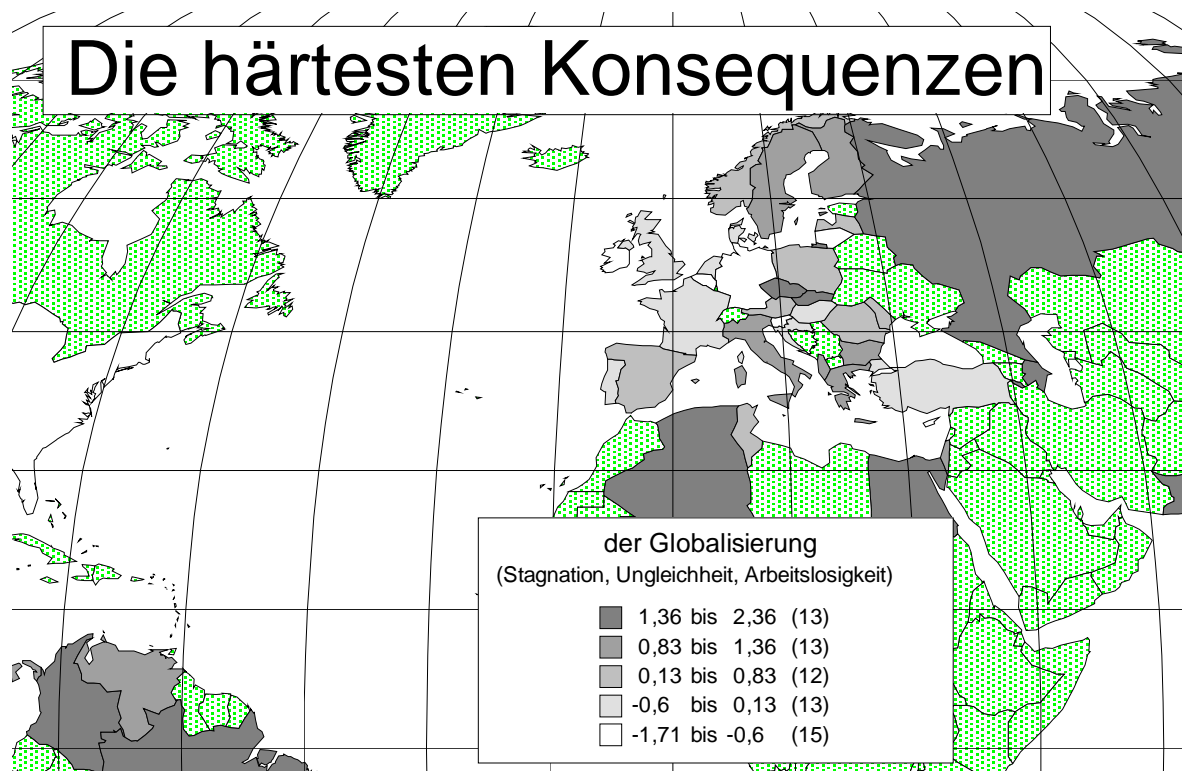
### **Vermeiden einer Tendenz zu wachsender Ungleichheit:**

Germany  
Lithuania  
Belgium  
Cyprus  
France  
Finland  
Italy

Kombiniert man/frau die zeitlichen Korrelationen dieser 3 Phänomene der „human misery“ (Stagnation, Ungleichheit, Arbeitslosigkeit), wäre im hypothetisch schlechtesten Fall für ein Land der Wert 3 zu erwarten, am besten wäre der Wert – 3. Nach unserer Analyse haben ab 1980 bis 2002 die USA, Chile, Irland, Belgien und Malaysia am besten abgeschnitten; die Bundesrepublik nach der deutschen Vereinigung mit ihren begrenzten Datenreihen ist absolut nur bedingt vergleichbar.

## Die härtesten Konsequenzen





Freilich wird auch zu bedenken sein, dass die neuen Mitglieder und die Kandidaten der EU die Verwundbarkeiten gegenüber dem Druck der Globalisierung weiter verstärken:

Ländercode	Wachstum (Weltbank)	Eurostat-AL-Rate	Globalisierung (Weltbank)	Ungleichheit der Löhne (UTIP)
Bulgarien	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Zypern	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50)	starke Abnahme der Globalisierung (Korr < -0.50)	starke Milderung der Ungleichheit (Korr < 0.50)
Tschechische R.	keine nachhaltige Wachstumsbeschleunigung (Korr <0.30)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Estland	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	keine Daten
Ungarn	keine nachhaltige Wachstumsbeschleunigung (Korr <0.30)	wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50)	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Lettland	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50)	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Litauen	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0))	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	starke Milderung der Ungleichheit (Korr < 0.50)
Malta	Wachstumsbeschleu	wesentliche	schwache Zunahme	Verstärkung der

	nigung (Korr zwischen 0.30 und 0.50)	Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50)	der Globalisierung (Korr zwischen 0.00 und 0.50)	Ungleichheit (Korr >0.0)
Polen	Wachstumsbeschleunigung (Korr zwischen 0.30 und 0.50)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0)	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Rumänien	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0)	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Slovakische R	keine nachhaltige Wachstumsbeschleunigung (Korr <0.30)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0)	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
<b>Slowenien</b>	starke Wachstumsbeschleunigung (Korr > 0.50)	wesentliche Verbesserung der Arbeitslosigkeit (Korr <-0.50)	schwache Zunahme der Globalisierung (Korr zwischen 0.00 und 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
Türkei	Wachstumseinbruch (Korr <0.0)	Einbruch der Beschäftigung (Korr >0.0)	starke Zunahme der Globalisierung (Korr > 0.50)	Verstärkung der Ungleichheit (Korr >0.0)
<b>USA</b>	<b>Wachstumsbeschleunigung (Korr +0.44)</b>	<b>Abnahme der Arbeitslosigkeit (Korr -0.79)</b>	<b>starke Zunahme der Globalisierung (Korr +0.60)</b>	<b>Verstärkung der Ungleichheit (Korr +0.56)</b>

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UTIP, Weltbank und ILO

**Lediglich Malta und Slowenien haben nach dieser Sichtweise dem Druck des globalisierten EU-Binnenmarktes standgehalten.**

## Anhang 9: Faktoren, die zum Auseinanderdriften von den USA und Europa beitragen könnten

Den USA ist es bislang – im Gegensatz zu Europa – gelungen, ein Abdriften des Außenwertes der Währung gegenüber der internen Kaufkraft zu verhindern (vgl. Anhang 5). Sie sind weiterhin ein Land der Nutznießerschaft des ungleichen Austausches, während Europa – im Sinne der Theorien des Stanford-Professors Pan Yotopoulos und von Professor Gernot Köhler – immer mehr in den „Strudel“ des ungleichen Austausches gerät.

Neoliberale Wirtschaftstheoretiker wie Milton Friedman<sup>26</sup> waren stets pessimistisch bezüglich der europäischen Währungsunion. Paradoxer Weise haben gerade Staaten wie Luxemburg, Deutschland und Österreich gegenüber 1998 am meisten verloren:

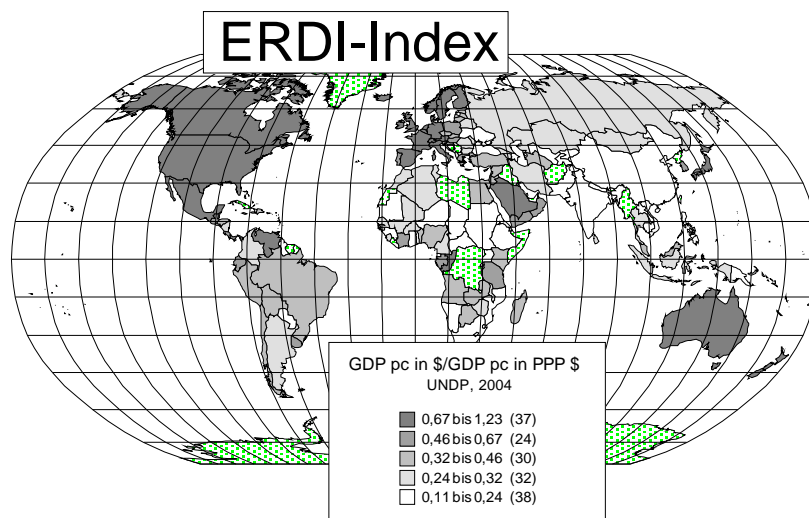
Land	ERDI-Index 2002	BIP pro Kopf zu Wechselkursen in \$ 2002	BIP zu Kaufkraft in \$ 2002
Austria	0,86776	25356	29220
Belgium	0,86141	23749	27570
Finland	0,96583	25295	26190
France	0,8938	24061	26920
Germany	0,88749	24051	27100
Greece	0,66741	12494	18720
Ireland	0,85209	30982	36360
Italy	0,77669	20528	26430
Luxembourg	0,77388	47354	61190
Netherlands	0,88955	25886	29100
Portugal	0,65361	11948	18280

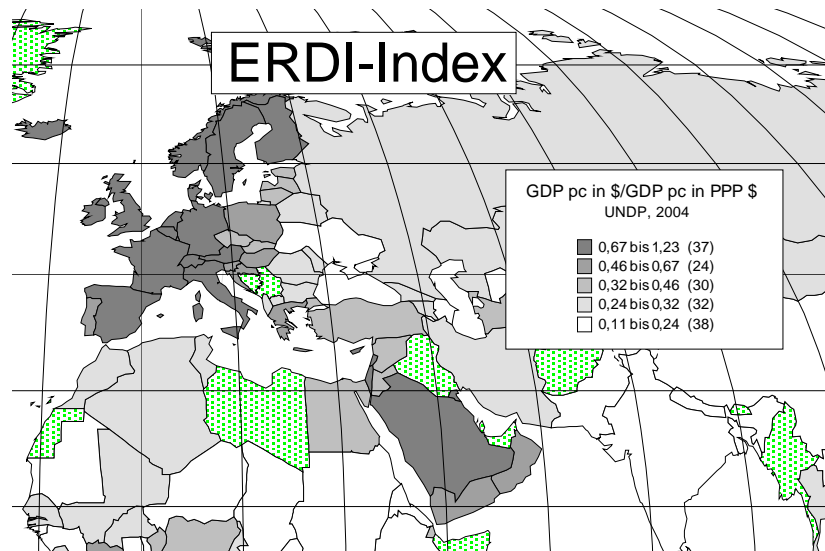
Land	ERDI-Index 2002	ERDI-Index 1998	Verlust gegenüber 1998 in %
Luxembourg	0,77	1,35	73,94
Germany	0,89	1,20	35,05
Austria	0,87	1,16	33,47

<sup>26</sup> <http://www.cato.org/pubs/journal/cj19n1/cj19n1-10.pdf> und [http://www.findarticles.com/p/articles/mi\\_m2633/is\\_2\\_15/ai\\_73232538](http://www.findarticles.com/p/articles/mi_m2633/is_2_15/ai_73232538)

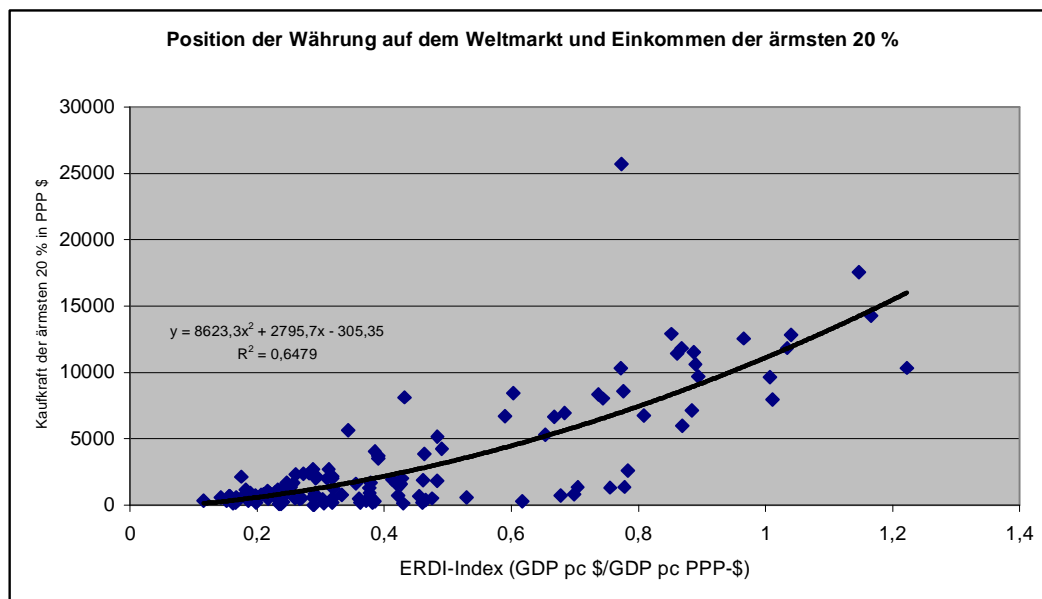
France	0,89	1,18	31,56
Belgium	0,86	1,09	26,87
Greece	0,67	0,84	26,16
Italy	0,78	0,98	25,66
Netherlands	0,89	1,12	25,61
Finland	0,97	1,16	20,59
Portugal	0,65	0,73	11,04
Ireland	0,85	0,87	2,21

Die Landkarte des ungleichen Austausches sieht heute wie folgt aus:





Der ungleiche Austausch ist – wie internationale Querschnittsanalysen immer wieder bestätigen – ein wichtiger „driver“ von Armut und sozialem Ausschluß. Der ERDI-Index allein erklärt z.B. fast 65 % der realen Kaufkraft der ärmsten 20 % im Weltsystem:

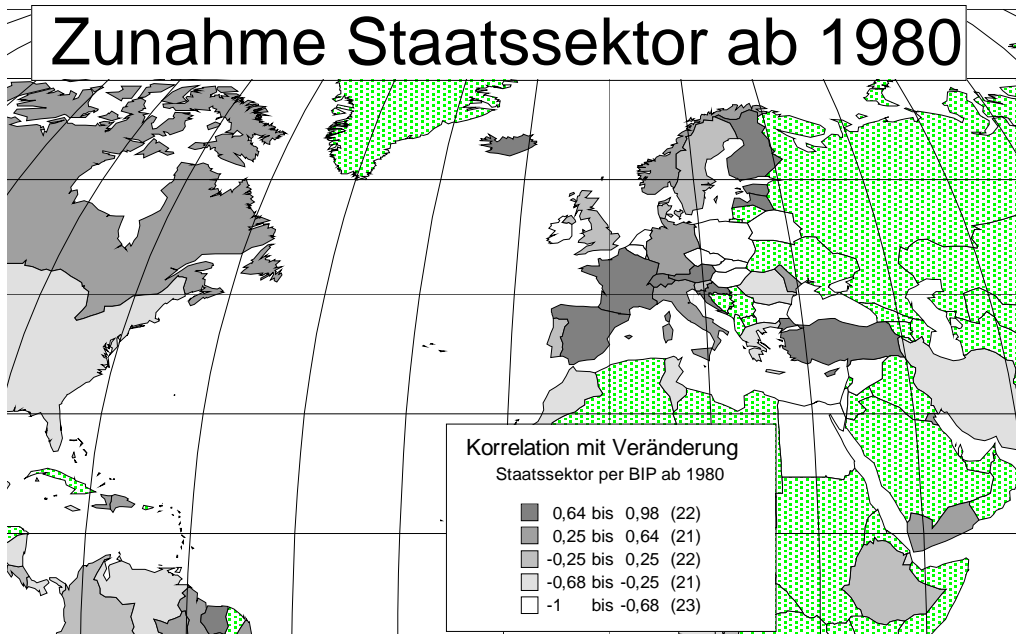
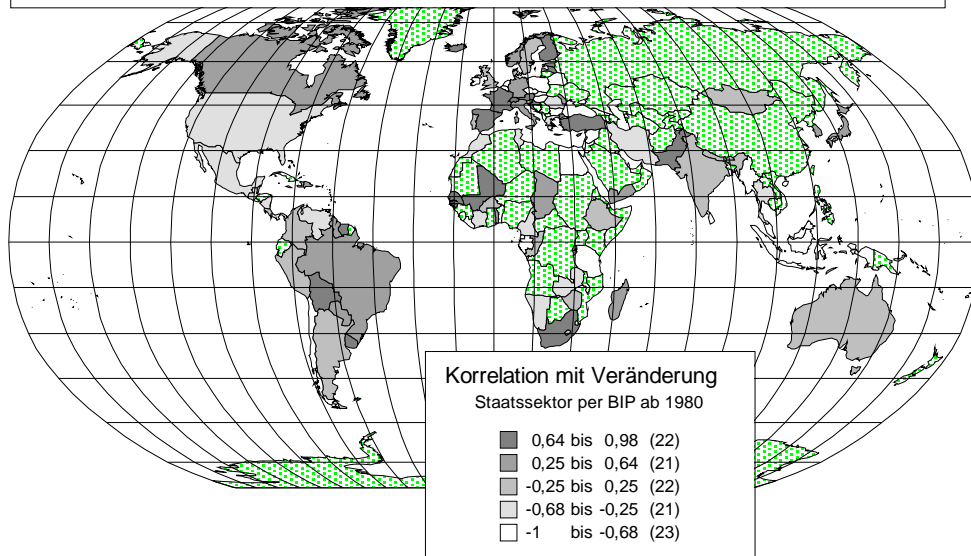




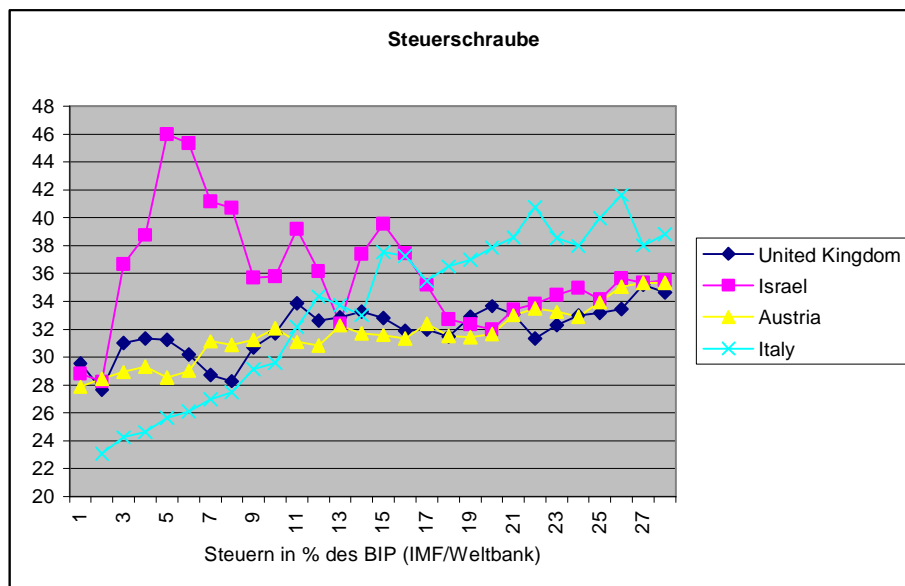
## Anhang 10: Staatssektor, Steuerschraube

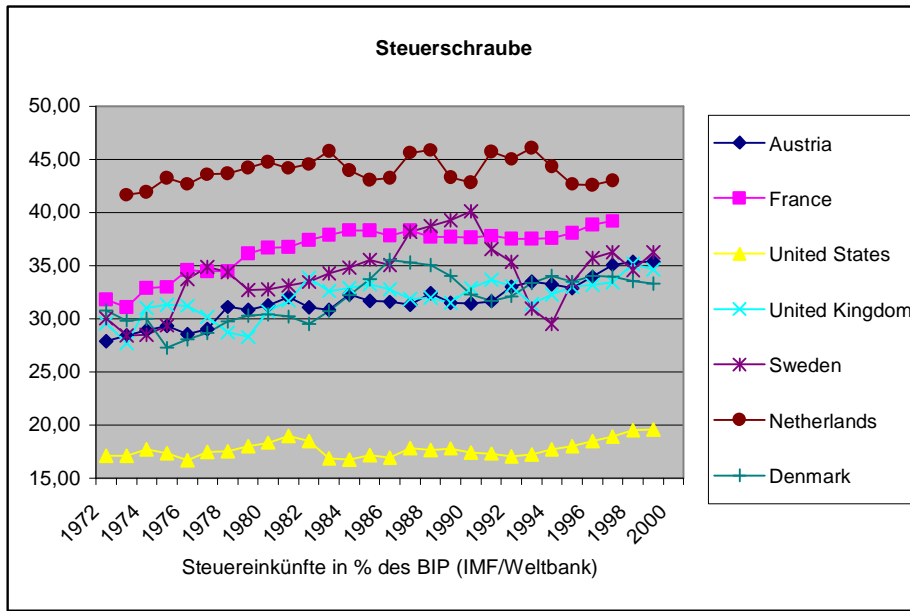
Es war stets eine Vermutung der Neoliberalen, dass Amerika seine Position offensiver verteidigen kann, weil der Staatssektor geringfügiger expandiert und weil die Steuerschraube sich weniger schnell dreht als in Europa. Die empirischen Daten bestätigen zumindest einigermaßen diese Hypothese:

### Zunahme Staatssektor ab 1980



Zu den bleibenden Kennzeichen des bundesstaatlichen Apparats in den USA gehört, dass die Ausgaben der Zentralregierung in Washington in den letzten 25 Jahren relativ stabil geblieben sind, und dass auch die **Steuerschraube** der Zentralregierung wesentlich weniger zu spüren ist als in Europa:





**Anhang 11: Analytische Vergleichstabellen Staatssektor (Quelle: Weltbank/IMF)  
in den USA und in Europa im internationalen Vergleich**

<b>SOCIAL SECURITY CONTRIBUTIONS ( % of GDP)</b>	
Country Name	1998
Argentina	3,57
<b>Austria</b>	<b>14,91</b>
Bahrain	3,11
Belarus	10,37
Belgium	14,45
Bolivia	1,64
Bulgaria	7,71
Burundi	1,08
Chile	1,48
Costa Rica	5,82
Cote d'Ivoire	1,15
Cyprus	4,74
Czech Republic	14,95
Denmark	1,55
Dominican Republic	0,66
El Salvador	1,83
Estonia	10,84
Finland	3,33
Germany	14,94
Greece	0,52
Hungary	10,60
Iceland	2,78
Indonesia	0,55
Iran, Islamic Rep.	2,02
Israel	5,73
Italy	12,69
Kazakhstan	3,73
Latvia	10,85
Mauritius	1,14
Mongolia	4,45
Norway	9,49
Panama	4,72
Peru	1,35
Poland	10,46
Portugal	8,93
Slovak Republic	11,78

Slovenia	14,38
South Africa	0,53
Sweden	13,39
Tajikistan	2,37
Thailand	0,19
Tunisia	4,95
United Kingdom	6,50
<b>United States</b>	<b>6,57</b>
Uruguay	8,59
Venezuela	0,71

<b>SOCIAL SECURITY &amp; WELFARE ( % of GDP)</b>	
Country Name	1998
Argentina	7,77
Australia	8,70
Bahrain	1,19
Belarus	11,46
Bolivia	5,71
Bulgaria	10,86
Burundi	1,64
Cameroon	0,05
Chile	7,65
Colombia	1,85
Costa Rica	5,34
Cyprus	9,16
Czech Republic	12,90
Denmark	15,31
Dominican Republic	0,86
El Salvador	3,79
Estonia	10,09
Finland	12,21
Greece	5,53
Hungary	13,17
Iceland	6,33
Indonesia	0,93
Iran, Islamic Rep.	4,14
Israel	12,33
Kazakhstan	7,35
Kuwait	7,87
Latvia	14,18
Maldives	1,61
Mauritius	4,80
Mongolia	5,81
Myanmar	0,10
Nepal	0,34
Norway	14,62
Panama	5,78
Poland	18,70
Singapore	0,14
Slovak Republic	11,17
Slovenia	18,33
Sri Lanka	3,19
Sweden	18,24
Syrian Arab Republic	1,31
Tajikistan	2,49

Thailand	0,75
Tunisia	5,49
Turkey	2,78
United Kingdom	13,33
<b>United States</b>	<b>5,76</b>
Uruguay	18,96

## Anhang 12: Der Abbau des staatlichen Sektors 1980 – 2002 in 114 Staaten der Erde

je höher die negative Korrelation, desto rascher das Tempo der Entstaatlichung

	time series correlation state sector/growth from 1980 onwards	Rang weltweite Entstaatlichung
Slovak Republic	-0,998	1
Gambia, The	-0,997	2
St. Lucia	-0,926	3
Czech Republic	-0,911	4
Liberia	-0,905	5
Myanmar	-0,899	6
Ireland	-0,891	7
Trinidad and Tobago	-0,858	8
Indonesia	-0,854	9
Israel	-0,854	10
Belgium	-0,835	11
Chile	-0,829	12
Netherlands	-0,820	13
Mauritius	-0,815	14
Former Yugoslavia, Socialist Fed. Rep.	-0,805	15
Belarus	-0,795	16
Sri Lanka	-0,794	17
Syrian Arab Republic	-0,790	18
Gabon	-0,787	19
Bulgaria	-0,762	20
Egypt, Arab Rep.	-0,746	21
Poland	-0,719	22
Tanzania	-0,706	23
Hungary	-0,691	24
Malaysia	-0,691	25
Former Czechoslovakia	-0,689	26
Venezuela	-0,680	27
Congo, Rep.	-0,664	28
Luxembourg	-0,654	29
Panama	-0,637	30
Greece	-0,623	31
Jamaica	-0,618	32
<b>United States</b>	<b>-0,597</b>	<b>33</b>
Cameroon	-0,590	34

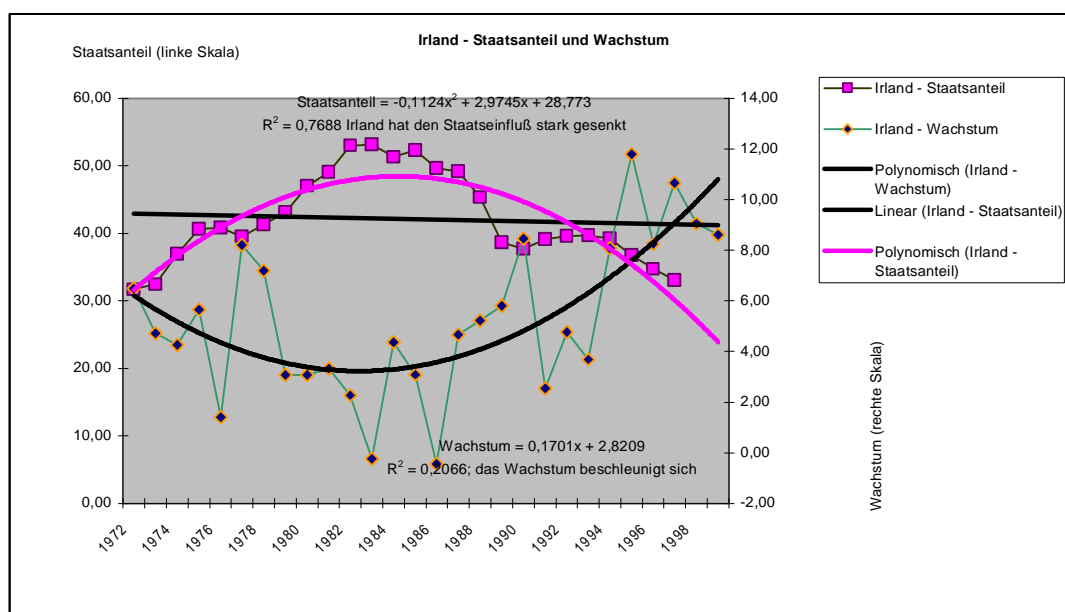


Tunisia	-0,561	35
Guatemala	-0,556	36
Nicaragua	-0,555	37
Bahrain	-0,550	38
Mexico	-0,531	39
Cote d'Ivoire	-0,523	40
Iran, Islamic Rep.	-0,488	41
Singapore	-0,488	42
Romania	-0,369	43
Zambia	-0,358	44
Morocco	-0,337	45
Namibia	-0,301	46
Thailand	-0,265	47
Djibouti	-0,251	48
St. Kitts and Nevis	-0,243	49
Bahamas, The	-0,225	50
Lesotho	-0,183	51
Mongolia	-0,108	52
Australia	-0,108	53
Denmark	-0,103	54
Argentina	-0,076	55
Costa Rica	-0,068	56
Peru	-0,010	57
United Kingdom	0,036	58
Nepal	0,051	59
Burkina Faso	0,071	60
Zimbabwe	0,088	61
Ethiopia	0,104	62
Colombia	0,115	63
Sweden	0,129	64
Bhutan	0,164	65
Portugal	0,165	66
Vanuatu	0,179	67
Belize	0,216	68
Slovenia	0,240	69
India	0,246	70
Kuwait	0,258	71
Paraguay	0,293	72
Dominican Republic	0,299	73
Haiti	0,305	74
Korea, Rep.	0,334	75
Canada	0,361	76
Burundi	0,402	77
Chad	0,426	78
Japan	0,446	79
Madagascar	0,462	80

Togo	0,488	81
Germany	0,491	82
Seychelles	0,504	83
Yemen, Rep.	0,522	84
Malta	0,527	85
Guyana	0,536	86
Norway	0,542	87
Italy	0,555	88
Moldova	0,603	89
Brazil	0,608	90
Congo, Dem. Rep.	0,613	91
Tonga	0,615	92
Mali	0,641	93
Uruguay	0,643	94
Iceland	0,654	95
Barbados	0,656	96
Croatia	0,674	97
South Africa	0,688	98
Pakistan	0,701	99
<b>Austria</b>	<b>0,716</b>	<b>100</b>
Finland	0,716	101
Maldives	0,747	102
Senegal	0,751	103
France	0,758	104
Guinea-Bissau	0,783	105
Cyprus	0,790	106
Estonia	0,810	107
Latvia	0,830	108
Spain	0,868	109
Bolivia	0,897	110
Rwanda	0,912	111
Turkey	0,939	112
Suriname	0,953	113
Switzerland	0,976	114

### Anhang 13: Mögliche Erklärung des irischen Entwicklungserfolges

Das wirtschaftlich erfolgreichste Land der EU-15 der letzten Jahre bestätigte mit seinem Entwicklungsweg geradezu dramatisch einige neoliberale Thesen – mit dem Wachstumsboom ging ein Abbau des Staatsanteils einher:



## Anhang 14: Faktoren, die die Sozialentwicklung und das Wachstum im transnationalen Vergleich von 109 Staaten beeinflussen<sup>27</sup>

	T-Test % people not expected to survive age 60
<b>% population, aged &gt;65y, 1998</b>	<b>2,759</b>
<b>MNC PEN 1995</b>	<b>2,386</b>
EU-membership	0,658
public education expenditure per GDP	0,609
ln(GDP PPP pc)	0,449
State interventionism	-0,332
military expenditure as % of GDP	-0,584
<b>(I-S)/GDP</b>	<b>-1,045</b>
<b>unequal exchange</b>	<b>-1,108</b>
<b>Islamic conference</b>	<b>-1,631</b>
<b>ln (GDP PPP pc)^2</b>	<b>-1,65</b>
<b>% women in government, ministerial level</b>	<b>-3,607</b>
	T-Test GNP per capita annual growth rate, 1990-98
<b>public education expenditure per GDP</b>	<b>1,132</b>
<b>State interventionism</b>	<b>1,109</b>
% population, aged >65y, 1998	0,745
military expenditure as % of GDP	0,212
ln(GDP PPP pc)	0,192
Islamic conference	0,176
% women in government, ministerial level	-0,399
unequal exchange	-0,55
(I-S)/GDP	-0,93
<b>EU-membership</b>	<b>-1,083</b>
<b>MNC PEN 1995</b>	<b>-1,635</b>
<b>ln (GDP PPP pc)^2</b>	<b>-4,001</b>
	T-Test share of income/consumption richest 20 % to poorest 20 %
<b>Islamic conference</b>	<b>3,003</b>
<b>% women in government, ministerial level</b>	<b>2,052</b>
ln(GDP PPP pc)	0,976
public education expenditure per GDP	0,373
EU-membership	0,316
State interventionism	-0,488
<b>MNC PEN 1995</b>	<b>-1,52</b>
<b>% population, aged &gt;65y, 1998</b>	<b>-1,701</b>

<sup>27</sup> vgl. [http://www.galileus.info/galileus/members/m\\_TAUSCH/publications](http://www.galileus.info/galileus/members/m_TAUSCH/publications)

unequal exchange	-2,197
military expenditure as % of GDP	-3,695
(I-S)/GDP	-3,746
ln (GDP PPP pc)^2	-6,192
	T-Test unemployment
% women in government, ministerial level	4,964
unequal exchange	1,795
(I-S)/GDP	1,665
ln (GDP PPP pc)^2	1,079
MNC PEN 1995	0,925
Islamic conference	0,507
military expenditure as % of GDP	0,388
State interventionism	0,109
ln(GDP PPP pc)	-0,018
public education expenditure per GDP	-0,64
<b>EU-membership</b>	<b>-1,156</b>
<b>% population, aged &gt;65y, 1998</b>	<b>-4,986</b>

**Anhang 15: Zeitliche Korrelationen von Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Jahreswachstumsraten, Ungleichheit, und Staatssektoreinfluss in den westlichen Demokratien, berechnet ab 1980 an Hand des kompletten Datenausdruckes der Weltbank in westlichen Demokratien**

	correlation with unemployment over time, 1980 - 2002	correlation with globalization over time, 1980 - 2002	correlation with economic growth over time 1980 – 2002	correlation with inequality over time, 1980 - 2002
Australia	0,07	0,20	0,16	0,93
Austria	0,36	0,78	0,19	0,58
Belgium	-0,71	0,78	0,10	-0,74
Bulgaria	-0,33	0,72	-0,41	0,85
Cyprus	-1,00	-0,91	-0,25	-0,59
Czech Republic	0,88	0,71	0,01	0,95
Denmark	-0,97	0,78	0,24	0,70
Finland	0,67	0,59	0,01	0,39
France	0,01	0,92	0,11	-0,07
Germany	0,08	0,75	0,24	-0,87
Greece	0,89	-0,47	0,31	0,76
Hungary	-0,93	0,76	0,09	0,93
Ireland	-0,85	0,62	0,77	0,78
Israel	0,66	0,85	0,02	0,63
Italy	0,49	0,26	-0,26	0,49
Japan	0,79	0,43	-0,46	0,81
Latvia	-0,78	0,85	-0,21	0,93
Lithuania	-0,20	0,82	-0,04	-0,78
Netherlands	-0,87	0,72	0,52	0,82
New Zealand	0,07	0,41	0,00	0,83
Norway	0,47	0,59	0,00	0,12
Poland	0,41	0,98	0,46	0,77
Portugal	-0,69	0,43	0,10	0,92
Romania	-0,57	0,83	-0,36	0,92
Slovak Republic	0,77	0,83	0,19	0,96
Slovenia	-0,83	0,40	0,74	0,81
Spain	0,06	0,44	0,22	0,94
Sweden	0,65	0,63	0,11	0,68
Turkey	-0,84	0,78	-0,02	0,81
United Kingdom	-0,69	0,59	0,17	0,74
United States	-0,80	0,60	0,45	0,56

**Anhang 16: Zeitliche Korrelationen von Arbeitslosigkeit, Globalisierung, Jahreswachstumsraten, Ungleichheit, und Staatssektoreinfluss in den Ländern des Weltsystems berechnet ab 1980 an Hand des kompletten Datenausdruckes der Weltbank**

	correlation with unemployment over time, 1980 - 2002	correlation with globalization over time, 1980 - 2002	correlation with economic growth over time 1980 – 2002	correlation with inequality over time, 1980 - 2002
Albania	0,77	0,62	0,04	0,34
Algeria	0,91	-0,31	-0,15	0,49
Argentina	0,90	0,67	0,28	0,46
Australia	0,07	0,20	0,16	0,93
Austria	0,36	0,78	0,19	0,58
Azerbaijan	0,97	0,80	0,41	0,80
Bangladesh	0,81	0,66	0,03	0,95
Belgium	-0,71	0,78	0,10	-0,74
Bolivia	-0,30	0,74	0,77	0,53
Brazil	0,85	0,56	-0,06	0,68
Bulgaria	-0,33	0,72	-0,41	0,85
Chile	-0,61	0,80	0,23	0,06
China	0,06	0,85	0,03	0,96
Colombia	0,50	0,50	-0,24	0,75
Costa Rica	-0,46	0,91	0,46	-0,53
Croatia	0,96	0,90	0,82	-0,10
Cyprus	-1,00	-0,91	-0,25	-0,59
Czech Republic	0,88	0,71	0,01	0,95
Denmark	-0,97	0,78	0,24	0,70
Egypt, Arab Rep.	0,72	-0,56	-0,37	0,92
El Salvador	-0,71	0,40	0,71	0,70
Fiji	-0,60	-0,01	0,04	0,04
Finland	0,67	0,59	0,01	0,39
France	0,01	0,92	0,11	-0,07
Germany	0,08	0,75	0,24	-0,87
Greece	0,89	-0,47	0,31	0,76
Guatemala	-0,70	0,01	0,68	0,61
Honduras	-0,70	0,79	0,11	0,76
Hungary	-0,93	0,76	0,09	0,93
India	0,55	0,81	0,10	-0,12
Indonesia	0,95	0,23	-0,35	-0,76
Ireland	-0,85	0,62	0,77	0,78
Israel	0,66	0,85	0,02	0,63
Italy	0,49	0,26	-0,26	0,49
Japan	0,79	0,43	-0,46	0,81
Latvia	-0,78	0,85	-0,21	0,93

Lithuania	-0,20	0,82	-0,04	-0,78
Malaysia	-0,84	0,21	-0,19	-0,05
Mexico	-0,29	0,79	0,02	0,90
Moldova	-0,98	0,85	-0,45	0,88
Mongolia	-0,84	0,81	-0,33	0,30
Netherlands	-0,87	0,72	0,52	0,82
New Zealand	0,07	0,41	0,00	0,83
Nicaragua	0,68	0,79	0,28	-0,07
Norway	0,47	0,59	0,00	0,12
Pakistan	0,79	0,86	-0,74	0,83
Panama	0,51	0,65	0,13	0,93
Philippines	0,85	0,71	0,17	0,89
Poland	0,41	0,98	0,46	0,77
Portugal	-0,69	0,43	0,10	0,92
Romania	-0,57	0,83	-0,36	0,92
Russian Federation	0,67	0,83	-0,44	0,60
Singapore	0,02	-0,16	-0,08	-0,96
Slovak Republic	0,77	0,83	0,19	0,96
Slovenia	-0,83	0,40	0,74	0,81
South Africa	0,99	0,52	-0,13	0,72
Spain	0,06	0,44	0,22	0,94
Sri Lanka	-0,96	0,35	0,12	-0,63
Sweden	0,65	0,63	0,11	0,68
Thailand	-0,14	0,68	-0,28	-0,27
Tunisia	0,03	-0,08	0,12	0,81
Turkey	-0,84	0,78	-0,02	0,81
United Kingdom	-0,69	0,59	0,17	0,74
United States	-0,80	0,60	0,45	0,56
Venezuela, RB	0,55	0,76	0,12	0,89
Zimbabwe	-0,87	0,57	-0,31	0,44



## Anhang 17: Privatisierung und Entwicklung

	time series correlation state sector/growth from 1980 - 2002	rank world-wide privatization drive		correlation with unemployment over time, 1980 - 2002	correlation with globalization over time, 1980 - 2002	correlation with economic growth over time 1980 – 2002	correlation with inequality over time, 1980 - 2002
Argentina	-0,076	55	Argentina	0,9	0,67	0,28	0,46
Australia	-0,108	53	Australia	0,07	0,2	0,16	0,93
Austria	0,716	100	Austria	0,36	0,78	0,19	0,58
Belgium	-0,835	11	Belgium	-0,71	0,78	0,1	-0,74
Bolivia	0,897	110	Bolivia	-0,3	0,74	0,77	0,53
Brazil	0,608	90	Brazil	0,85	0,56	-0,06	0,68
Bulgaria	-0,762	20	Bulgaria	-0,33	0,72	-0,41	0,85
Chile	-0,829	12	Chile	-0,61	0,8	0,23	0,06
Colombia	0,115	63	Colombia	0,5	0,5	-0,24	0,75
Costa Rica	-0,068	56	Costa Rica	-0,46	0,91	0,46	-0,53
Croatia	0,674	97	Croatia	0,96	0,9	0,82	-0,1
Cyprus	0,79	106	Cyprus	-1	-0,91	-0,25	-0,59
Czech Republic	-0,911	4	Czech Republic	0,88	0,71	0,01	0,95
Denmark	-0,103	54	Denmark	-0,97	0,78	0,24	0,7
Egypt, Arab Rep.	-0,746	21	Egypt, Arab Rep.	0,72	-0,56	-0,37	0,92
Finland	0,716	101	Finland	0,67	0,59	0,01	0,39
France	0,758	104	France	0,01	0,92	0,11	-0,07
Germany	0,491	82	Germany	0,08	0,75	0,24	-0,87
Greece	-0,623	31	Greece	0,89	-0,47	0,31	0,76
Guatemala	-0,556	36	Guatemala	-0,7	0,01	0,68	0,61
Hungary	-0,691	24	Hungary	-0,93	0,76	0,09	0,93
India	0,246	70	India	0,55	0,81	0,1	-0,12
Indonesia	-0,854	9	Indonesia	0,95	0,23	-0,35	-0,76
Ireland	-0,891	7	Ireland	-0,85	0,62	0,77	0,78
Israel	-0,854	10	Israel	0,66	0,85	0,02	0,63
Italy	0,555	88	Italy	0,49	0,26	-0,26	0,49
Japan	0,446	79	Japan	0,79	0,43	-0,46	0,81
Latvia	0,83	108	Latvia	-0,78	0,85	-0,21	0,93
Malaysia	-0,691	25	Malaysia	-0,84	0,21	-0,19	-0,05
Mexico	-0,531	39	Mexico	-0,29	0,79	0,02	0,9
Moldova	0,603	89	Moldova	-0,98	0,85	-0,45	0,88
Mongolia	-0,108	52	Mongolia	-0,84	0,81	-0,33	0,3
Netherlands	-0,82	13	Netherlands	-0,87	0,72	0,52	0,82
Nicaragua	-0,555	37	Nicaragua	0,68	0,79	0,28	-0,07
Norway	0,542	87	Norway	0,47	0,59	0	0,12
Pakistan	0,701	99	Pakistan	0,79	0,86	-0,74	0,83
Panama	-0,637	30	Panama	0,51	0,65	0,13	0,93
Poland	-0,719	22	Poland	0,41	0,98	0,46	0,77

Portugal	0,165	66	Portugal	-0,69	0,43	0,1	0,92
Singapore	-0,488	42	Singapore	0,02	-0,16	-0,08	-0,96
Slovak Republic	-0,998	1	Slovak Republic	0,77	0,83	0,19	0,96
Slovenia	0,24	69	Slovenia	-0,83	0,4	0,74	0,81
South Africa	0,688	98	South Africa	0,99	0,52	-0,13	0,72
Spain	0,868	109	Spain	0,06	0,44	0,22	0,94
Sri Lanka	-0,794	17	Sri Lanka	-0,96	0,35	0,12	-0,63
Sweden	0,129	64	Sweden	0,65	0,63	0,11	0,68
Thailand	-0,265	47	Thailand	-0,14	0,68	-0,28	-0,27
Tunisia	-0,561	35	Tunisia	0,03	-0,08	0,12	0,81
Turkey	0,939	112	Turkey	-0,84	0,78	-0,02	0,81
United Kingdom	0,036	58	United Kingdom	-0,69	0,59	0,17	0,74
United States	-0,597	33	United States	-0,8	0,6	0,45	0,56
Venezuela	-0,68	27	Venezuela, RB	0,55	0,76	0,12	0,89
Zimbabwe	0,088	61	Zimbabwe	-0,87	0,57	-0,31	0,44
			correlation with change in state sector share over time 1980 - 2002	0,05948	0,08171	-0,1407	0,01681

### Anhang 18: Multivariate Analyse der Tendenzen zur Ungleichheit (UTIP-Zeitreihe ab 1980) in 61/20 Staaten des Weltsystems in Abhängigkeit von Standardvariablen der vergleichenden Gesellschaftsforschung und der Bruttosozialquote

inequality Full Sample, n = 61 countries	World Bank pension reform	% population, aged >65y, 1998	% women in government, ministerial level	(I-S)/GDP	Absence of economic freedom	military expenditure as % of GDP	globalization	public education expenditure per GDP	unequal exchange	EU-membership	Islamic conference	ln(GDP PPP pc)	ln (GDP PPP pc)^2	average share of social expenditures per GDP, 1985 – 1994	constant
	-0,008	-0,013	0,0009	0,2053	0,1674	-0,106	0,0889	-0,032	-0,048	0,1307	0,0027	0,0018	0,0307	0,23	0,6296
	0,0253	0,0802	1,2834	0,2565	0,2946	0,1026	0,0581	0,2142	0,0518	0,2128	0,0061	0,01	0,0336	0,2068	4,9341
	0,2248	0,5419													
	0,9529	46													
	3,9182	13,51													
T-test	-0,327	-0,161	0,0007	0,8004	0,5683	-1,033	1,53	-0,149	-0,935	0,6143	0,4409	0,1758	0,9146	1,1122	0,1276

inequality (reduziertes Sample, 20 westliche Demokratien)	World Bank pension reform	% population, aged >65y, 1998	% women in government, ministerial level	(I-S)/GDP	Absence of economic freedom	military expenditure as % of GDP	globalization	public education expenditure per GDP	unequal exchange	EU-membership	average share of social expenditures per GDP, 1985 – 1994	ln(GDP PPP pc)	ln (GDP PPP pc)^2	constant
	1,7475	-37,84	0,0315	-1,013	-0,152	-0,097	-0,207	-0,11	-0,254	0,0137	0,0392	-0,109	0,0684	206,8
	2,2547	44,635	0,0589	0,5469	1,0762	0,1994	0,6954	0,0958	0,9374	0,0327	0,0257	0,0887	0,423	220,9
	0,7631	0,4417												
	1,4866	6												
	3,771	1,1707												
T-test	0,775	-0,848	0,5347	-1,852	-0,141	-0,484	-0,297	-1,148	-0,271	0,42	1,5259	-1,233	0,1617	0,9362

Australia; Austria; Belgium; Denmark; Finland; France; Germany; Greece; Ireland; Israel; Italy; Japan; Malta; Netherlands; Norway; Portugal; Spain; Sweden; United Kingdom; United States

Country code	inequality trend	World Bank pension reform	% population, aged >65y, 1998	% women in government, ministerial level	(I-S)/GDP	Absence of economic freedom	military expenditure as % of GDP	globalization	public education expenditure per GDP	unequal exchange	EU-membership	Islamic conference	ln(GDP PPP pc)	ln (GDP PPP pc)^2	average share of social expenditures per GDP, 1985 - 1994
Argentina	0,46	1	9,61	8,33	2,51	2,1	1,4	0,67	3,5	1,5	0	0	9,39	88,2	5,57
Australia	0,93	1	12,1	14,3	0,57	1,9	1,9	0,2	5,5	1,09	0	0	10	100	7,94
Austria	0,58	0	14,7	20	0,57	2,05	0,8	0,78	5,4	0,86	1	0	10,1	101	17,99
Belgium	-0,74	0	16,4	3,33	-4,53	2,1	1,5	0,78	3,1	0,92	1	0	10,1	101	20,75
Bolivia	0,53	1	3,93	5,88	9,17	2,65	1,8	0,74	4,9	2,25	0	0	7,73	59,7	2,77
Brazil	0,68	0	4,95	4,17	2,66	3,5	1,4	0,56	5,1	1,43	0	0	8,8	77,4	7,88
Bulgaria	0,85	0	15,4	15	1,06	3,4	2,5	0,72	3,2	3,94	1	0	8,48	71,9	12,77
Burundi	0,77	0	2,72	7,69	11,5	4	5,8	-0,4	4	4,07	0	0	6,35	40,3	1,71
Chile	0,06	1	6,95	13,7	1,33	2	1,9	0,8	3,6	1,76	0	0	9,08	82,5	8,16
Colombia	0,75	1	4,62	17,7	5,66	2,9	2,6	0,5	4,4	2,43	0	0	8,7	75,7	1,51

Costa Rica	-0,53	0	4,91	15	1,85	2,85	0,6	0,91	5,4	2,16	0	0	8,7	75,6	3,26
Côte d'Ivoire	0,64	0	2,87	3,13	-6,35	3,45	0,9	0,58	5	2,28	0	1	7,38	54,4	1,69
Croatia	-0,1	1	14	12	9	3,5	6,2	0,9	5,3	1,46	0	0	8,82	77,7	0,01
Cyprus	-0,59	0	11,4	0	6,49	2,55	4,4	-0,91	4,5	1,47	0	0	9,77	95,4	6,41
Czech Republic	0,95	0	13,4	16,7	1,41	2,2	2,1	0,71	5,1	2,4	1	0	9,42	88,8	10,28
Denmark	0,7	1	15,2	40,9	-3,35	2,25	1,6	0,78	8,1	0,73	1	0	10,1	102	15,54
Egypt	0,92	0	4,04	6,25	6,46	3,5	2,9	-0,56	4,8	2,36	0	1	8,02	64,3	4,04
Ethiopia	0,74	0	2,87	5	11,9	3,5	3,8	0,69	4	5,74	0	0	6,35	40,4	1,35
Finland	0,39	0	14,6	28,6	-8,85	2,2	1,5	0,59	7,5	0,86	1	0	9,94	98,9	13,73
France	-0,07	0	15,6	11,8	-3,94	2,5	2,8	0,92	6	0,85	1	0	9,96	99,2	18,93
Gambia	0,95	0	3	28,6	11	3,4	1,1	0,72	4,9	4,27	0	1	7,28	53	0,69
Germany	-0,87	0	15,9	8,33	-1,51	2,2	1,5	0,75	4,8	0,83	1	0	10	100	14,43
Greece	0,76	0	17,1	4,55	8,27	2,75	4,8	-0,47	3,1	1,19	1	0	9,54	91,1	5,44
Hungary	0,93	1	14,5	5,26	2,56	2,55	1,3	0,76	4,6	2,27	1	0	9,23	85,3	16,73
Indonesia	-0,76	0	4,54	3,45	-10,1	3,5	1	0,23	1,4	4,14	0	1	7,88	62,1	0,81
Iran, Islamic Rep. of	0,53	0	4,24	0	1,61	4,55	3,1	0,3	4	3,1	0	1	8,54	73	2,79
Ireland	0,78	0	11,4	21,1	-17,8	1,85	0,8	0,62	6	1,15	1	0	9,97	99,5	11,47
Israel	0,63	0	9,71	0	11,1	2,75	8,7	0,85	7,6	1,07	0	0	9,76	95,2	10,32
Italy	0,49	0	17,6	13	-4,33	2,3	2	0,26	4,9	1,02	1	0	9,93	98,7	16,09
Japan	0,81	0	16,1	0	-1,18	2,15	1	0,43	3,6	0,72	0	0	10,1	101	8,33
Latvia	0,93	0	13,8	6,67	13,2	2,65	0,7	0,85	6,3	2,37	1	0	8,65	74,9	10,14
Lesotho	0,51	0	4,13	6,25	91,2	3,55	3,2	0,73	8,4	2,85	0	0	7,39	54,7	0,78
Madagascar	0,43	0	2,93	18,8	7,97	3,2	1,4	0,63	1,9	2,91	0	0	6,63	43,9	0,30
Malaysia	-0,05	0	4	15,6	-21,8	2,7	1,7	0,21	4,9	2,22	0	0	9	81,1	1,31
Malta	0,75	0	11,4	0	5,4	2,95	0,8	0,2	5,1	1,63	1	0	9,71	94,2	14,06
Mexico	0,9	1	4,54	5	1,96	3	0,6	0,79	4,9	2,01	0	0	8,95	80,1	2,57
Mongolia	0,3	0	3,89	0	5,8	3,15	2,2	0,81	5,7	4,05	0	0	7,34	53,9	5,06
Nepal	-0,56	0	3,57	3,12	11,2	3,6	0,9	0,75	3,2	5,51	0	0	7,05	49,8	0,13
Netherlands	0,82	1	13,6	27,8	-7,01	2,05	1,8	0,72	5,1	0,89	1	0	10	100	19,75
Nicaragua	-0,07	0	3,06	5	32,4	3,6	1,2	0,79	3,9	5,79	0	0	7,67	58,8	4,45
Norway	0,12	0	15,7	20	-7,06	2,3	2,3	0,59	7,4	0,77	0	0	10,2	104	14,06
Panama	0,93	0	5,41	5,88	9,3	2,4	1,4	0,65	5,1	1,76	0	0	8,57	73,4	4,99
Poland	0,77	1	11,6	17,2	5,17	2,8	2,1	0,98	7,5	1,95	1	0	8,94	79,9	20,60
Portugal	0,78	0	15,4	10	8,7	2,3	2,2	0,92	5,8	1,38	1	0	9,6	92,1	9,32
Romania	0,92	0	12,7	7,69	8,48	3,3	2,2	0,83	3,6	4,15	0	0	8,64	74,6	8,79
Russian Federation	0,6	0	12,3	7,5	-4,94	3,7	3,2	0,83	3,5	2,86	0	0	8,77	77	8,01
Singapore	-0,96	0	6,81	0	-17,8	1,45	5,1	-0,16	3	0,8	0	0	10,1	102	0,46
Slovenia	0,81	0	13,2	0	1,45	3	1,5	0,4	5,7	1,46	1	0	9,57	91,5	17,52
South Africa	0,72	0	3,51	14,8	-1,24	2,9	1,6	0,52	8	2,56	0	0	9,05	81,8	1,67
Spain	0,94	0	16,5	17,7	-1,2	2,4	1,4	0,44	5	1,15	1	0	9,69	94	13,47
Sri Lanka	-0,63	0	6,39	13,3	6,45	2,9	4,2	0,35	3,4	3,68	0	0	8	64	3,84
Sweden	0,68	1	17,5	43,5	-7,01	2,35	2,2	0,63	8,3	0,81	1	0	9,94	98,7	21,84
Syrian Arab Republic	0,15	0	3,04	7,5	11,2	4	6,3	0,49	3,1	2,83	0	1	7,97	63,5	0,74
Thailand	-0,27	0	5,48	4	-16,5	2,7	2,1	0,68	4,8	2,53	0	0	8,6	74	0,58
Tunisia	0,81	0	5,74	3,23	3,2	3	1,8	-0,08	7,7	2,62	0	1	8,59	73,9	4,60
Turkey	0,81	0	5,56	5	3,47	2,75	4,4	0,78	2,2	2,03	0	1	8,77	76,9	0,48
United Kingdom	0,74	1	16	23,8	0,47	1,9	2,7	0,59	5,3	0,95	1	0	9,92	98,4	13,42
United States	0,56	0	12,5	26,3	1,4	1,8	3,2	0,6	5,4	1,01	0	0	10,3	106	6,38
Venezuela	0,89	0	4,3	3,23	0,06	3,3	1,3	0,76	5,2	1,65	0	0	8,67	75,1	1,34
Zambia	0,68	0	2,24	3,33	9,01	2,9	1,8	0,67	2,2	2,18	0	0	6,58	43,3	0,46
Zimbabwe	0,44	0	2,81	12	1,83	3,9	2,6	0,57	7,1	4,31	0	0	7,89	62,3	1,42